Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 4, 3. Jg., 8/2016
Im Netz: www.free21.org

Themen:

„Das neue Pearl Harbor“
Auszüge aus dem Buch von David Griffin ▶ SEITE 8

Der Militärisch-industrielle-parlamentarische Medien-Komplex
Analyse: Antriebskräfte vieler US-Kriege ▶ SEITE 11

Orlando, Ölpreis u. Pulverfass Nahost
Ein Kommentar von Ernst Wolff ▶ SEITE 16

TTIP, die „Nato-Ökonomie“
Eine kohärente Lesart der Strategie Washingtons von Manilo Dinucci ▶ SEITE 18

Wir sind Frieden
Nicht ganz unbekannte Friedensaktivisten auf die Bühnen! ▶ SEITE 19

Eine größere Gefahr als der Terrorismus
Ein Kommentar von Paul Craig Roberts ▶ SEITE 24

„Panama Papers“: Über das Warum
Thierry Meyssan über die Ziele dahinter ▶ SEITE 26

„Der schmutzige Krieg gegen Syrien“
Auszug aus dem Buch von Tim Anderson ▶ SEITE 29

Der „War on Cash“
Ein Interview mit Norbert Häring ▶ SEITE 34

Das Free21-Prinzip:

IWF an EU:
Enteignet eure Bürger

Das globale Finanzsystem gleicht seit 2008 einem Patienten, der auf der Intensivstation liegt und künstlich am Leben erhalten wird. Ohne Behandlung wäre der Patient innerhalb kürzester Zeit tot. Von Ernst Wolff ▶ SEITE 32

Strafanzeigen gegen Merkel und Co.

Der Generalbundesanwalt hat Ermittlungen aufgrund der Strafanzeigen vom November/Dezember 2015 wegen des Einsatzes der Bundeswehr in Syrien gegen Merkel und andere abgelehnt. Eine Kritik von Ansgar Klein ▶ SEITE 36

„Festung Europa“ als Weg in die Barbarei

Die Verantwortung für die „Große Flucht“ wird ebenso verdrängt wie deren Ursachen. Wie real sind die Ängste, die in der Bevölkerung durch Schreckensszenarien geschürt werden? Ein Interview mit Conrad Schuhler ▶ SEITE 40

Brexit: Ein Sargnagel für den Frieden?

Mit dem Brexit scheidet einer der wichtigsten Spieler der EU aus – mit womöglich weitreichenden Folgen ▶ SEITE 22

Das Schweigen zum **Putsch in Brasilien**

Wenig bis gar nichts erfährt man hierzulande über die aktuellen Vorgänge in Brasilien. Von Paul Schreyer ▶ SEITE 38

Peter Dale Scott: Der **Tiefe Staat** der USA

Kritische Auseinandersetzung mit der us-amerikanischen Außen- und Innenpolitik der letzten Jahrzehnte ▶ SEITE 44

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 4, 3. Jg., 8/2016 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
Bank: GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS
IBAN: DE54430609671168579701
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21.org funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, dass frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Tommy Hansen

Chefredakteur:
Tommy Hansen

Postanschrift:
Bennigsenstraße 15,1
12159 Berlin

Kontakt:
Telefon: 0152/15 67 38 20
E-Mail: info@free21.org

ViSdPR:
Tommy Hansen
Bennigsenstraße 15
12159 Berlin

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Kleine Denkpause

Die absurde Geschichte rund um 9/11 hat jetzt eine Stufe erreicht, wo es kaum noch absurder werden kann. Während die Offiziellen in den USA jetzt mit Saudi Arabien darüber diskutieren, wer von beiden eigentlich für 9/11 verantwortlich ist, kann der Rest der Welt die Zeit für eine kleine Denkpause nutzen.

15 Jahre danach spricht man nicht mehr von Osama in seiner Höhle und seinen 19 „ferngesteuerten" Flugpiraten. Keiner glaubt mehr, dass es viermal an einem Tag gelungen sein soll, die körperlich sehr fitten US-Flugkapitäne samt Kabinenpersonal mit einfachen Teppichmessern zu zwingen, die Kontrolle der Flugzeuge widerstandslos zu übergeben. Vier Mal.

Die Geschichte ist so absurd, dass sie besser zu einem Hollywood-Schinken passt. Leider ist sie Teil der Weltgeschichte und bildet die Grundlage für den unsäglichen Krieg gegen den Terror.

Die vielfältigsten Beweise sind seit diesem katastrophalen Tag aufgetaucht. Es gibt – wie vielen in der Bevölkerung bereits bekannt – zahlreiche Fakten und Hinweise, die die Verantwortung sowohl von Teilen der Bush-Administration als auch von Kräften in Saudi Arabien an den Ereignissen vom 11. 9. belegen. Das Beweismaterial ist so massiv, dass beide Parteien jetzt keine andere Möglichkeit mehr haben, als sich gegenseitig dafür verantwortlich zu machen.

Das bietet unseren westlichen Politikern jetzt die perfekte Gelegenheit, ihren Ruf zu retten. Denken Sie bitte darüber nach liebe Politiker, wieso wir uns von den USA immer wieder anlügen lassen und einfach weg schauen.

Erinnern Sie sich noch an das Klima in Europa, als die Mauer fiel und die Sowjetunion freiwillig sämtliche Truppen aus Ostdeutschland zurückzog? Die Welt war voller Frieden und Hoffnung, der Kontinent Europa stand vor einer blühenden Zukunft und neuen Beziehungen mit dem gigantischen Nachbarn im Osten.

Wer könnte etwas dagegen haben? Denken Sie bitte darüber nach. Lesen Sie den Bericht „Rebuilding America's Defences" von PNAC aus dem Jahr 2000.

Überlegen Sie sich: Was soll ein Land in einer friedlichen Phase tun, wenn es wirtschaftlich vom Krieg abhängig ist? Was ist mit dem ganzen Militärapparat, den Hunderten von Millitärbasen weltweit, der gesamten Flotte und Luftwaffe? Was soll aus der Industrie werden, die das Ganze beliefert?

Die Waffenindustrie ist zunächst unter Bush und dann unter Obama explodiert. Die Waffenexporte aus den USA stiegen ins Unermessliche, schwere Waffen werden ganz offen oder über Stellvertreter wie Saudi Arabien direkt in die Krisengebiete geliefert.

Wie kann es sein, dass der selbst ernannte Verteidiger von Frieden und Demokratie diese Aufgabe immer wieder mit Bomben und Tod löst? Und vor allem, warum machen wir hier in Europa immer wieder mit?

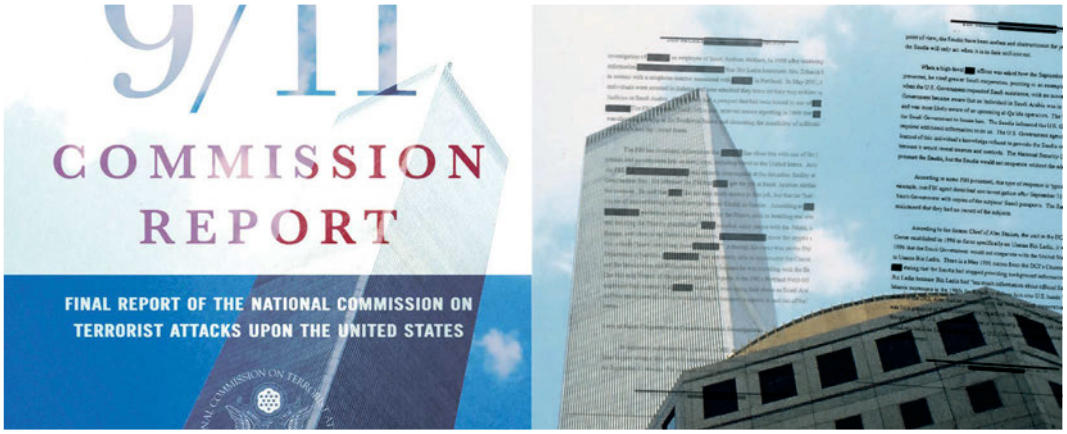
In den letzten 15 Jahren sind Millionen von Menschen ums Leben gekommen und noch viel mehr befinden sich auf der Flucht. Wir sehen das genaue Gegenteil der Welt, die wir uns nach der Wende vorgestellt hatten. Sämtliche Kriege, Bomben und Drohnenmorde werden von den USA gesteuert –„entweder sind Sie mit uns oder mit den Terroristen" – und für „Terroristen" gelten keine Menschenrechte.

Die USA haben die Welt mehrfach angelogen, um eigene Ziele durchzusetzen. Dieses Land ist vom Krieg nicht nur wirtschaftlich sondern auch kulturell abhängig. Ist es nicht unerträglich, sich in einer demokratischen Welt von einem Süchtigen steuern zu lassen?

Die Kriegsmaschinerie in den USA wächst und wächst; Europa wird jetzt massiv mit Waffensystemen ausgestattet. Irgendwann knallt es.

Denken Sie bitte jetzt darüber nach: Wollen Sie das wirklich?

Tommy Hansen, Chefredakteur free21.org



Die 28 Seiten, die im Juli 2016 herausgegeben wurden, zeigen direkte Verbindungen zwischen saudischen Funktionären und den Anschlägen vom 11. September, jedoch bleiben immer noch tausende Dokumente geheim.

Nach 15 Jahren Embargo gegen die Wahrheit: Ein Eisberg schmilzt

Dass 9/11, jenes Ereignis, welches die moderne Welt mehr beeinflusst hat als irgendetwas anderes, ein Inside-Job war, ist die einzig plausible Schlussfolgerung, wenn man die offiziellen Fakten und Beweise von Experten und Augenzeugen von damals und heute analysiert. Die Evidenz und die Umstände rund um die Erzeugung des „Krieg gegen den Terror" ist mehr als genug, um nicht nur eine neue Untersuchung zu fordern, sondern auch eine gesetzmäßige Strafverfolgung der Leute, die zu der Zeit der Anschläge politisch verantwortlich waren. Die lang erwartete Veröffentlichung der „28 geheimen Seiten", die Verbindungen zu den Saudis, ist erst die Spitze eines schon längst schmelzenden Eisberges.

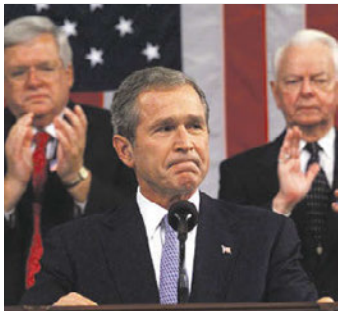
von Tommy Hansen

Mit der Veröffentlichung der 28 redigierten Seiten des 9/11 Commission Reports wissen wir jetzt, dass hochrangige saudische Regierungsmitglieder und Mitarbeiter des saudischen Geheimdienstes schwer in die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA verwickelt waren. Ebenso wie der israelische Geheimdienst Mossad und die US-amerikanische CIA, handeln alle im Namen des militärisch-industriellen Komplexes, welcher durch den permanenten „Krieg gegen den Terror" enorm an Schwung gewonnen hat. Diese Kriegsmaschine füttert korrupte Politiker, kontrolliert und manipuliert Journalisten und gedeiht durch Gewalt und Konflikte. Und es ist Zeit, das Schweigen zu brechen.

Die Terroranschläge vom 11. September wurden in den 90er Jahren als eine Schocktherapie, geplant – ein neues Pearl Harbor. Ein Krieg wurde zwingend gebraucht, damit die stolze amerikanische Kriegsindustrie nicht zusammenbrach, denn es gab keinen konkreten Feind mehr. Schlimmer noch, die USA verloren ihre politische Herrschaft in der Welt, als sich die Sowjetunion auflöste und die Europäer und die Russen dabei waren in friedlichen Beziehungen zu interagieren. All das, was Amerika groß gemacht hat, war dabei zu verschwinden.

Also wurde im Jahr 2000 eine neue Vision für die Kriegsindustrie Amerikas vorgelegt. Der rechte Think-Tank „Project for a New American Century" (PNAC), gegründet von prominenten Neokonservativen wie Dick Cheney, Jeb Bush, Richard Perle, John Bolton, Scooter Libby, Paul Wolfowitz, Robert Kagan und William Kristol, veröffentlichte nach drei Jahre langer intensiver Arbeit einen Bericht namens „Rebuilding America's Defenses" (Wiederaufbau der amerikanischen Verteidigungen), welcher die Richtlinien für die Wiedergeburt der amerikanischen Kriegsindustrie vorgibt und einen Weg zeigt, der dafür sorgt, dass die USA die mächtigste politische und militärische Macht der Welt bleiben.

In neokonservativen Kreisen wurde geglaubt, dass der einzige vorantreibende Weg ein Ereignis im Stil von einem „neuen Pearl Harbor" sei, und dies wurde offen in dem Bericht des PNAC genannt: „Dieser Prozess der Umwandlung ist wahrscheinlich ein sehr langer Prozess, wenn ein katastrophales und beeinflussendes Ereignis – wie ein neues Pearl Harbor fehlt.", so der Bericht.



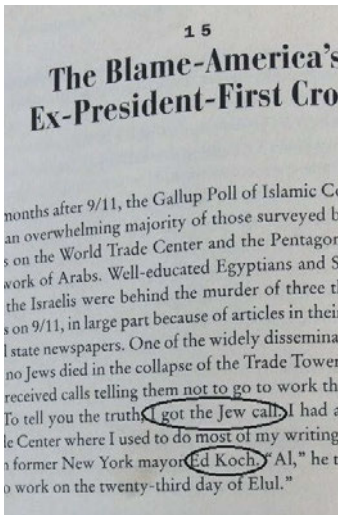
Bush erklärt den „Krieg gegen den Terror" am 20. September 2001

Und die Ereignisse am 11. September 2001 hatten eindeutig diesen Effekt. Die Nation ging in den Krieg und diesmal war es nicht ein einziger Konflikt irgendwo gegen einen Diktator, sondern ein anhaltender, weltweiter, willkürlicher Krieg, welcher sich dort ausrichtet, wo auch immer Kräfte in den USA und anderswo es für richtig halten zu kämpfen. Und jene, die „nicht für die USA sind, sind für die Terroristen." Erinnern Sie sich?

Dieser „Krieg gegen den Terror" ermöglicht die riesige US-Kriegsmaschine, unterstützt von Ländern wie Deutschland, Frankreich, England und Dänemark, um zivile Gebiete im Sudan, im Jemen, in Syrien, in Afghanistan und im Irak zu bombardieren, bei dem Versuch Individuen zu töten, die von den US-Geheimdiensten als „Terroristen" vorgestellt wurden. Es ist ein niemals endender und grausamer Kreislauf – er erzeugt Terror und Flüchtlinge durch systematisches Bombardieren ziviler Gebiete.

15 Jahre nach 9/11 sind fast alle unsere respektierten Institutionen und Werte verloren gegangen. Die USA haben sogar ein Gesetz, welches ihren Kräften erlaubt, militärisch in Europa zu intervenieren, wenn ein US-Staatsbürger vom internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gefasst wurde. Der UN-Sicherheitsrat wurde von den USA mit der illegalen Invasion im Irak nicht anerkannt, und heutzutage können US-geführte westliche Kräfte bombardieren wo und wie sie es wünschen. Selbst der UN-Menschenrechtsrat wird überall als ein Witz angesehen – geführt von einer der repressivsten Diktaturen der Welt, Saudi-Arabien.

Jetzt stehen wir sogar am Rande eines neuen Krieges, wieder weit weg geführt vom „amerikanischen Zuhause". Der Ausbau der NATO-Kriegsmaschine in Europa läuft seit Jahren und wurde mit der Mo-



15

The Blame-America's
Ex-President-First Cro

months after 9/11, the Gallup Poll of Islamic C
an overwhelming majority of those surveyed b
s on the World Trade Center and the Pentagon
work of Arabs. Well-educated Egyptians and S
the Israelis were behind the murder of three t
s on 9/11, in large part because of articles in thei
l state newspapers. One of the widely dissemina
no Jews died in the collapse of the Trade Tower
received calls telling them not to go to work th
To tell you the truth, I got the Jew call. I had a
le Center where I used to do most of my writing
former New York mayor Ed Koch, "Al," he t
o work on the twenty-third day of Elul."

„Geh am 23. Tag des Elul nicht zur Arbeit" (entspricht Dienstag dem 11. September 2001) – der Bürgermeister von New York Ed Koch warnte den Senator Al Franken, der ein Büro in den Zwillingstürmen hatte.

dernisierung von Nuklearwaffen unter Präsident Barack Obama intensiviert. Es scheint, dass dieser Krieg konventionell geführt werden soll, auf europäischem Boden und viele Europäer werden sterben – aber dies ist ein Risiko, welches die USA bereit sind einzugehen.

Aber 15 Jahre nach 9/11 wissen wir auch, wer hinter den Anschlägen steckt und wenn wir dieses Problem jetzt nicht angehen, wird die Menschheit verloren sein.

Amerika ist seit Jahrzehnten abhängig von Krieg

Nordamerika, als Nation, ist abhängig von Krieg und ist es seit Jahrzehnten. Im Jahr 2014 wur-

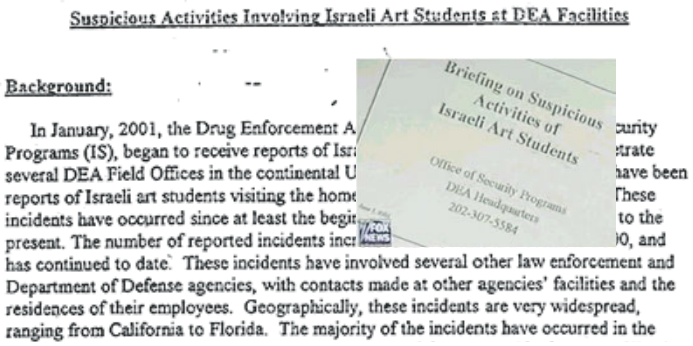
Außenministerin Hillary Clinton bei den CBS Nachrichten am 6. Oktober 2009: „Wir haben Al-Qaida erschaffen"

den 57 % der Ermessensausgaben der USA „Verteidigungsausgaben" zugewiesen. Ohne diese laufende Kriegsmaschine, wäre diese Nation wirtschaftlich schon zusammengebrochen.

Von einer 238 Jahre langen Geschichte waren die USA 222 Jahre im Krieg, meist weit weg von Zuhause und sie verteidigen jetzt „Demokratie und Freiheit" – oder wie auch immer die Geschichte geht. Wir haben eine buchstäblich kriegssüchtige Nation, die die NATO führt, welche eigentlich ein Verteidigungsbündnis sein sollte, das Frieden nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges bringen sollte.

Zwei Präsidenten haben uns vor dieser Entwicklung gewarnt. Präsident Dwight Eisenhower in seiner „Abschiedsrede" 1961 und John F. Kennedy drei Monate später in seiner sogenannten „Rede über geheime Gesellschaften" („secret societies speech"). Beide haben über den militärisch-industriellen Komplex gesprochen, beide sprachen über den amerikanischen „deep state" – die CIA. Aber seitdem hat niemand mehr über diesen Komplex gesprochen, also entweder ist das Problem von selbst verschwunden, oder der Komplex hat die Kontrolle übernommen.

Dieser Komplex wurde während des Kalten Krieges gegründet, als große Vermögen durch die Vorbereitungen auf einen möglichen Krieg gemacht wurden, und die geheimen Gesellschaften an geheimen Waffenprogrammen beteiligt waren. Es gab praktisch kein Limit für die Mittel, die vom Pentagon und der CIA genutzt wurden, um den Kommunismus zu entdecken und ihn zu bekämpfen und die Show ging selbst über unseren Planeten hinaus, mit dem sogenannten „Wettlauf ins All" („space race"). Mit dem Ende des Kalten Krieges verschwanden auch die Aussichten auf die Aufrechterhaltung dieser Machtpositionen. Und die brillante Antwort darauf war ein ewiger „Krieg gegen den Terror", der direkt nach den „katastrophalen und beeinflussenden" Ereignissen am 11. September ins Leben gerufen wurde.



Suspicious Activities Involving Israeli Art Students at DEA Facilities

Background:

In January, 2001, the Drug Enforcement A curity
Programs (IS), began to receive reports of Isr trate
several DEA Field Offices in the continental U have been
reports of Israeli art students visiting the home These
incidents have occurred since at least the begi to the
present. The number of reported incidents incr 0, and
has continued to date. These incidents have involved several other law enforcement and Department of Defense agencies, with contacts made at other agencies' facilities and the residences of their employees. Geographically, these incidents are very widespread, ranging from California to Florida. The majority of the incidents have occurred in the

Briefing on Suspicious Activities of Israeli Art Students
Office of Security Programs
DEA Headquarters
202-307-5584

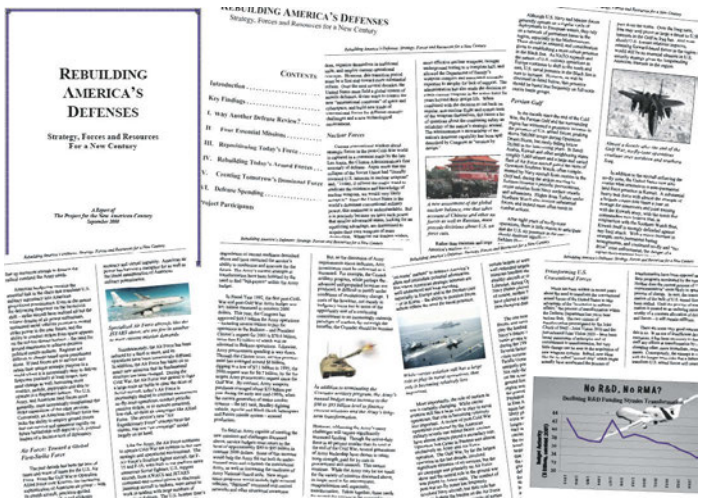
Der 2001-Bericht der DEA über israelische Agenten, der zuerst zur französischen Website „Intelligence Online" durchgesickert ist und der dann später von Fox News und anderen bestätigt wurde.

Kurz nach 9/11 tauchten erste Hinweise auf eine Verwicklung der Saudis in die Anschläge auf. Zwei dutzend Mitglieder der Familie Osama Bin Ladens wurden dringlich in den ersten Tagen nach den Anschlägen aus den USA mit Privatjets evakuiert. Später kam ans Licht, dass elf von 19 Hijackern die Visa-Papiere beim amerikanischen Konsulat in Dschidda, Saudi-Arabien, bekommen haben, derselbe Ort, an dem die Papierarbeit für die Schieberei der Mudschaheddin in den 80er Jahren erledigt wurde.

.

Der israelische Spionage-Ring

Aber die Saudis waren hierin nicht allein. Ein 61 Seiten langer Bericht der DEA spricht einen Spionagering aus mehr als 120 Agenten an, die 2001 in den USA tätig waren. Gemäß einiger Forscher hatten 14 Kunststudenten, die als aktive Agenten in elektronischen Überwachungseinheiten des israelischen Militärs geführt wurden, aufgrund ihrer Tätigkeit in den Zwillingstürmen Zugang zu den Gebäuden. Diese Details über einen Spionagering, der in den USA operierte und aus angestellten Geheimdienstagenten bestand, die sich als Kunststudenten ausgaben, um Zugriff auf US-Regierungsbüros, Verteidigungsunternehmen und auf Privathäuser von Angestellten der Drug Enforcement Agency (DEA) zu erlangen, begannen Anfang des Jahres 2002 klar darauf hinzudeuten, dass der israelische Geheimdienst Mossad,



REBUILDING AMERICA'S DEFENSES

Strategy, Forces and Resources For a New Century

CONTENTS

NO R&D, NO RMA?

Ein Meilenstein, um den aktuellen Zustand der Welt zu verstehen, ist der Bericht „Rebuilding America's Defenses" – „... dieser Prozess der Umwandlung ist wahrscheinlich ein sehr langer Prozess, wenn ein katastrophales und beeinflussendes Ereignis – wie ein neues Pearl Harbor – fehlt ...", veröffentlicht im September 2000 vom „Projekt for a New American Century.

Publiziert auf Free21 am 25.07.2016, 09:17, von Tommy Hansen

ebenfalls involviert war. Der Bericht wurde später von einem Protokoll eines vierteiligen Reports von Fox News bestätigt, „Israel spioniert in den USA".

Ebenfalls wurde durch den Senator Al Franken im Jahr 2004 bestätigt, dass eine Vielzahl von meist jüdischen Personen gewarnt wurden, am 11. September nicht zur Arbeit zu gehen – sie haben den „jew call" erhalten – ein weiteres starkes Anzeichen dafür, dass Israel in die Anschläge verwickelt war. Eindeutig wusste jemand in hohen, mächtigen amerikanischen Kreisen Bescheid – ein Fakt, der ebenfalls durch den massiven Insiderhandel auf hoher Ebene an jenem Tag bewiesen wurde. Dies wurde von dem deutschen investigativen Journalisten Lars Schall und einigen unabhängigen Studien von Universitäten aufgedeckt.

Eine Operation wie diese Anschläge, welche internationale Verbindungen, gefälschte Identitäten und jahrelanges Reisen, Planung und Vorbereitung benötigten, sind einfach nicht möglich ohne das Wissen verschiedener Geheimdienste. Und die US-Geheimdienste wussten Bescheid, dass etwas im Gange war. Sie lieferten Dutzende Mitteilungen an Präsident George W. Bush in den Sicherheitsbesprechungen, besonders in jener vom 6. August 2001, als sie eine Mitteilung übergaben mit der Überschrift: „Bin Laden hat entschieden die USA anzugreifen."

Jedenfalls hat es jemand beschlossen, das ist sicher. Aber es war sicherlich nicht Osama Bin Laden, der den Insiderhandel an der New Yorker Börse betrieben hat, und niemand hat ihn jemals beschuldigt hinter den Warnungen zu stecken, sich am 11. September dem World Trade Center nicht zu nähern. Und es war definitiv nicht Osama Bin Laden, der den dänischen Premierminister am 11. September angerufen hat, kurz bevor der erste Turm zusammenbrach, um ihm zu sagen, dass beide Türme zusammenstürzen werden. Dennoch hat es jemand getan, und es war noch nicht einmal ein Saudi-Araber.

Rep. Thomas Massie war einer der Ersten, der die redigierten 28 Seiten des 9/11 Commission Reports lesen durfte. Er sagte daraufhin bei einer Pressekonferenz am 11. Juli 2014: „Man ist gezwungen, alles neu zu überdenken. Und ich glaube, dass das ganze Land dies durchmachen muss."

Eine bewusste Übernahme der Macht

Die Informationen über das gesamte Ereignis deuten eindeutig darauf hin, dass es ein bewusster Versuch war, die politische und militärische Macht weltweit zu übernehmen – ein Prozess, der nun unter der Tarnung des „Krieg gegen den Terror" stattfindet und in dem Präsident Bush den Rest der Welt vor zwei Optionen gestellt hat: „Du bist entweder mit uns, oder mit den Terroristen/gegen uns." Dieses ganze Szenario ist wie ein schlechter Hollywood-Film, indem ein Haufen böser Jungs vorhat, die Kontrolle über die Welt zu übernehmen.

Von 1976 bis 1977 war George H. W. Bush Direktor der CIA, und laut dem Journalisten Wayne Madsen und anderen, benutze er den saudischen Geheimdienst als „seine eigene private CIA" um verdeckte Operationen durchzuführen, die vom US-Kongress abgelehnt wurden, oder von denen der US-Kongress gar nichts wusste. Diese Operationen waren, wie wir jetzt wissen, fast immer mit Drogenschmuggel oder Waffenhandel verbunden und sie wurden genutzt, um Regimechanges in Staaten zu initiieren, die den USA kritisch gegenüber standen. Mit den saudischen Geheimdiensten haben sich die kriminellen US-Neocons eine eigene „dunkle CIA" („black CIA") geschaffen, um das Schmutzigste ihrer schon längst schmutzigen Geschäfte zu erledigen.

Die Bush- und die Bin Laden-Familie haben für mehr als 20 Jahre gemeinsame Geschäfte gemacht, und der spätere Präsident George W. Bush hat seine erste Ölfirma teilweise mit Geld der Bin Laden Familie gegründet. Auch das Bush-Imperium hatte wachsende Geschäfte mit der saudischen Königsfamilie und einigen Prinzen in Saudi-Arabien. Die Bin Laden-Familie war sogar ein offizieller Investor der Carlyle Group bis zu dem Fall des Jahres 2001, wo die Beziehungen zu unangenehm wurden und die Familie ihr Geld zurückzog.

Während der 90er Jahre, als die US-Kriegsindustrie um ihr Überleben kämpfte, traten das PNAC und andere für eine Invasion des Iraks ein, da dies als die einzig realistische Möglichkeit gesehen wurde, um die Zukunft des militärisch-industriellen Komplexes in den USA zu sichern. Außerdem würde eine US-Präsenz im Irak den Zugriff auf große Erdölvorkommen sichern und es würde den Weg bereiten für neue, jahrzehntelange, gewinnbringende Konflikte. Kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 schickte das PNAC dem Präsidenten George W. Bush sogar einen Brief, in dem stand, „dass eine entschlossene Unternehmung, um Saddam Hussein von der Macht im Irak zu entfernen, erwünscht wäre" oder „ein Regierungssturz".

Das Schreiben suggerierte, dass „jede Strategie, die darauf abzielt den Terrorismus und seine Unterstützer auszurotten,eine entschlossene Unternehmung, um Saddam Hussein von der Macht im Irak zu entfernen, beinhalten muss", selbst wenn es keine Beweise für Verbindungen zwischen dem Irak und den Anschlägen vom 11. September gibt. Das Schreiben warnte davor, dass wenn Saddam Hussein an der Macht bleiben würde, es „eine frühe und möglicherweise ausschlaggebende Kapitulation im Krieg gegen den internationalen Terrorismus darstellen wird."

Zurück in das Jahr 1998. Das PNAC schrieb exakt den gleichen Brief an Präsident Clinton: „Wir verlangen von ihnen, dass Sie die Aufmerksamkeit ihrer Administration darauf richten, eine Strategie zu entwickeln, um Saddams Regime von der Macht zu entfernen. Dafür ist die volle Bündelung der diplomatischen, politischen und militärischen Anstrengungen notwendig."

Der Brief wurde von Donald Rumsfeld und Paul Wolfowitz unterzeichnet, später Minister und stellvertretender Verteidigungsminister in der Bush-Administration.

Die kurz nach 9/11 aufgetauchten Beweise wiesen nicht auf den Irak hin, jedoch in Richtung Saudi-Arabien und Israel. Während die Hinweise in Richtung Israel bisher noch besprochen werden, ist das Engagement Saudi-Arabiens nun ans Licht gekommen.

Gemäß dem US-Senator Bob Graham, welcher lange für die Freigabe der „28 Saudi' pages" gekämpft hat, „… haben die Saudis eine lange und schmutzige Geschichte im Hinblick auf die Finanzierung von globalen Terrorbewegungen … das Bereitstellen des Startkapitals für Al-Qaida geht weit zurück bis in die 1980er Jahre und auch das Bereitstellen des Startkapitals für die Taliban [in Afghanistan]."

Dieses 15-jährige Embargo auf die Wahrheit, so Graham, brachte der saudischen Regierung, „welche immer noch Komplize ist, wenn es um das Gründen von Terrororganisationen wie ISIS geht", und „welche die nächste Genera-

tion der Terroristen in Moscheen und Schulen trainiert", eine nützliche „Immunität".

Was Graham hier aufzeigt, sollte für jeden zu diesem Zeitpunkt offensichtlich sein, abgesehen von den 28 Seiten. Durch die jahrzehntelange Kooperation mit der korrupten saudiarabischen Diktatur haben die kriminellen amerikanischen Neocons nicht nur persönliche Vermögen, sondern eine globale politische Führungsrolle erhalten, welche die westlichen Demokratien anscheinend vollkommen geblendet hat. Alles in dem Bericht „Rebuilding Americas Defenses" („Wiederaufbau der amerikanischen Verteidigungen") ist eingetreten, sogar das „neue Pearl Harbor".

Mittels der Strategie von überwiegenden Stellvertreterkriegen, waren die USA bereit, im Oktober 2001 im Irak einzufallen, in Syrien, im Libanon, in Libyen, in Somalia, im Sudan und im Iran, in allen Fällen, um eine US-freundliche Regierung zu installieren und um das Geschäft mit dem Petrodollar aufrecht zu erhalten. Der „Krieg gegen den Terror" hat all dies möglich gemacht und alle der genannten Länder befinden sich jetzt auf den Knien.

Von den Pentagon-Papieren (2012), die im Jahr 2015 von der Judical Watch veröffentlicht wurden, wissen wir, dass die USA willentlich und im großen Umfang Gruppierungen wie Al-Qaida, die Muslimbruderschaft und die Salafisten im Nordirak bewaffnet haben, weil diese Gruppen gegen den erklärten Feind der USA, gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Bashar al-Assad in Syrien kämpfen. Die vielen verschiedenen Gruppierungen, die vom Pentagon und der CIA bewaffnet wurden, bekämpfen sich nun teilweise sogar selbst.

Dies ist exakt das, was in Afghanistan in den 80er Jahren passiert ist; ein Stellvertreterkrieg, um amerikanische Interessen zu sichern. Am 6. Oktober 2009 erklärte die damalige Außenministerin Hillary Clinton auf CBS, dass Al-Qaida in Afghanistan von den USA erschaffen wurde.

„Es schien in den 80er Jahren eine gute Idee zu sein, Taliban, Mudschaheddin, Dschihadisten, zu ermutigen, zu trainieren und auszurüsten gegen die Sowjetunion, die in Afghanistan einmarschiert ist. Mit unserer Hilfe und mit der Unterstützung Pakistans, besiegte diese Gruppe, zu dieser Zeit auch Osama Bin Laden eingeschlossen, die Sowjetunion. Letztendlich wurde die Sowjetunion aus Afghanistan vertrieben.", sagte Clinton in dem CBS News Special-Report „The Road Ahead".

Aber das ist nur teilweise wahr. Offenbar hat sie das berühmte Interview mit dem Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski im „Le Nouvel Observateur" in Paris am 21. Januar 2007, vergessen. Als er nach den Mudschaheddin gefragt wurde, sagte Brzezinski: „Gemäß der offiziellen Version der Geschichte begann die Unterstützung der Mudschaheddin durch die CIA während des Jahres 1980, das heißt, nachdem die sowjetische Armee am 24. Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert ist. Aber die Realität, welche bis heute verheimlicht wird, ist in Wirklichkeit ganz anders. Es war der 3. Juli 1979 als Präsident Carter die erste Anweisung für eine geheime Unterstützung der Gegner des pro-sowjetischen Regimes in Kabul unterschrieb. Und an diesem Tag schrieb ich eine Mitteilung an den Präsidenten, in der ich ihm erklärte, dass diese Unterstützung, meiner Meinung nach eine sowjetische Invasion hervorrufen wird."

Also haben die USA Al-Qaida nicht nur erschaffen, sondern es war gar nicht der Auftrag, den Widerstand gegen die sowjetische Besatzung zu unterstützen, sondern der Auftrag war es, die Invasion zu provozieren und einen Stellvertreterkrieg zu führen. Und die Macher dieses Plans sind in den dunklen Kreisen in den obersten Etagen der Politik, des Militärs und der Geheimdienste zu finden – der militärisch-industrielle Komplex, vor dem uns zwei Präsidenten versucht haben zu warnen und über den sogar niemand mehr spricht. Fakt ist, dass die westlichen Mainstream-Medien im Allgemeinen von US-freundlichen Mächten kontrolliert werden, und die Ignoranz und das Schweigen zu 9/11 ist nur ein Beispiel. Laut dem Watergate-Journalisten Carl Bernstein standen 400 amerikanische Journalisten auf der Gehaltsabrechnung der CIA im Jahre 1974, als der Kalte Krieg seinen Höhepunkt erreichte, und im Jahr 2015 veröffentlichte der bekannter Journalist Udo Ulfkotte ein Buch, indem er die fortlaufende und sehr aktive Rolle der CIA in deutschen Nachrichtenorganisationen offenlegt.

Die CIA arbeitet im Namen der amerikanischen Kriegsmaschine und sie agiert auf jeder Ebene: Medien, Politiker und NGOs und tut es seit Jahrzehnten. Mit Hilfe dieser fast allumfassenden Kontrolle ist es gelungen, eine blühende Zukunft in Europa, mit Kooperation und offenen Grenzen überall auf dem Kontinent, in ein Desaster zu verwandeln. Es sind bereits Millionen Menschen durch die Erfindung des „Krieg gegen den Terror" gestorben, erklärt durch ein Land, welches verzweifelt von Krieg abhängig ist. Zu denken, dass diese Maschine nicht hinter 9/11 stecken könnte, ist angesichts der Fakten sehr naiv. Diese Maschine wächst durch Krieg, und die Politiker, die dabei mitmachen machen Millionen indem sie vorgeben, dass wir die Guten sind. Die Realität sieht anders aus und es ist Zeit, das Schweigen zu brechen. Die Veröffentlichung der 28 Seiten, längst überfällig seit 2003, ist ein großer Schritt vorwärts. Aber es werden immer noch zehntausende Dokumente geheim gehalten, wegen der „nationalen Sicherheit".

Zum Beispiel fehlen immer noch Dokumente von religiösen Einrichtungen, die von der saudischen Regierung gesponsert werden, jene, die ebenfalls Al-Qaida unterstützen und es fehlen ebenfalls Dokumente über Al-Qaidas reiche Unterstützer vom persischen Golf und über die Unterstützung von islamischen Banken und Finanzinstitutionen. Und es wird ebenfalls nicht erwähnt, dass elf der 19 Hijacker ihre Visums-Papiere beim amerikanischen Konsulat in Dschidda in Saudi-Arabien erhalten haben – derselbe Ort, an dem in den 80er die Papiere für Tausende von Mudschaheddin arrangiert worden sind.

Es wird immer deutlicher, dass Insider im amerikanischen Staatsapparat eine große Rolle bei den Anschlägen vom 11.September gespielt haben, nun bewiesen durch die Belege über die Kooperation mit Regierungsmitarbeitern in Saudi-Arabien – ein Land, welches den Wahhabismus verteidigt – die pervertierteste Form des Islams – und welches systematisch versucht, mit Bomben und Terror, alle seine Gegner zu vernichten. Ein Land, welches vor den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gestellt werden sollte, zusammen mit den möglichen Verbrechern, die hinter 9/11 stecken und mit den Verteidigern von Kriegen, die auf Lügen basieren. Wir wissen sogar, wo man anfangen soll: Bush, beide, Senior und Junior, Tony Blair und Anders „Fog of War" Rasmussen, Dick Cheney und Colin Powell, Codoleezza Rice, Rumsfeld und Wolfowitz – der Rest wird nach und nach kommen.

Wenn man auf das große Bild schaut, haben die USA, Saudi-Arabien und Israel Millionen von Menschen über Jahrzehnte getötet, um ihre Kriegsindustrie zu stärken, vornehmlich in Amerika, aber auch in Ländern wie Schweden, Deutschland, England, Frankreich und anderen, wo ausgewählte Politiker und Journalisten gleichermaßen kontrolliert werden und beide Gruppe belohnt werden mit persönlichem Reichtum und einem Jet-Set-Leben.

Basierend auf Beweisen und simpler Logik können wir die offizielle Geschichte von 9/11 als eine unmögliche Verschwörungstheorie ausschließen. Aber würden uns die Mächtigen bei so einer ernsten Angelegenheit in so großem Maße belügen? Und wenn ja, warum?

Im Oktober 1990 stand ein weinendes 16-jähriges Mädchen vor dem Menschenrechtsausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses. Sie bezeugte, dass iraki-

sche Soldaten, die am 2. August desselben Jahres in Kuwait einmarschiert sind, hunderte Babies im Krankenhaus aus ihren Brutkästen rissen und sie töteten. Das Fernsehen sendete ihre Aussage in die ganze Welt und Saddam Hussein wurde von George Bush nicht nur als „der Schlächter von Bagdad" dargestellt, sondern auch als „ein Tyrann, schlimmer als Hitler".

Es sind irakische Streitkräfte am 27. Februar 1991 in Kuwait-City einmarschiert, aber die Geschichte mit den Babies war pure Fantasie. Das Mädchen wurde von einem Büro der PR-Agentur Hill & Knowlton in Washington beauftragt, eine PR-Agentur, die angeheuert wurde, damit sich die amerikanische Bevölkerung hinter Bushs Kriegspolitik stellt. Der Mann, der das Büro von Hill & Knowlton in Washington geführt hat, war Craig Fuller, einer von Bushs engsten Freunden und innerhalb von politischen Beratern. Der erste Irakkrieg war eine Invasion in einem all umfassenden Rahmen, basierend auf absichtlichen Lügen.

Am 5. Februar 2003 stand Colin Powell vor den Vereinten Nationen und präsentierte „Beweise" für Massenvernichtungswaffen im Irak. Nur wissen wir jetzt, dass auch er gelogen hat.

Powell hörte ein Gespräch zwischen irakischen Armeeoffizieren ab, indem es um die UN-Kontrollen ging. Wie auch immer, als er das Gesprochene übersetzte, manipulierte er es mit Absicht, er verwandelte die Beweise dafür, dass der Irak die UN-Resolutionen befolgte, in Beweise um, dass der Irak die Resolutionen verletzte.

Die ganze Argumentation der USA – bezüglich der biologischen Waffen – basierte auf dem Wissen eines einzigen Agenten namens Curveball, dessen Glaubwürdigkeit vorher ernsthaft in Frage gestellt wurde. Alles war gelogen, es ist nicht eine einzige solche Waffe gefunden worden, weder von den Waffeninspektoren, noch von den westlichen Streitkräften, welche 2003 im Irak einmarschiert sind. Auch der zweite Irakkrieg war eine allumfassende Invasion, die auf einer absichtlichen Lüge beruhte.

Der erste Angriff auf den Irak kostete mehr als 100.000 Menschen das Leben und noch viel mehr wurden verletzt. Dies wird immer noch von vielen als der weltweit größte Terroranschlag aller Zeiten gesehen – zumindest fühlt es sich so an, wenn man auf der falschen Seite der Bomben steht.

Mindestens zweimal in der jüngsten Geschichte haben die USA die Welt in Kriege geschickt, die auf absichtlichen Lügen basierten. Also warum nicht auch am 11. September?

Aber heute scheint 9/11 für eine zunehmende Anzahl von Menschen als gelöst, und die Geschichte von den 19 Hijackern mit Teppichmessern, die von dem ungeheuerlichen Osama Bin Laden aus einer Höhle in den Bergen Afghanistans, gelenkt wurden, wird als das angesehen, was es ist – ein Märchen. Und die offizielle Erklärung ist eine Beleidigung jeder durchschnittlichen Intelligenz.

Ein dänisches Sprichwort besagt, dass die Lüge um die halbe Welt reisen kann, bis die Wahrheit ihre Schuhe findet, um sich auf den Weg zu machen. Die Lügen zu 9/11 sind vielleicht für Jahrzehnte um die halbe Welt gereist, aber jetzt hat die Wahrheit endlich ihre Schuhe angezogen. Der Eisberg schmilzt.

Autor:

Tommy Hansen

Tommy Hansen ist seit 1985 ein freiberuflicher, investigativer Journalist. Er hat sich darauf spezialisiert die Geschehnisse vom 11. September in New York und auch die nachfolgenden Kriege zu untersuchen. Einschließlich Themen wie Weltpolitik und die heutige Weltgeschichte, die Umwelt, die digitale Welt und das Internet.

‹http://www.free21.org/?p=22875›

Quellen:

CBS Evening News October 6, 2009, 8:54 PM Hillary Clinton Interview Full Transcript <*http://www.cbsnews.com/news/hillary-clinton-interview-full-transcript/*>

Global Research Video Interview with General Wesley Clark: "We're going to take out 7 countries in 5 years: Iraq, Syria, Lebanon, Libya, Somalia, Sudan & Iran.." <*http://www.globalresearch.ca/we-re-going-to-take-out-7-countries-in-5-years-iraq-syria-lebanon-libya-somalia-sudan-iran/5166*>

University of Arizona: The Brzezinski Interview with Le Nouvel Observateur (1998) <*http://dgibbs.faculty.arizona.edu/brzezinski_interview*>

FloridaPolitics: Why Bob Graham demands release of the '28 pages' <*http://floridapolitics.com/archives/207519-bob-graham-demands-release-28-pages*>

Senator Al Franken: Lies and the Lying Liars Who Tell Them, 2004: < *https://www.amazon.com/Lies-Lying-Liars-Tell-Them/dp/0452285216*>

Global Research: US Government Releases Redacted "28 Pages" Missing From 9/11 Report <*http://www.globalresearch.ca/us-government-releases-redacted-28-pages-missing-from-911-report/5536267*>

The Guardian: 9/11 report's classified ‚28 pages' about potential Saudi Arabia ties released <*https://www.theguardian.com/us-news/2016/jul/15/911-report-saudi-arabia-28-pages-released*>

Physics911: The DEA Report <*http://physics911.net/deareport/*>

AsiaTimesonline: Lars Schall: Insider trading 9/11 ... the facts laid bare < *http://www.atimes.com/atimes/Global_Economy/NC21Dj05.html*>

FloridaBulldog: The release of the 28 pages isn't the last word in the search for who was behind 9/11 <*http://www.floridabulldog.org/2016/07/12845/*>

Informationclearinghouse - FOX News: Israel Is Spying In And On The U.S.? Part 1 <*http://www.informationclearinghouse.info/article7545.htm*>

911blogger: Rep. Massie on shocking 9/11 documents: "It challenges you to re-think everything" < *http://911blogger.com/news/2014-07-16/rep-massie-shocking-911-documents-it-challenges-you-re-think-everything-joshua-cook-jul-16-2014*>

The New York Post: Yes the Saudi government helped the 9/11 terrorists <*http://nypost.com/2016/07/15/yes-the-saudi-government-helped-the-911-terrorists/?utm_content=bufferac080&utm_medium=social&utm_source=facebook.com&utm_campaign=buffer*>

28pages.org: Foreign Government Involvement in 9/11 Shouldn't Stay Secret <*https://28pages.org/*>

911hardfacts.com: PNAC, background and motive < *http://www.911hardfacts.com/report_04.htm*>

YouTube: Former Prime Minister of Denmark knew the first tower was going to collapse! Who told him? < *https://www.youtube.com/watch?v=b09NnCo_KIw*>

Counterpunch.org: The 1998 Origins of the Bush Iraq War Drive < *http://www.counterpunch.org/2003/02/19/the-1998-origins-of-the-bush-iraq-war-drive/*>

Huffington Post: Lie After Lie After Lie: What Colin Powell Knew Ten Years Ago Today and What He Said < *http://www.huffingtonpost.com/jonathan-schwarz/colin-powell-wmd-iraq-war_b_2624620.html*>

GlobalResearch: Interview with general Wesley YouTube: Michael Springman on Alex Jones Tv 1/4: CIA Ordered Visas For 15 of The 19 9/11 Hijackers in Jeddah < *https://www.youtube.com/watch?v=LmjAg_-Vi9Y*>

Clark: Global Warfare: "We're going to take out 7 countries in 5 years: Iraq, Syria, Lebanon, Libya, Somalia, Sudan & Iran.. < *http://www.globalresearch.ca/we-re-going-to-take-out-7-countries-in-5-years-iraq-syria-lebanon-libya-somalia-sudan-iran/5166*>

CIA-DOC, released 2004: Bin Ladin Determined To Strike in US < *https://fas.org/irp/cia/product/pdb080601.pdf*>

Antiwar.com: How the War Party Sold the 1991 Bombing of Iraq to US < *https://www.antiwar.com/orig/cohen1.html*>

National Security Archive: The record on Curveball < *http://nsarchive.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB234/*>

Wikipedia ‚The Hague Invasion Act' (American Service-Members' Protection Act) < *https://en.wikipedia.org/wiki/American_Service-Members%27_Protection_Act*>

Human Rights Watch August 3, 2002: U.S.: ‚Hague Invasion Act' Becomes Law < *https://www.hrw.org/news/2002/08/03/us-hague-invasion-act-becomes-law*>

PR Watch: How PR Sold the War in the Persian Gulf < *http://www.prwatch.org/books/tsigfy10.html*>

28 Seiten des 9/11-Berichtes veröffentlicht: Welche Rolle spielte Saudi-Arabien?

Auszüge aus dem Buch „Das Neue Pearl Harbor – Band 1: Beunruhigende Fragen zur Bush-Regierung und zum 11. September" von Prof. David Ray Griffin zu den geheimen Verbindungen zwischen Bush, bin Laden und dem Königshaus Saud.

Aus Kapitel 6: Behinderten US-Beamte Untersuchungen vor dem 11. September?

Geheime Verbindungen zwischen Bush, bin Laden und dem saudischen Königshaus

Eine der beunruhigenden Fragen, die Kritiker der offiziellen Darstellung stellen, ist, ob die aktuellen Beziehungen zwischen der Bush-Regierung, Osama bin Laden und dem saudischen Königshaus nicht doch eher anders geartet sind als die öffentliche Darstellung dieser Beziehungen. Es gibt mehrere Gründe für diesen Verdacht. Erstens hatte die Familie bin Laden – eine der reichsten und einflussreichsten Familien Saudi-Arabiens – und die Bush-Familie seit über 20 Jahren Geschäftsbeziehungen. Zweitens: obwohl Osama bin Laden als das schwarze Schaf der Familie dargestellt worden war, mit dem aufgrund seiner terroristischen Aktivitäten niemand etwas zu tun haben wollte – so dass die „guten bin Ladens" radikal vom „schlechten bin Laden" unterschieden werden können – gibt es zahlreiche Beweise, dass Osamas enge Beziehungen zu seiner Familie weiterbestanden. Drittens gibt es Beweise, dass Osama bin Laden weiterhin verdeckte Hilfen vom engen amerikanischen Verbündeten Saudi-Arabien erhielt. Ein vierter Grund für diesen Verdacht ist der Bericht, dass die US-Regierung in Zusammenarbeit mit der saudischen Regierung unmittelbar nach dem 11. September vielen Mitgliedern der Familie bin Laden dabei half, die Vereinigten Staaten zu verlassen. Sie erlaubte deren Flugzeugen sogar zu fliegen, noch bevor das nationale Flugverbot aufgehoben worden war. Ein fünfter Grund für den Verdacht ist die Tatsache, dass die Regierung, als der Abschlussbericht der Joint Inquiry des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses und Senats zum 11. September schließlich im Jahre 2003 veröffentlicht wurde, darauf bestand, etwa 28 Seiten zu sperren, die Berichten zufolge in erster Linie Saudi-Arabien behandelten. Schließlich gibt es die simple Tatsache, dass die meisten der angeblichen Entführer aus Saudi-Arabien stammten.

George W. Bush und sein guter Freund, König Abdullah aus Saudi Arabien, hier zu Besuch auf Bush's Ranch in Texas, 2005 (Foto: AFP)

Diese Verdachtsmomente werden ferner durch Berichte von glaubwürdigen Zeugen über die Fortsetzung der Beziehungen zwischen der saudischen Regierung, Osama bin Laden und al-Qaida gestützt.

Am 22. August 2001 kündigte der Anti-Terror-Experte John O'Neill – der „der engagierteste Jäger von Osama bin Laden und seinem al-Qaida-Netzwerk von Terroristen" der US-Regierung gewesen sein soll – beim FBI unter Berufung auf die wiederholten Behinderungen seiner al-Qaida-Ermittlungen. Im Juli 2001 beschwerte sich O'Neill, der eine der höchsten FBI-Positionen innehatte, Berichten zufolge über Behinderungen durch das Weiße Haus und sagte, dass die Haupthindernisse für die al-Qaida-Untersuchung „Interessen der US-Öl-Unternehmen und die Rolle Saudi-Arabiens" seien. Er fügte dann hinzu: „Alle Antworten, alles, um Osama bin Ladens Organisation zu zerstören, können in Saudi-Arabien gefunden werden." O'Neills Einschätzung wurde laut Ahmed von Tariq Ali bekräftigt: „Bin Laden und seine Bande sind lediglich die Tentakel [der wahhabitischen Krake], der Kopf liegt sicher in Saudi-Arabien, geschützt durch US-Truppen."

Die Ansicht, dass sich jede ernsthafte Untersuchung auf Saudi-Arabien konzentrieren müsse, wurde interessanterweise in jüngerer Zeit von Gerald Posner geteilt, also von einem Autor, der in den meisten Punkten die offizielle Version des 11. September unterstützt. Auf Grundlage von Informationen, die zwei Quellen in der US-Regierung anonym, aber unabhängig voneinander bereitstellten, berichtet Posner über das amerikanische Verhör des saudischen Staatsbürgers Abu Zubaydah, einer der Spitzenleute von al-Qaida, der gegen Ende März 2002 in Pakistan gefangen genommen worden war. Das Verhör wurde unter Zuhilfenahme des Wahrheitsserums Thiopental (Pentothal) von zwei Amerikanern mit arabischen Wurzeln durchgeführt, die Vorgaben, Saudis zu sein. Erleichtert, sich in Gegenwart von Männern zu befinden, von denen er glaubte, dass es sich um Landsleute handelte, wurde Zubaydah sehr gesprächig.

In der Hoffnung, sich selbst zu retten, behauptete Zubaydah, dass er als Mitglied von al-Qaida im Namen saudischer Beamter gehandelt hatte. Er ermutigte seine Fragensteller, Bestätigungen für seine Behauptungen einzuholen, und rief sie dazu auf, einen von König Fahds Neffen, Prinz Ahmed bin Salman bin Abdul-Aziz (Vorsitzender eines riesigen Ver-

Publiziert auf Free21 am 31.07.2016, 11:50 Uhr, von David Ray Griffin auf kenfm.de, Lizenz: KenFM

lagsimperiums und Gründer der Thoroughbred Corporation, aus deren Stall „War Emblem“ kam, ein Sieger des Kentucky Derbys, dem ältesten US-Pferderennen) anzurufen. Zubaydah konnte ihnen sogar die Telefonnummern von Prinz Ahmed auswendig nennen. Als seine Vernehmungsbeamten sagten, dass der 11. September sicherlich alles verändert hätte, so dass Prinz Ahmed al-Qaida nicht länger unterstützen würde, sagte ihnen Zubaydah, dies hätte nichts geändert, weil Prinz Ahmed im Voraus gewusst hätte, dass Amerika am 11. September angegriffen würde. Zubaydah nannte auch aus dem Gedächtnis die Telefonnummern von zwei weiteren Verwandten Königs Fahds, die seine Behauptungen bestätigen könnten: Prinz Sultan bin Faisal bin Turki al-Saud und Prinz Fahd bin Turki ibn Saud al-Kabir.

Weniger als vier Monate später gab es Ereignisse, die für Posner daraufhin wiesen, dass Zubaydahs Aussagen wahr sein könnten. Innerhalb einer Zeitspanne von acht Tagen starben alle drei genannten Saudis. Am 22. Juli starb Prinz Ahmed im Alter von 43 Jahren Berichten zufolge an einem Herzinfarkt. Am nächsten Tag starb Prinz Sultan bin Faisal laut Berichten im Alter von 41 Jahren bei einem Autounfall, an dem nur sein Auto beteiligt war. Eine Woche später „verdurstete“ Prinz Fahd bin Turki im Alter von 21 Jahren.

Zubaydah sagte auch, er habe an mehreren Treffen zwischen Osama bin Laden und Prinz Turki bin Faisal, dem Chef des saudischen Geheimdienstes teilgenommen, darunter einem Treffen im Jahre 1998 in Kandahar, bei dem Prinz Turki versprach, dass die Saudis weiterhin die Taliban unterstützen würden und nicht Osamas Auslieferung verlangen würden, solange al-Qaida das Versprechen hielte, das saudische Königreich nicht anzugreifen. Aber Prinz Turki – der als Chef des saudischen Geheimdienstes zehn Tage vor dem 11. September entlassen und danach saudischer Botschafter in Großbritannien wurde – überlebte die Zeugnisaussage, die über ihn gemacht wurde.

In jedem Fall weisen die Darstellungen dieser Verbindungen zwischen dem saudischen Königshaus, Osama bin Laden und al-Qaida darauf hin, dass das Versagen der Amerikaner, bin Laden zu fassen, mit den engen Beziehungen zwischen der saudischen Königsfamilie, der Familie bin Laden und der Bush-Regierung zusammenhängen könnte. Laut einem Bericht der Investigativ-Reporter Gregory Palast und David Pallister beklagten sich US-Geheimdienstmitarbeiter seit langem, sie seien „aus politischen Gründen an der Durchführung vollständiger Ermittlungen gegen Mitglieder der Familie bin Laden gehindert worden“, und sagten, dass nach dem Amtsantritt der Bush-Regierung die Dinge noch schlimmer wurden. Sie berichteten außerdem, dass man ihnen „gesagt hatte, sich bei Untersuchungen gegen weitere Mitgliedern der bin Laden-Familie [und] der saudischen Königsfamilie ›zurückzuhalten‹.“ Palast führte diesen Punkt in einem Interview weiter aus: „Wir hatten ohne Frage etwas, das wie das größte Versagen der Geheimdienste seit Pearl Harbor aussah, aber wie wir jetzt erfuhren, war es kein Fehler, es war eine Anordnung.“ Diese Schlussfolgerung wird durch die Worte eines amerikanischen Geheimdienstmitarbeiters gestützt: „Es gab bestimmte Untersuchungen [zur bin Laden-Familie], die erfolgreich verhindert wurden.“

— —

Es waren jedoch nicht nur bin Laden und seine Familie, zu denen gemäß Berichten Untersuchungen abgewürgt wurden. Ahmed und Thompson verweisen auf mehrere Fälle, bei denen die Untersuchungen anderer vielversprechender Fährten offenbar entweder verhindert oder gar nicht erst eingeleitet wurden. Diese Fälle sind besonders relevant für die Schlussfolgerung der Joint Inquiry, dass die Anschläge des 11. September durch Geheimdienstfehler zu Stande kamen, die zwar bedauerlich aber verständlich waren. Trotz des Hinweises, dass die Geheimdienste mehr Warnungen erhalten hatten, als sie zugaben, nahm die Joint Inquiry sie zum Teil mit den Worten aus der Verantwortung, dass sie zwar einige wichtige Hinweise übersehen hatten, aber „es sind diese Art von Fehlern, die passieren, wenn Leute … einfach überfordert sind.“ Bei einigen der folgenden Fälle waren Agenten im aktiven Einsatz offenbar weniger überfordert, als vielmehr überstimmt worden.

Aus Kapitel 8: Verhinderten US-Beamte Festnahmen und Untersuchungen nach dem 11. September?

Die schnelle Entlassung von Omar al-Bayoumi durch das FBI

Eine Tatsache zu den Untersuchungen nach dem 11. September, die die Kritiker der offiziellen Version für bemerkenswert halten, ist, dass viele Menschen ohne offenkundige Verbindungen zu den Entführern verhaftet und für längere Zeit festgehalten wurden, jedoch einige Personen mit offensichtlichen Verbindungen schnell freikamen, wenn sie überhaupt verhaftet wurden. Beispielsweise berichtet Thompson, dass bereits im Jahre 1999, als Nawaf Alhazmi und Khalid Almihdhar – die später als zwei der Entführer benannt wurden – das erste Mal in die USA einreisten, sie sich am Flughafen in Los Angeles mit einem Saudi namens Omar al-Bayoumi getroffen haben. Er fuhr sie nach San Diego und stellte ihnen eine Wohnung zur Verfügung. Er half ihnen auch beim Eröffnen eines Bankkontos, bei der Kfz-Versicherung, bei den Sozialversicherungskarten und beim Anrufen von Flugschulen in Florida. Wie die gemeinsame Untersuchungskommission des Kongresses später erfahren würde: „Eine seiner besten Quellen in San Diego informierte das FBI, dass al-Bayoumi“ – der anscheinend Zugriff auf große Geldsummen hatte – „ein saudischer Geheimagent sein muß.“ Zwei Monate vor dem 11. September zog al-Bayoumi nach England. Nach dem 11. September wurde er von britischen Agenten verhaftet, die mit dem FBI zusammenarbeiteten. Doch das FBI, das anscheinend al-Bayoumis Geschichte akzeptierte, er hätte Alhazmi und Almihdhar zufällig getroffen, verärgerte die britischen Geheimdienstmitarbeiter, indem es ihn „nach einer Woche ohne Anklage“ freiließ. Thompson kommentierte dies folgendermaßen: „Al-Bayoumis schnelle Freilassung steht in scharfem Gegensatz zu Hunderten von amerikanischen Muslimen, die nach dem 11. September viele Monate anonym festgehalten wurden, obwohl sie keinerlei Verbindungen zu irgendeiner Art von Terrorismus hatten.“

Aus dem Nachwort

Die Bush-Regierung und Osama bin Laden

Im 6. und 8. Kapitel wurden Beweise vorgelegt, die darauf hindeuten, dass die Beziehung der Bush-Regierung zu Osama bin Laden ganz anders gewesen sein könnte als die öffentliche Darstellung. Ich wies insbesondere auf Beweise hin, die nahelegten, dass die Bush-Regierung nicht wirklich versuchte, bin Laden zu ergreifen, weder vor noch nach dem 11. September. In der Zwischenzeit haben zwei Medienereignisse das öffentliche Bewusstsein für den möglichen Unterschied zwischen Schein und Wirklichkeit erhöht.

Eines war die Veröffentlichung von Michael Moores Film Fahrenheit 9/11. Wie ich bereits erwähnte, gab Moore an, dass seine Zweifel an der offiziellen Darstellung des 11. September, laut der die Anschläge von Osama bin Laden geplant wurden, zuerst durch die Beweise aufkamen, dass die Bush-Regierung neben den finanziellen Verflechtungen mit Saudi-Arabien auch vielen Saudis, darunter Mitgliedern der bin Laden-Familie, geholfen hatte, die Vereinigten Staaten unmittelbar nach dem 11. September zu verlassen.

10 / INTERNATIONAL

THE INDEPENDENT

MONDAY 6 DECEMBER 1993

The Saudi businessman who recruited mujahedin now uses them for large-scale building projects in Sudan. Robert Fisk met him in Almaty

Anti-Soviet warrior puts his army on the road to peace

Artikel des Journalisten Robert Fisk in The Independent in 1993 über Osama bin Laden, damals „unter den Guten"

Dieser Teil des Moore-Films stützt sich auf Craig Ungers Buch House of Bush, House of Saud. Unger weist nach, dass einem privaten Flugzeug mit saudischen Passagieren am 13. September gestattet wurde zu fliegen, während das Verbot von Flügen privater Flugzeuge noch in Kraft war. (Selbst Bill Clinton und Al Gore, die sich beide außerhalb des Landes befanden, wurde nicht gestattet, nach Hause zu fliegen.) Obwohl über dieses Ereignis kurz darauf in der Tampa Tribune berichtet wurde, griff keine weitere US-amerikanische Zeitung die Geschichte auf. Unger konnte die Geschichte jedoch durch die Befragung von Dan Grossi, einem ehemaligen Polizeibeamten aus Tampa, sowie von Manuel Perez, einem ehemaligen FBI-Agenten, der am 13. September drei junge saudische Männer auf dem Flug von Tampa nach Lexington begleitete, untermauern. Beamte bestritten lange Zeit, dass dieser Flug – der vermutlich nur durch das Weiße Haus genehmigt worden sein konnte – erfolgt war. Im Juni 2004 bestätigte jedoch der Tampa International Airport auf Drängen der 9/11-Kommission, dass dieser Flug tatsächlich stattgefunden hatte. Fast drei Jahre vor diesem Zeitpunkt hatten das Weiße Haus, das FBI und die FAA allesamt geleugnet, dass dieser Flug stattgefunden hatte. Doch nun, wo bekannt ist, dass diese drei Behörden bei dieser relativ trivialen Angelegenheit nicht die Wahrheit gesagt haben, wie können wir ihren Dementis bei schwerwiegenderen Vorwürfen glauben?

Unger gelang außerdem eine wichtige Enthüllung zu den saudischen Passagieren, denen erlaubt wurde, in den nachfolgenden Tagen das Land zu verlassen. Erklärungen der Bush-Regierung und sogar der 9/11-Kommission besagten, dass das FBI keinen der Saudis, denen erlaubt wurde, das Land zu verlassen, befragen wollte. Diese Aussagen wurden weitgehend so verstanden, dass sich niemand auf diesen Flügen befand, der für das FBI hätte von Interesse gewesen sein sollte. Unger zeigt jedoch, dass einer der Passagiere, dem am 16. September gestattet wurde, per Flugzeug das Land zu verlassen, kein anderer war als Prinz Ahmed bin Salman, dessen Rolle bereits im 6. Kapitel erörtert wurde. Wie wir gesehen haben, soll Prinz Ahmed – laut Angaben des al-Qaida-Angehörigen Abu Zubaydah ein halbes Jahr später – im Voraus gewusst haben, dass Amerika am 11. September angegriffen würde. Gründe, Abu Zubayahs Aussagen Glauben zu schenken, ergaben sich, wie wir gesehen haben, aus der Tatsache, dass Prinz Ahmed und zwei weitere Saudis, die von Abu Zubaydah genannt wurden, allesamt vier Monate später innerhalb von acht Tagen unerwartet starben. Es kann daher kaum behauptet werden, dass niemand auf den Saudi-Flügen vom FBI als Person von besonderem Interesse in Betracht hätte gezogen werden sollen.

Weniger bekannt als Moores Film, vor allem in den Vereinigten Staaten, ist ein am 3. Juni 2004 vom ZDF in Deutschland ausgestrahlter Bericht. In diesem Bericht wird Kabir Mohabbat, ein afghanisch-amerikanischer Geschäftsmann, mit den Worten zitiert, er habe im Jahre 1999 Gespräche zwischen der US-Regierung und der Taliban über bin Laden initiiert. Laut Mohabbat waren die Taliban bereit, bin Laden im Austausch für die Aufhebung des US-geführten Boykotts gegen Afghanistan einem Drittland oder dem Internationalen Gerichtshof zu überstellen. Mohabbat berichtete dem Außenminister der Taliban, Mullah Wakil Ahmed Mutawakil, und sagte über bin Laden: „Sie können ihn haben, wann immer die Amerikaner [dazu] bereit sind. Nennen Sie uns ein Land und wir werden ihn ausliefern."

Elmar Brok, ein deutsches Mitglied des Europäischen Parlaments, bestätigte, dass er geholfen hatte, im Jahre 1999 den Kontakt zwischen Mohabbat und der amerikanischen Regierung herzustellen. Die anfänglichen Gespräche führten zu einem Treffen zwischen den Taliban und US-Beamten im November 2000 in Frankfurt, bei dem die Taliban „mehrere Angebote" machten. Dieses Treffen wurde Berichten zufolge mit der Planung für weitere Beratungen in der US-Botschaft in Pakistan zum Abschluss gebracht, wo Details der Überstellung vereinbart werden sollten. Doch diese weiteren Gespräche wurden nie geführt, weil, so glaubte Brok, US-Beamte die „politische Entscheidung" fällten, die Verhandlungen nicht fortzusetzen.

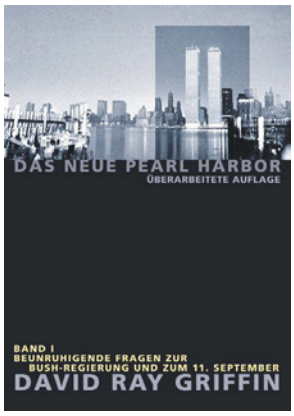
Obwohl Präsident Bush bekanntermaßen sagte, er wolle Osama bin Laden „tot oder lebendig" fassen, verstärken die beiden Veröffentlichungen wahrscheinlich den Verdacht, dass die Bush-Regierung dachte, bin Laden wäre nützlicher, wenn er weder tot noch gefangen wäre.

Quellen:

Prof. David Ray Griffin
Das Neue Pearl Harbor – Band 1:
Beunruhigende Fragen zur Bush-Regierung und zum 11. September

ISBN 3-86242-005-1
Peace Press, 2016

Bestellungen unter:
www.peace-press.org



Autor:

Dr. David Ray Griffin

(8. August 1939) ist ein emeritierter US-amerikanischer Professor für Religionsphilosophie und Theologie. Seit 2004 präsentiert Griffin in zahlreichen Schriften Fakten zum 11. September 2001 und wurde damit zu einem der Hauptvertretern des 9/11 Truth Movement.*

Dieser Text wurde zuerst am 21. Juli 2016 auf kenfm.de unter der URL ‹https://kenfm.de/geheime-verbindungen/› veröffentlicht. Lizenz: KenFM

‹http://www.free21.org/?p=22985›

Publiziert auf Free21 am 31.07.2016, 11:50 Uhr, von David Ray Griffin auf kenfm.de, Lizenz: KenFM

Der **Militärisch-industrielle-parlamentarische** Medien-Komplex

Eine Analyse: Hauptantriebskräfte und Ursachen vieler US-Kriege

von Klaus Schreiner

Flugzeugproduktion bei Lockheed Martin 2015 in Fort Worth, Texas (Foto: Defense Daily/Lockheed Martin)

In Europa wird eine Tötung von Menschen durch Drohnen, die zudem noch ohne Gerichtsverhandlung und ohne Verteidigung vonstatten geht, einhellig ablehnt. Auch Folter, Entführungen, Gefangenschaft ohne Anklage, Angriffskriege und die Todesstrafe sind durch die europäische Gesetzgebung ausgeschlossen. Ein Land, in dem dies alles mehrheitsfähig ist, entspricht in wesentlichen Bereichen nicht der europäischen Wertegemeinschaft. Doch obwohl die USA all diese Dinge mehr oder weniger offen praktizieren, berichten die NATO-freundlichen europäischen Hauptmedien meist proamerikanisch. Und nicht nur das, in vielen Fällen drängt sich sogar der Eindruck auf, dass europäische Politiker als „verlängerte Werkbank" der USA agieren. Europäische Länder beteiligen sich in zunehmendem Maße an den US-geführten Kriegen, und das obwohl keine UN-Mandate für diese Einsätze vorliegen und es sich auch nicht um sogenannte NATO-Bündnisfälle handelt.

TEIL 1: Ein Blick hinter die Kulissen des MIK

Welche Strukturen führen zu den ständigen US-Kriegen mit Millionen von Toten und Abermillionen Flüchtlingen? Der folgende Artikel geht dieser Frage kritisch nach, indem er über den Militärisch-industriellen-parlamentarischen Medien-Komplex (MIK) aufklärt und Daten und Fakten zu Ursachen und Triebfedern der US-Kriege präsentiert.

Der Zustand der Demokratie in den USA

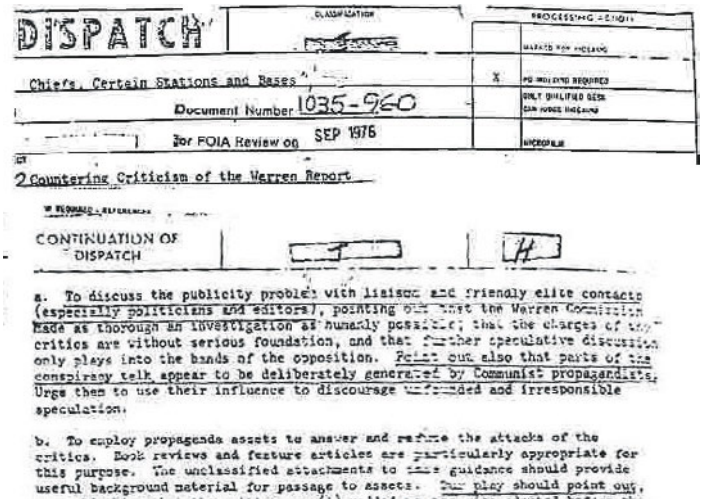
Den MIK in den USA kritisch zu analysieren heißt nicht, anti-amerikanisch zu sein. Im Gegenteil. Es gab und gibt sehr viele engagierte US-Amerikaner, die die Machtpolitik ihres Landes, den MIK und die Folgen für die Menschen ebenso kritisch betrachten. Kurz gefasst kann man sagen: Die amerikanische Demokratie ist heute eine Illusion. Die Freiheit der Menschen ist seit dem Patriot Act ebenfalls eine Illusion. Um bei Kongresswahlen anzutreten, benötigt ein Kandidat zehn Millionen Dollar als Wahlkampfbudget, für Präsidentschaftswahlen wird ca. eine Milliarde je Kandidat investiert. Der Kongress besteht mehrheitlich aus Millionären, die sich für die überwiegend arme Bevölkerung einsetzen sollen. Kann das funktionieren? Manch einer in den USA ist von folgender „Verschwörungstheorie" überzeugt: Eine interessengeleitete, miteinander verbrüderte Elitenclique des machthungrigen Kriegsimperiums auf Weltunterdrückungs- und Weltbeherrschungskurs hält die Weltöffentlichkeit unter Lügen, Gewalt und Krieg in Angst. Das, wovor uns die beiden wohl bekanntesten „Verschwörungstheoretiker" der USA, Dwight D. Eisenhower und John F. Kennedy, gewarnt hatten, scheint heute Praxis geworden zu sein.

Der 5-Sterne-General, Stabschef der US-Armee, Alliierter Oberbefehlshaber im Zweiten Weltkrieg und Präsident der USA Dwight D. Eisenhower warnte die amerikanische Bevölkerung bei seiner Abschiedsrede als Präsident am 17.01.1961 vor dem Einfluss des Militärisch-industriellen-Komplexes, obwohl er selbst in seiner Amtszeit massiv zu dessen Wachstum im Kalten Krieg beigetragen hatte. Dwight D. Eisenhower: „Wir in den Regierungsräten müssen uns vor unbefugtem Einfluss – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – durch den Militär-Industrie-Komplex schützen. Das Potenzial für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freihei-

ten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten nichts als gegeben hinnehmen. Nur wachsame und informierte Bürger können das angemessene Vernetzen der gigantischen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, sodass Sicherheit und Freiheit zusammen wachsen und gedeihen können …“ [1]

Der Begriff „Verschwörungstheoretiker“ ist eng mit den Vorgängen um die Ermordung John F. Kennedys verknüpft. Er stammt aus dem Arsenal der psychologischen Kriegsführung und wurde von der CIA erstmals 1967 als semantische Waffe im Informationskrieg etabliert. Damals hatten nämlich verschiedene Journalisten, Wissenschaftler, Forscher und Juristen in den USA begonnen, kritische Fragen zum Mord am Präsidenten zu stellen. Kennedy wurde 1963 erschossen. Die Theorie vom Einzeltäter Lee Harvey Oswald prägt bis heute die offizielle Geschichtsschreibung. Wer daran zweifelte, wurde von der CIA gezielt als „Verschwörungstheoretiker“ angegriffen. [2] John F. Kennedy hatte am 27. April 1961 gesagt: „Wir haben es mit einer monolithischen und rücksichtslosen weltweiten Verschwörung zu tun, die sich hauptsächlich auf verdeckte Mittel zur Erweiterung ihres Einflussbereichs stützt – auf Infiltration statt Invasion, auf Subversion statt freie Wahlen, auf Einschüchterung statt Selbstbestimmung, auf Guerillas in der Nacht anstatt Armeen bei Tag. Es ist ein System, welches beträchtliche menschliche und materielle Ressourcen in den Aufbau einer eng geknüpften, hocheffizienten Maschinerie verstrickt hat, die diplomatische, geheimdienstliche, ökonomische, wissenschaftliche und politische Operationen kombiniert.“ [3]

Auch weniger namhafte US-Politiker haben bereits Position bezogen, so sagte Senator Daniel Inouye während der Senatsanhörungen zur Iran-Contra-Affäre: „Es besteht eine Schattenregierung mit ihrer eigenen Luftwaffe, ihrer eigenen Marine, ihren eigenen Geldbeschaffungsmechanismen sowie der Möglichkeit, ihre eigenen Vorstellungen nationaler Interessen durchzusetzen, frei von allen Kontrollen und frei vom Gesetz selbst.“ [4]



DISPATCH

Chiefs, Certain Stations and Bases

Document Number 1035-960

for FOIA Review on SEP 1976

2 Countering Criticism of the Warren Report

CONTINUATION OF DISPATCH

a. To discuss the publicity problem with liaison and friendly elite contacts (especially politicians and editors), pointing out that the Warren Commission made as thorough an investigation as humanly possible; that the charges of the critics are without serious foundation, and that further speculative discussion only plays into the hands of the opposition. Point out also that parts of the conspiracy talk appear to be deliberately generated by Communist propagandists. Urge them to use their influence to discourage unfounded and irresponsible speculation.

b. To employ propaganda assets to answer and refute the attacks of the critics. Book reviews and feature articles are particularly appropriate for this purpose. The unclassified attachments to this guidance should provide useful background material for passage to assets. The play should point out,

Der Begriff „Verschwörungstheoretiker“ stammt aus dem Arsenal der psychologischen Kriegsführung und wurde von der CIA erstmals 1967 als semantische Waffe im Informationskrieg etabliert. (Auszug von CIA)

Aktuell hört man vom US-Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders dies: „Es spielt keine Rolle, wer als Präsident gewählt wird! Diese Person wird nicht in der Lage sein, die Probleme der arbeitenden Familien in unserem Land zu lösen. Sie werden keine Erfolge haben, weil die Macht der US-Konzerne, die Macht der Wall Street und die Macht des Dollars, der die Kampagnen finanziert, so mächtig ist, dass kein Präsident alleine dem etwas entgegensetzen kann. Die Menschen mögen diese unbequeme Wahrheit nicht hören, aber es ist die Realität.“ [5]

Und selbst von der Wissenschaft wird die Existenz einer Demokratie in den USA kritisch hinterfragt. So hat die angesehene Princeton-Universität eine Studie über die USA bzw. die Herrschaft der Reichen durchgeführt, in der sie zu einem eindeutigen Schluss kommt: „[Die] USA sind keine Demokratie mehr, sondern eine Oligarchie, in der alle Macht nicht beim Volke, sondern bei einer reichen Elite liegt.“ [6]

Diese Auffassung wird übrigens auch von deutschen – und sicher nicht US-feindlichen – Industriegrößen geteilt. Von Arndt Oetker, dem Vorstandschef der Atlantikbrücke, konnte man am 17.04.2002 in der Berliner Zeitung lesen: „Die USA wird von 200 Familien regiert, und zu denen wollen wir gute Kontakte haben.“ [7]

Diese Finanzkonzentration hat Folgen. 2015 betrug das US-Bruttoinlandsprodukt 18 Billionen US-Dollar, gleichzeitig lag die Verschuldung bei 19,1 Billionen. In den USA mit ihren 321 Millionen Einwohnern ist die Vermögenskonzentration und Ungerechtigkeit enorm. Das Land gilt als die wohlhabendste Nation mit den zugleich weltweit größten sozialen Ungleichheiten. In keinem Industrieland ist der Unterschied zwischen den Einkommen der Höchstverdiener und den Einkommen der am wenigsten Verdienenden so groß wie in den USA, gefolgt von Israel, Südkorea, Ungarn und Chile. Die 20 reichsten US-Amerikaner besitzen ein kombiniertes Vermögen in Höhe von 732 Milliarden Dollar und sind damit so wohlhabend wie die ärmere Hälfte der gesamten US-Bevölkerung zusammen – also wie 160 Millionen Menschen. Früher wurde in den USA ein „Krieg gegen die Armut“ geführt; heute tobt als Resultat der amerikanischen Wirtschafts- und Kriegspolitik ein Krieg „Reich gegen Arm“.

Die soziale Ungerechtigkeit lässt sich beziffern: 50 Millionen Essensmarkenbezieher, 17 Millionen Arbeitslose, 46 Millionen Unversicherte, 2,2 Millionen Inhaftierte, 2,5 Millionen obdachlose Kinder und einige Millionen Erwachsene, die teilweise in Zeltstädten, Wohnwagenparks, in Baracken, unter freiem Himmel oder auch in Autos hausen. Diese Zahlen demonstrieren anschaulich, was Kapitalismus im fortgeschrittenen Stadium für die Bevölkerung bedeutet. Jeder achte Amerikaner ist vorbestraft und darf nicht wählen. Um sein Wahlrecht zurückzuerhalten, muss man bis zu 10.000 Dollar zahlen. [8]

In den USA dreht sich alles ums Geschäft: „Chief business of the American people is business“, so lautete das Credo des US-Präsidenten Calvin Coolidge. Wirtschaftliche Interessen besitzen eine zentrale Bedeutung für die Außen- und Sicherheitspolitik der USA. Die nationale Sicherheit dient als öffentliche Legitimation für die massive Staatsverschuldung, die einen nachhaltigen Ausbau des Sozialstaates verhindert. Statt dringend benötigter Wohlfahrtsprogramme für arme Bevölkerungsschichten alimentiert die Bundespolitik über Steuersenkungen und Subventionen das wohlhabende Bürgertum im oberen Drittel der Einkommenspyramide. Zu diesem gehören unter anderem Unternehmer, Manager, hoch bezahlte Spezialisten der Industrie und Offiziere der Streitkräfte.

Vom Militärisch-industriellen zum Militärisch-industriell-parlamentarischen Medien-Komplex

Der MIK ist der Staat über dem Staat, eine Verbrüderung der Machteliten zur Erreichung ihrer jeweiligen Interessen. Der Begriff MIK wurde 1956 durch den amerikanischen Soziologen Charles Wright Mills geprägt, der die engen Interessenverbindungen zwischen Militär- und Wirtschaftsführung sowie der Politikerelite im Amerika der 1950er-Jahre in einem Buch darstellte. [9] Mills sah darin eine ernsthafte Bedrohung für den Staat.

Publiziert auf Free21 am 14.06.2016, 12:42 Uhr, von Klaus Schreiner

Popularität erlangte der Begriff durch den US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower, als dieser in seiner Abschiedsrede ausdrücklich vor den ausgeprägten Verflechtungen und Einflüssen des Militärisch-industriellen Komplexes in den USA warnte. Eisenhower, selbst einst ein hochrangiger Militär, sah wie Mills den Militärisch-industriellen Komplex als Gefahr für die staatlichen Institutionen und für die Demokratie an. Durch dessen Einwirkung auf Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft könne die politische Führung nämlich veranlasst werden, Konflikte eher militärisch als politisch lösen zu wollen und damit als verlängerter Arm der Rüstungsindustrie agieren.

Die Merkmale eines MIK

Von einem MIK, der sich inzwischen zu einem Militärisch-industriellen-parlamentarischen Medien-Komplex entwickelt hat, wird gesprochen, wenn es in einer Gesellschaft Phänomene gibt wie:

- ausgeprägte Lobby-Arbeit von Vertretern der Militärindustrie;
- zahlreiche persönliche Kontakte zwischen Vertretern des Militärs, der Industrie und der Politik;
- intensiver Personalaustausch zwischen den Führungspositionen von Militär, Wirtschaft und staatlicher Verwaltung – insbesondere wenn Vertreter des Militärs oder der Politik auf wesentlich besser dotierte Posten in dieser Industrie wechseln;
- intensive, durch staatliche Aufträge maßgeblich gestützte Forschung im Bereich neuartiger Waffensysteme;
- gezielte Beeinflussung demokratischer Kontrollgremien und der öffentlichen Meinung durch eine übersteigerte Sicherheitsideologie;
- Verbrüderung der Eliten in der Wirtschaft mit denen in Medien und Politik.

Speziell der letzte Aspekt hat seit der ursprünglichen Definition des MIK zu einer Ausweitung um die Bereiche Medien und Politik geführt. Der Begriff MIK wird in gesellschaftskritischen Analysen zur Beschreibung der engen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Beziehungen zwischen Politikern, Vertretern des Militärs sowie Vertretern der Rüstungsindustrie verwendet. Es findet eine Verschmelzung der Macht der Rüstungsmonopole mit den militärischen Führungszentren und mit staatlichen, wissenschaftlichen sowie politischen Organen und Institutionen statt.

Politiker in den USA gehören einer bestimmten Klasse – hier Hillary Clinton und Donald Trump mit Bill Clinton und Melania Trump in 2005 (Foto: Maring Photography/Getty Images)

> „Die USA sind heute unbestritten ein Wirtschafts- und Kriegsimperium, das sich seit Längerem auf globalem Weltbeherrschungskurs befindet. Die drei Hauptmerkmale für ein Imperium (militärische Supermacht) sind: größtes Heer und Bewaffnung, größte Anzahl militärischer Stützpunkte, höchste Militärausgaben"

Das politische Funktionieren des Militärisch-industriellen-parlamentarischen Medien-Komplexes wird mit Wahlkampfspenden, mit Heerscharen von Lobbyisten, mit Medienkampagnen und durch zahlreiche mediale Manipulationen sichergestellt. Zumeist handelt es sich bei den Lobbyisten der Rüstungsindustrie um ehemalige US-Generäle bzw. Offiziere, die nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Militärdienst für die Rüstungsindustrie tätig werden. Die Rüstungsindustrie verbindet sich mit der Politik auch durch Mandate für Politiker im Aufsichtsrat der Konzerne.

Bis zum Zweiten Weltkrieg waren die USA eine eher antimilitaristische Gesellschaft, die dem Militär misstraute. Die während des Ersten Weltkrieges entstandene gigantische Rüstungsproduktion wurde bereits direkt nach dem Krieg wieder zurückgefahren. Durch die Aufrüstung im Zweiten Weltkrieg und den Beginn des Kalten Krieges veränderte sich die Lage jedoch grundlegend: Die USA stiegen endgültig zu einer Weltmacht auf, der Rückzug auf den eigenen Kontinent kam für sie nicht mehr infrage. Dass der Konflikt mit der Sowjetunion ideologisch aufgeladen war, half dabei, traditionelle Widerstände gegen kostspielige Rüstungsprogramme und weltweite Militärbündnisse zu überwinden. Die US-Bürger mussten akzeptieren, dass die Zeiten vorüber waren, in denen Atlantik und Pazifik unüberwindliche Gräben für potenzielle Feinde dargestellt hatten. Die rasante Entwicklung der Militärtechnik zwischen 1940 und 1960 – Langstreckenflugzeuge, Atomwaffen, Interkontinentalraketen, Überschalljets, Satelliten – machte die Vorstellung von der eigenen Unverwundbarkeit zur Illusion. Es folgte eine atomare Aufrüstung sowie das generelle Wettrüsten des Kalten Krieges, das aus den USA ein kriegsführendes Imperium mit zahllosen Militärbasen machte und eine ungeheure Dynamik entfaltete.

Die USA sind heute unbestritten ein Wirtschafts- und Kriegsimperium, das sich seit Längerem auf globalem Weltbeherrschungskurs befindet. Die drei Hauptmerkmale für ein Imperium [10] sind:

- militärische Supermacht: größtes Heer und Bewaffnung, größte Anzahl militärischer Stützpunkte, höchste Militärausgaben;
- ökonomische Supermacht: Weltwährungsreserve, Weltleitwährung, größte Wirtschaft, größter Einfluss auf Weltwirtschaft über Instrumente wie Weltbank, IWF und WTO;
- Meinungsmacht im In- und Ausland (die öffentliche Meinung ist die „zweite Supermacht").

Alle drei Kriterien werden seitens der USA erfüllt; die fortschreitende Militarisierung des Landes kennt keine Grenzen.

Militarisierung: Historische und andere Ursachen

Seit ihrer Gründung im Jahre 1776, also inzwischen seit insgesamt 240 Jahren, befanden sich die USA 223 Jahre im Krieg. Allein seit dem Zweiten Weltkrieg hat das Land an über 200 kriegerischen Konflikten außerhalb des eigenen Territoriums „teilgenommen" bzw. diese selbst eröffnet und dadurch zwischen 10 und 15 Millionen Tote zu verantworten. [10.1] Derzeit führen die USA zeitgleich 14 militärische Kriege sowie den stillen, aber nicht minder tödlichen strukturellen Krieg „Reich gegen Arm" im eigenen Land und auf der ganzen Welt.

Die Übernahme einer weltbeherrschenden Rolle wurde direkt nach dem Zweiten Weltkrieg auch offen verkündet: Kein anderer Staat der Erde durfte bzw. darf so souverän werden, dass er die Hegemonie der USA infrage stellen oder bedrohen könnte. Dick Cheney nannte dies die „1%-Doktrin" [11] – selbst eine einprozentige Wahrscheinlichkeit, angegriffen zu werden, ist den USA zu hoch. Die Neocons

warben mit offenen Briefen unverblümt für die Weltdominanz der USA. US-Hegemonie und imperialistische Dollarherrschaft hängen dabei von der Kontrolle des Nahen und Mittleren Ostens mit seinen ungeheuren Ölreserven ab, dem Treibstoff der Weltwirtschaft und der Grundlage einer jeden militärischen Kriegsführung. Ein Strategiepapier des Pentagons wirbt dementsprechend mit der „full spectrum dominance" zu Land, zu Wasser, in der Luft, im Weltraum und im Cyberspace. [11.1]

Die US-Neokonservativen haben ein „Project for the New American Century (PNAC)" [12] entworfen, wie die Ölstaaten im Mittleren und Nahen Osten so umfassend wie möglich kontrolliert werden können. Ziel ist es, Allianzen gegen US-Interessen zu verhindern, wofür Chaos, Bürger- und Religionskriege verbreitet werden, um die betroffenen Länder zu destabilisieren und zugleich die Nachfrage nach Rüstungsgütern aufrecht zu erhalten. Einfacher ausgedrückt: Ziel der amerikanischen Politik ist es, sowohl die Kontrolle über das Öl zu behalten als auch die Geschäfte der eigenen Waffenindustrie zu fördern. Der Ölhandel auf Dollarbasis wird damit auf dem Rücken von Millionen von Kriegsflüchtlingen und dem Leid von Millionen durch Hunger, Vertreibung, Kindersterblichkeit und Krankheiten geplagten Menschen betrieben.

Das weltumspannende US-Gewaltsystem steht dem Weltfrieden im Weg, denn Kriege lösen keine Konflikte, sondern schaffen neue. Aber Kriege sichern Rohstoffe, erschließen Märkte, bringen Profite und erweitern bzw. erhalten die hegemoniale Macht. Seit dem Ende der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg und spätestens seit 9/11 herrscht in den entscheidenden Kreisen der USA ein breiter Konsens darüber, dass das Land seinen Rang als stärkste Militärmacht der Welt um jeden Preis behaupten müsse. Zahllose Kongressabgeordnete sorgen dafür, dass möglichst hohe Rüstungsgelder in ihre Wahlkreise fließen. Die einstige Skepsis gegen das Militär

US-Militärbasis auf Okinawa 2015 (Foto: Asia-Pacific Perspective)

ist einem „neuen amerikanischen Militarismus" gewichen. Die Armee genießt heute größeres Vertrauen in der Bevölkerung als der Kongress; kein Politiker kann sich den Vorwurf leisten, nicht genug für die nationale Sicherheit zu tun oder gar „unsere Truppen im Stich zu lassen".

> „Die meisten US-Militärbasen sind Resultate vergangener oder laufender Kriege – „Kriegsbeute", sozusagen"

Das Ende des Kalten Kriegs hätte zu einer nachhaltigen Abrüstung sowie einer Reduzierung der militärischen Stützpunkte führen müssen, wenn die nationale Sicherheit der USA der einzige Grund für die vorangegangene Militarisierung gewesen wäre. Präsident Clinton senkte zwar von 1993 bis 1998 die Militärausgaben, mit George Bush und später unter Obama stiegen diese aber wieder zu gänzlich neuen Höhen auf. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies mit Wahlkampfspenden von Rüstungskonzernen in Verbindung stand, ist sicher nicht gering. Die Architekten des neuen Rüstungsbooms waren Richard „Dick" Cheney und Donald Rumsfeld. Beide bilden seit über drei Jahrzehnten ein Team und bewegen sich zwischen den Führungsetagen der Politik, des Militärs und der Industrie hin und her – ein Phänomen, das als „Drehtüreffekt der Macht" bezeichnet wird.

Auch die militärische Infrastruktur trägt zur beständig fortschreitenden Militarisierung bei. Die meisten US-Militärbasen sind Resultate vergangener oder laufender Kriege – „Kriegsbeute", sozusagen: Mit dem USA-Irak-Krieg 1991 wurden in Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Oman, Katar und in den Vereinigten Arabischen Emiraten Militärbasen geschaffen. Mit dem Jugoslawienkrieg 1999 entstanden US-Militärbasen im Kosovo, in Mazedonien, Albanien, Bulgarien, Bosnien, Kroatien und in Ungarn. Der Afghanistankrieg 2002 führte zu weiteren Militärstandorten in Afghanistan, Pakistan, Dschibuti, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Georgien und im Jemen; der Irakkrieg 2003 ergab Stützpunkte im Irak. Fazit: Kriege fördern die militärische Infrastruktur und erweitern den US-Machtbereich. Die zahlreichen US-Militärbasen erfordern ein stehendes Heer, ein stehendes Heer erfordert einen MIK mit Know-how und Eigenwaffenproduktion. Der MIK generiert wiederum eine „militärische" bzw. eine MIK-Politik – der Teufelskreis schließt sich.

Es gibt Indizien dafür, dass es sich bei Huntingtons „Clash of Civilizations" (dt.: „Der Kampf der Kulturen") um eine Auftragsstudie gehandelt hat. [13] Das Buch wurde bereits 1996 weltweit als „wissenschaftlicher Beleg" für eine massive Bedrohung des Westens durch den Islam angesehen – nach dem Ende des Kalten Krieges wurde schließlich ein neues Feindbild benötigt. Der als „nicht reformfähig" bezeichnete Islam stellte ein Modernisierungs- bzw. Globalisierungshindernis dar, was aus Sicht der USA eine Destabilisierung islamischer Länder wie Afghanistan, Irak, Syrien oder Libyen unabdingbar machte.

> „Die Bush-Aministration betrieb eine eindeutige Interessenpolitik für die Erdölindustrie. Mittlerweile wird über die aufgeblähten Pentagon-Aufträge an die Rüstungsindustrie aber auch eine massive Subventionierung ziviler Industrien betrieben, insbesondere sind hier die Luftfahrt, der Schiffsbau und die Elektronikindustrie zu nennen."

Darüber hinaus bestehen zahlreiche Verflechtungen zwischen dem Pentagon und der Rüstungsindustrie auch auf unteren Ebenen. Vielfach werden Aufsichtsratsmandate als „Abpolsterung" an Politiker vergeben. Die Bush-Aministration betrieb eine eindeutige Interessenpolitik für die Erdölindustrie. Mittlerweile wird über die aufgeblähten Pentagon-Aufträge an die Rüstungsindustrie aber auch eine massive Subventionierung ziviler Industrien betrieben, insbesondere sind hier die Luftfahrt, der Schiffsbau und die Elektronikindustrie zu nennen. Die an den staatlichen Subventionierungen beteiligten Unternehmen entwickeln eine Kultur der Ineffektivität und Verschwendung, sie werden abhängig von wehrtechnischen Aufträgen und verlieren auf dem zivilen Markt ihre Konkurrenzfähigkeit.

Der MIK ist ein elitäres soziales Netzwerk zwischen Wirtschaft, Medien, Politik und Militär, um das Kriegsgeschäft zu forcieren. PR-Agenturen betreiben ein aktives Kriegsmarketing, bei dem auch die beteiligten Medien Profit machen.

Optimal vernetzt: Die US-Rüstungsindustrie

Aufträge in der Rüstungsbeschaffung werden seit 1941 zum Großteil ohne Ausschreibung vergeben, da es nur sehr wenige Anbieter bzw. bei einzelnen Großwaffensystemen nur Monopolisten gibt. Industrie und militärische Interessen beherrschen die Entscheidungsfindung bei Rüstungsaufträgen; der Kaufpreis wird vernachlässigt, da bei militärstrategischen Planungen vor allem technische Innovationen von Bedeutung sind. Ein Wettbewerb am Rüstungsmarkt existiert in den USA nur hinsichtlich der Verteilung der staatlichen Forschungs- und Entwicklungsgelder, von denen über 50 Prozent für militärische Zwecke bestimmt sind. [14]

Die wissenschaftliche Forschung ist eine eigenständige Säule des MIK. Schon 1946 fragte das US-Magazin Time kritisch: „Übernimmt das Militär die Wissenschaft in den USA und forschen unsere besten Wissenschaftler bald nur noch nach militärisch verwertbaren Ergebnissen?“ Beginnend mit dem Manhattan-Projekt zum Bau der Atombombe, wurde die Spitzenforschung immer weiter militarisiert. Auf nahezu allen wissenschaftlichen Gebieten betreiben führende Einrichtungen wie das Massachusetts Institute of Technology oder die Johns-Hopkins-Universität in Baltimore milliardenteure Forschungen für das Pentagon.

Gleichzeitig hat die US-Regierung ein starkes sicherheitspolitisches Interesse am Fortbestand und einem anwachsenden Know-how der Rüstungsunternehmen. Die Firmen erhalten diverse Vergünstigungen, die ein Abwandern in zivile Bereiche verhindern sollen. Im Rüstungsgeschäft dominieren vor allem die großen Konzerne Boeing, General Electric, IBM, ITT, General Motors, Chrysler oder Ford. Einschlägige Untersuchungen [15] bestätigen weitreichende und komplexe Verbindungen – es gibt ein erstaunliches Netz von Verflechtungen, Beeinflussungen und Bestechungen zwischen Pentagon, NASA, Militär, Politik und der Industrie. Auf den Gehaltslisten der 100 größten Rüstungsunternehmen befinden sich über 3.000 ausgediente Offiziere. Mehrere Hundert bis über Eintausend ehemalige Manager der Rüstungsindustrie sind auf höheren Positionen im Pentagon und im militärischen Bereich der NASA oder in den Beratungsausschüssen der Regierung zu finden.

Die Zusammenarbeit zwischen Armee, Industrie und Politik treibt dabei immer neue Blüten: So wurde der Krieg im Irak nicht mehr allein von einer Berufsarmee geführt. Zahlreiche Privatfirmen waren und sind bis heute beteiligt, ganze Bereiche der klassischen militärischen Tätigkeiten sind mittlerweile „ausgelagert“. Schon im Irakkrieg agierten rund 20.000 Mann in einem undurchschaubaren Netz von Sicherheitsdiensten, Söldnern und Spezialeinheiten, deren Aktivitäten nur schwer zu kontrollieren sind und die bisweilen bewusst eingesetzt werden, um an der Grenze oder sogar jenseits der Legalität operieren zu können. Der Staat hat sein Gewaltmonopol aufgegeben, auch der Krieg ist zum Geschäft geworden. [16]

Das Silicon Valley entstand zu großen Teilen als Dienstleister der Rüstungsindustrie, und zwar über die Auftragsvergabe durch einen der Hauptauftragnehmer des Pentagon: Lockheed-Martin. Jährlich fließen Milliarden Dollar an ca. 900 Firmen im Silicon Valley und nach San Francisco. Dieses Oligopol versorgt weitere Zulieferer mit Aufträgen und ist in einzelnen Bundesstaaten wie z.B. Kalifornien zu einem unverzichtbaren Instrument der Strukturpolitik geworden. Bei einem US-Kampfflugzeug stieg der Anteil der Zulieferer an der Wertschöpfung zwischen 1990 und 2000 von 50 auf 70 Prozent an [9]. Die Subventionierung der Rüstungsindustrie dient damit dem gesamten Hochtechnologiesektor der USA.

Die Rüstungsindustrie ist – von einigen Ausnahmen abgesehen – kommerziell nicht lebensfähig; sie kann nur durch Staatsaufträge bestehen und ist auf Konflikte und Kriege angewiesen. Sie verdankt ihre Entstehung und ihre heutige Profitabilität der staatlichen Subventionierung und sie ist vollständig von den nationalen Beschaffungsbehörden abhängig. Nach der jahrzehntelangen militärischen Expansionspolitik der USA sind die Verflechtungen von Industrie, Militär und Politik heute entsprechend eng.

Die ständige Aufrechterhaltung eines Feindbildes und die andauernden Kriege sind für den MIK unverzichtbar, um sich die Budgets und die wirtschaftliche Existenz zu sichern. Ständige Kriegspropaganda sorgt dafür, dass die Unterstützung der US-Bürger erhalten bleibt, sodass diese den US-Kriegskurs weiter mittragen – ganz im Sinne des MIK.

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Autor:

Klaus Schreiner

Klaus Schreiner, Jahrgang 1969, betreibt unter dem Motto „Gewaltfreier kreativer Widerstand 2.0“ den Blog www.aktivist4you.at und führt in Innsbruck ein Buchhaltungsbüro.

‹http://www.free21.org/?p=22446›

Quellen:

[1] <https://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4risch-industrieller_Komplex>

[2] <www.neopresse.com/politik/das-argument-verschwoerungstheorie-und-sein-cia-ursprung> - in den Medien erstmals mit dem Warren Report zur Ermordung John F. Kennedys.

[3] <www.youtube.com/watch?v=9sLKIMe4p2Q>

[4] <https://derhonigmannsagt.wordpress.com/tag/prohibition/>

[5] <www.youtube.com/watch?v=46pA-C2ciGI>

[6] <http://journals.cambridge.org/action/displayAbstract?fromPage=online&aid=9354310>

[7] <www.berliner-zeitung.de/ein-whos-who-der-politik-und-wirtschaft-16036258>

[8] <www.deutschlandfunk.de/keine-stimme-fuer-vorbestrafte-us-buerger.799.de.html?dram:article_id=225793>
<https://denkbonus.wordpress.com/2015/04/28/usa-wahlen-ohne-wahler/>

[9] **Charles Wright Mills:** The Power Elite (dt. C.W.M.: Die amerikanische Elite. Gesellschaft und Macht in den Vereinigten Staaten).

[10] <www.youtube.com/watch?v=NxdzxGUDFd0>

[10.1] <http://alles-schallundrauch.blogspot.co.at/2012/04/obama-hat-anlasslich-des-holocaust.html>

[11] <https://en.wikipedia.org/wiki/The_One_Percent_Doctrine>

[11.1] <https://de.wikipedia.org/wiki/Full-spectrum_dominance>

[12] <https://de.wikipedia.org/wiki/Project_for_the_New_American_Century>

[13] <www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=28017>

<www.heise.de/tp/artikel/45/45221/1.html>

[14] <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1989/1989-08-a-501.pdf>

[15] <www.digitalis.uni-koeln.de/JWG/jwg_147_101-112.pdf>

[16] <www.heise.de/tp/artikel/19/19434/1.html>

Rund 3.000 Menschen versammelten sich bei einer Solidaritätskundgebung am 12. Juni 2016 im Loring Park in Orland. (Foto: fibonacciblue auf flickr.com, CC BY 2.0)

Orlando, der Ölpreis und das **Pulverfass Nahost**

von Ernst Wolff

Kaum waren die Schüsse des Attentäters von Orlando verhallt, da begannen große Teile der US-Mainstream-Medien bereits mit gezielten Schuldzuweisungen. Noch bevor erste Fakten auf dem Tisch lagen, wurde das Verbrechen mit der Bewegung des Islamischen Staates in Verbindung gebracht.

Dieser vorsätzliche Verstoß gegen alle journalistischen Prinzipien erhellt einmal mehr eine äußerst gefährliche Entwicklung: Die amerikanischen Medien und die hinter ihnen stehenden Kräfte versuchen derzeit mit allen Mitteln, das notwendige Klima für eine Ausweitung des Krieges im Nahen Osten zu schaffen.

Anlass für dieses Verhalten sind die zunehmenden Probleme, die der stagnierende Ölpreis Teilen der US-Wirtschaft und dem US-Finanzsektor bereitet. Er gefährdet nicht nur das Überleben der US-Fracking-Industrie, sondern bringt amerikanische und internationale Großbanken in erhebliche Bedrängnis und könnte sich sogar zu einem Gefahrenherd für das globale Finanzgefüge entwickeln.

Öl ist eine der Stützen der US-Weltherrschaft

Öl ist nicht nur die meistgehandelte Ware der Welt, sondern für die USA wegen der Bindung des Öl-Preises an den US-Dollar eine der Stützen ihrer finanziellen Weltherrschaft. Um diese aufrecht zu erhalten, ist das US-Militär seit Jahren gezwungen, im Nahen Osten Krieg zu führen. Da diese Politik immer kostspieliger wird und der kriegsmüden US-Bevölkerung immer schwerer zu vermitteln ist, versuchen die USA seit einigen Jahren, sich von ausländischem Öl und Gas unabhängig zu machen.

Dabei setzen sie vor allem auf die Methode des Fracking. Bis 2014 sah es so aus, als ob sie mit dieser Strategie Erfolg haben würden. Trotz aller Umweltschäden wurden immer größere Öl- und Gasmengen erzeugt, immer neue Firmen schossen aus dem Boden.

Der Aufschwung der Branche und die damit verbundenen Gewinnchancen entgingen den finanzstarken Spekulanten an den Finanzmärkten natürlich nicht. Sie schalteten sich in das Geschäft ein und vergaben Kredite in dreistelliger Milliardenhöhe, die den Fracking-Boom förmlich explodieren ließen und die USA auf den Weg brachten, nicht nur von ausländischen Importen unabhängig, sondern selbst zum größten Erdöl- und Erdgasexporteur der Welt zu werden.

Das gefiel den Konkurrenten der USA auf dem Weltmarkt natürlich überhaupt nicht - allen voran ihrem bis dahin engsten der Verbündeten im Nahen Osten, dem Könighaus von Saudi-Arabien. Da dessen Reichtum fast ausschließlich auf den Erdölvorkommen des Wüstenstaats beruht, fühlte es sich durch den Fracking-Boom in den USA ernstlich bedroht. Das Herrscherhaus reagierte, indem es die eigenen Fördermengen drastisch erhöhte. Außerdem machte es seinen Einfluss innerhalb der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) geltend und sorgte dafür, dass die in den 70er Jahren eingeführte künstliche Aufrechterhaltung eines hohen Ölpreises durch eine Drosselung der Fördermengen aufgehoben wurde.

Die Entscheidung des Hauses von Saud entfesselte weltweit einen erbitterten Preiskampf. Die Rückkehr Irans an den internationalen Ölmarkt nach der Aufhebung der gegen das Land gerichteten Sanktionen erhöhte die globalen Fördermengen zusätzlich und trieb den Ölpreis, der im Januar 2014 noch über $ 100 gelegen hatte, weiter nach unten. Im Januar 2016 erreichte er mit ca. $ 25 seinen Tiefpunkt.

Die Fälligkeit von Milliardenkrediten zwingt die Verantwortlichen zum Handeln

Da die Fracking-Industrie der USA je nach Quelle erst ab $ 45 bis $ 60 pro Barrel kostendeckend arbeitet, brachte der Preissturz existenzgefährdende Verluste mit sich. Bis Ende 2015 mussten deshalb 42 US-Fracking-Firmen aufgeben und Insolvenz anmelden. Dennoch wurden allein von Herbst 2015 bis zum Jahresende mehr als $ 50 Mrd. an zusätzlichen Krediten in die Fracking-Industrie gepumpt. Der Grund: Die Investoren spekulierten auf eine Erholung des Ölpreises.

In der Tat ließ sich seit Jahresbeginn 2016 eine Umkehr des Trends erkennen: Seit Januar 2016 hat sich der Ölpreis wieder nach oben bewegt und stieg vor Anfang Juni 2016 auf etwas über $ 50. Dazu haben mehrere Faktoren beigetragen: Neben Wartungsproblemen in Venezuela (das wegen des niedrigen Ölpreises vor dem Staatsbankrott steht), Waldbränden in Kanada (die den Ausstoß verringerten) und Förderproblemen in Libyen (wegen nicht behobener Kriegsschäden) wirkte sich vor allem die künstliche Verknappung des Angebots durch die größten Ölhändler aus. Es sind derzeit ganze Flotten von Öltankern auf den Weltmeeren unterwegs, die dem Weltmarkt Öl entziehen, indem sie ihre Ladungen nicht löschen.

Diese Taktik kann allerdings nur so lange funktionieren, bis die Kapazitäten aller verfügbaren Tanker vollends ausgelastet sind und die Kosten dieser Maßnahme ihren Nutzen übersteigen - ein Zeitpunkt, der nun erreicht zu sein scheint und den Ölpreis seit einigen Tagen wieder fallen lässt.

Damit steht die internationale Finanzindustrie vor einem riesigen Problem: Die Möglichkeiten der Preismanipulation sind weitgehend erschöpft und ein Anstieg des Preises durch erhöhte Nachfrage ist wegen der weltweiten wirtschaftlichen Stagnation nicht in Sicht. Deshalb droht im Herbst, wenn ein Großteil der Kredite fällig wird, eine Pleitewelle von

Publiziert auf Free21 am 16.6.2016, 19:20 Uhr, von Ernst Wolff auf antikrieg.org, Lizenz: der Originalseite

Fracking-Firmen, die dazu führen wird, dass zahlreiche Banken leer ausgehen werden. Das wiederum hat zur Folge, dass im hochriskanten Bereich der Derivate Kreditausfallversicherungen in unbekannter Höhe (sehr wahrscheinlich ein Mehrfaches der Summe der vergebenen Kredite) fällig werden.

Die USA haben sich ihren terroristischen Gegner selbst geschaffen

Was also tun, um zu verhindern, dass weitere Fracking-Firmen Insolvenz anmelden, Banken Milliardenkredite abschreiben müssen und das globale Finanzgefüge möglicherweise ins Wanken gerät ? Um diese Frage zu beantworten, muss man nur nach Nigeria schauen: Dort sind mehrere Ölquellen - nach offiziellen Angaben durch Anhänger der radikal-islamistischen Organisation Boko Haram - zerstört worden und haben so zu einer Verknappung des Angebots und einer Erhöhung des Preises beigetragen.

Es erfordert nicht viel Phantasie, sich vorzustellen, wie effektiv die Zerstörung größerer Ölquellen im Nahen Osten den Ölpreis in die Höhe treiben und die Fracking-Industrie mit den hinter ihr stehenden Großbanken retten könnte. Genau das ist das Kalkül, das hinter dem systematischen Aufbau von ISIS zum angeblichen Hauptfeind der westlichen Zivilisation steht. Die Organisation wird als Vorwand für einen größeren Krieg gebraucht.

Hintergrund für die Akribie, mit der ISIS von den US-Medien derzeit ins Rampenlicht gerückt wird, ist das Glaubwürdigkeitsproblem der US-Regierung. Sowohl der Golf-von-Tonkin-Vorfall, der zum Eingreifen der USA in den Vietnamkrieg führte, wie auch Saddam Husseins angebliche Massenvernichtungswaffen, die als Vorwand für die Bombardierung des Irak dienten, sind inzwischen als Lügen entlarvt. Deshalb muss sich die Führung in Washington derzeit mit aller Kraft bemühen, auf glaubhafte Weise ein Klima des Hasses und der Angst vor Terroranschlägen zu schaffen, denn nur so kann es ihr gelingen, die Mehrheit der US-Bevölkerung von der Notwendigkeit eines weiteren Krieges zu überzeugen.

Sollte es tatsächlich dazu kommen, hätten die USA einmal mehr die Quadratur des Kreises geschafft. Schließlich ist ISIS nichts anderes als ein von der US-Politik selbst geschaffener Gegner. Ohne die jahrelang betriebene Destabilisierung des Nahen Ostens durch die USA wäre ISIS niemals entstanden und schon gar nicht in der Lage, auch nur einen einzigen gewaltbereiten Anhänger im Ausland zu rekrutieren.

Autor:

Ernst Wolff

1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.

Dieser Text wurde zuerst am 16.06.2016 auf antikrieg.org unter der URL ‹http://antikrieg.com/aktuell/2016_06_16_orlando.htm› veröffentlicht. Lizenz: Antikrieg.org

‹http://www.free21.org/?p=22483›

Anzeige

Regime-Change in der **Ukraine?**

Das Buch zum Vortrag – brisant, zeitlos und entlarvend:

Der Vortrag von Dr. Daniele Ganser zum Umsturz in der Ukraine und vor allem auch zu Regime-Changes in aller Welt, exklusiv bei free21.org als Taschenbuch zum Nachlesen, Archivieren, Weitergeben oder Verschenken.

Inklusive großem Extra-Interview mit Dr. Daniele Ganser.

Wer in Kulissen lebt, sollte wissen, was gespielt wird.

Oliver Tietze

Hier bestellen: free21abo.de

TTIP, die „NATO-Ökonomie“

Der Geograf Manlio Dinucci schlägt eine kohärente Lesart für die Strategie Washingtons vor, welche, TTIP, den Regierungs-Sturz in der Ukraine, die Kriege in Libyen und Syrien, die Migrationswelle aus der Türkei sowie den Aufmarsch der NATO an den Grenzen Russlands, mit einschließt.

Manlio Dinucci

Bürger, lokale Dienstellen, Gemeinden, Parlamente, Regierungen, ganze Staaten, werden ihrer wirtschaftlichen Entscheidungs-Souveränität beraubt und Organismen ausgeliefert, die von multinationalen Konzernen oder Finanz-Gruppen kontrolliert werden und die Rechte der Arbeiter, die Anforderungen der Umwelt und die Sicherheit der Lebensmittel vergewaltigen, wobei sie öffentliche Dienstleistungen und kommunale Güter vernichten: Aus diesem Grund MUSS die „Transatlantische Partnerschaft über Handel und Investition“ (TTIP), im Geheimen zwischen den USA und der EU verhandelt, abgeschmettert werden!

Zu diesen Gründen sind weitere hinzuzufügen, von welchen man praktisch überhaupt nicht spricht: Diejenigen von geopolitischer und geostrategischer Besonderheit, die ein wesentlich umfassenderes und bedrohlicheres Projekt enthüllen. Der Botschafter der USA bei der EU, Anthony Gardner, verdeutlicht mit Nachdruck: „es gibt unerlässliche geostrategische Gründe um diese Vereinbarung abzuschließen“.

Worin diese Gründe bestehen wird vom Rat des nationalen Geheimdienstes der USA erläutert. Dieser prognostiziert, dass „infolge des Niedergangs des Abendlandes und des Aufstiegs von Asien, bis 2030 die Entwicklungsländer die aktuell entwickelten Länder überholt haben werden“. Für dieses Szenario definiert Hillary Clinton die Partnerschaft USA/EU als „ein strategisches Hauptziel unserer transatlantischen Allianz“, wofür sie eine „Ökonomische-NATO“ vorsieht, welche die Politische und Militärische NATO integriert.

Washingtons Ziel ist klar: Die NATO auf ein höheres Niveau zu heben, durch Bildung eines politisch, ökonomisch, und militärischen US-EU-Blockes, wie immer unter der dem Befehl der USA, der - mit Israel, den Golf-Monarchien und anderen Ländern, sich dem aufstrebenden, asiatischen Raum, gegründet auf die Kooperation zwischen Russland, China, wie auch den BRICS, dem Iran und jedem anderen Land, welches sich der Westlichen Dominanz entziehen will, entgegenstellt.

Der erste Schritt um dieses Projekt zu verwirklichen, bestand darin, einen Bruch zwischen der EU und Russland herbeizuführen. Im Juli 2013 begannen in Washington die Verhandlungen für TTIP, welche aufgrund der gegensätzlichen Interessen zwischen den USA und den größten europäischen Mächten, denen Russland sehr vorteilhafte kommerzielle Konditionen bietet, nur unter Schwierigkeiten fortschreiten. Sechs Monate später im Januar-Februar 2014, löst der Putsch auf dem Maidan, der von den USA und der NATO organisiert war, die Kettenreaktion aus, (Angriffe auf Russen in der Ukraine, Ablösung der Krim und ihre Eingliederung nach Russland, Sanktionen und Gegen-Sanktionen) welche in Europa wieder das Klima eines Kalten Krieges erschafft.

Gleichzeitig finden sich die EU-Staaten unter dem starken Druck der Migrationswelle, ausgelöst von den Kriegen von USA und NATO (Libyen, Syrien), an welchen sie sich beteiligt hatten, wie auch von Terrorangriffen, unterschrieben vom Islamischen Staat (Kreatur ebendieser Kriege).

In diesem Europa, zersplittert von den „Mauern der Abkapselung“ vor den Migrationsströmen, in welchem man die Psychose eines Belagerungszustandes verbreitet, starten die USA die größte Militär-Operation seit dem Ende des Kalten Krieges, indem sie an der russischen Grenze Kampf-Bomber, Jagdflugzeuge und Kriegsschiffe mit nuklearen Kapazitäten in Stellung bringen.

Die NATO unter US-Kommando, dem 22 der 28 EU-Länder angehören, massiert, vor allem an der Ost-Front, die Militärmanöver (mehr als 300 im Jahre 2015). Das alles begünstigt das Projekt Washingtons, einen politischen, ökonomischen und militärischen US-EU-Block zu schmieden. Projekt, welches die uneingeschränkte Zustimmung Italiens erntet, neben dem der Ost-Länder, die sich mehr mit der USA als mit der EU verbunden fühlen.

Die größten Mächte, namentlich Frankreich und Deutschland, sind noch dabei zu verhandeln. Aber während sie warten, integrieren sie sich mehr und mehr in die NATO. Das französische Parlament hat am 7.April ein Protokoll abgesegenet, welches die Einrichtung von NATO-Basen und Gefechtständen auf seinem Territorium erlaubt, Installationen, welche Frankreich 1966 noch zurückgewiesen hatte. Deutschland, - berichtet Der Spiegel - hält sich bereit Truppen nach Litauen zu entsenden, um die Stellungen der NATO in den baltischen Staaten - in der Nähe zu Russland -, zu verstärken.

Deutschland - noch immer nach Der Spiegel - bereitet sich darauf vor einen Fliegerhorst mit Gefechtsstand in der Türkei einzurichten, wo bereits die deutschen Tornados, offiziell im Einsatz gegen DAESH, operieren, wobei sie die Stellungen der NATO, in dieser Zone von erster, strategischer Bedeutung, verstärken.

Die wachsende Integration Frankreichs und Deutschlands in die NATO, unter den Befehl der USA, weist darauf hin, dass die geostrategischen Gründe von TTIP, dabei sind, über die Interessengegensätze (insbesondere die verlustreichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland) die Oberhand zu gewinnen.

Autor:

Manlio Dinucci

Geograph und Geopolitiker. Letztes veröffentliches Werk: Laboratorio di geografia, Zanichelli 2014 ; Geocommunity Ed. Zanichelli 2013 ; Escalation. Anatomia della guerra infinita, Ed. Derive Approdi 2005.

Dieser Text wurde zuerst auf Voltairenet.org unter der URL ‹http://www.voltairenet.org/article191633.html› veröffentlicht. Lizenz: (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://www.free21.org/?p=22269›

Publiziert auf Free21 am 16.05.2016, 10:42 Uhr, von Manlio Dinucci auf voltairenet.org, Lizenz: CC BY-NC-ND

Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 (Foto: Anefo, CC BY-SA 3.0 nl)

Wir sind **Frieden**

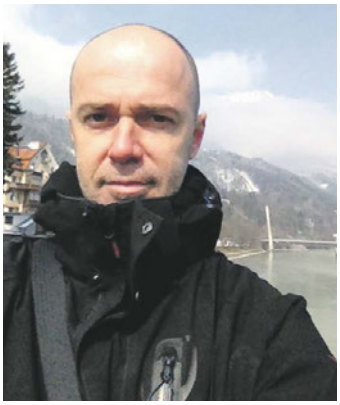
Nicht ganz unbekannte Friedensaktivisten von heute auf die Bühne!

von Andrea Drescher

Was haben ein Buchhalter, eine Hutmacherin und ein Lokführer gemeinsam? Alle drei sind Friedensaktivisten – und dem einen oder anderen Leser von Free21 vielleicht sogar schon begegnet. Das liegt daran, dass alle drei – auf völlig unterschiedliche Art – öffentlichkeitswirksam aktiv sind. Und trotz der unterschiedlichen Form: alle drei setzen auf Information und Mobilisierung von anderen Menschen. Je mehr Menschen von sich sagen „Wir sind Frieden" und selbst zum Handeln übergehen, desto größer ist die Chance auf Veränderung. Ganz im Sinne von Gandhi:

> „Sei Du selbst die Veränderung, die Du Dir wünschst für diese Welt."
> **M. Gandhi**

Klaus



Geboren: 1969, Innsbruck.Tirol
Beruf: Selbstständig als Bilanz- und Finanzbuchhalter und Lohnverrechner
Überzeugter aber nicht militanter Veganer, begeisterter Leser von Fach- und Sachbüchern, begeisterter Schreiber von politischen Mails, Leserbriefen, Presseaussendungen, Blogs und Fachartikeln.

FREE21: *Wie bist du Friedensaktivist geworden?*

Das hat zwei Gründe: Durch meinen kaufmännischen Beruf bekam ich Einblick in sehr viele Firmen – u.a. aus der Bau- und Autoindustrie. Das hat mich bereits einiges über Korruption gelehrt, einiges, was mich nicht wirklich begeistert hat.

Der zweite Grund war, dass ich mit 22 anfing, Fach- und Sachbücher zu lesen. Ob Globalisierungskritik, Wirtschaft, Welthunger, Umweltprobleme, Ernährung, Psychologie oder Soziologie. Ich glaube, ich habe inzwischen rund 1000 Bücher verschlungen. Dabei habe ich versucht, anerkannte, namhafte Autoren wie Noam Chomsky, Jean Ziegler oder Joseph Stieglitz zum Thema zu finden. Ein Schwerpunkt waren und sind die Finanzmarktprobleme der USA. Wer sich damit beschäftigt, stößt auf die verschiedenste Zusammenhänge – insbesondere auch auf die Auswirkungen auf den Frieden.

FREE21: *Aber lesen allein macht ja noch keinen Aktivisten aus, oder?*

Richtig. Vor vier Jahren – genau am 13. April 2012 – entschied ich mich, wieder aktiv zu werden. Ich schrieb eine Mail an den ORF Tirol und wollte mit dem Chefredakteur über unser korruptes System sprechen. Um dem Nachdruck zu verleihen, baute ich direkt beim ORF Tirol einen Informationsstand mit Büchern zum Thema Parteienfinanzierung auf. So kam es zu einem Gespräch, was zeitbedingt zwar nur kurz ausfiel – aber immerhin. Es gab Interesse an meiner Presseaussendung. Das war der Beginn meiner Kampagnen, bei denen ich die Medien bis heute immer wieder zu Themenschwerpunkten mit Material versorge, das man bei Reuters oder APA typischerweise nicht erhält.

FREE21: *Was verstehst du unter Kampagnen?*

Ich schreibe alle Mitglieder der Bundesregierung, Bundes- und Nationalräte per Massen-E-Mail an und übersende die jeweiligen Texte gleichzeitig auch an alle großen Medien. Das waren bzw. sind Ausarbeitungen zu Themen wie unser korruptes System, Lücken in der Gesetzgebung zu Parteien- und Politikerfinanzierungsgesetzen, Lücken in den Lobbyistengesetzen oder im Korruptionsstrafrecht. Ich informiere über die Medienfinanzierung, die einzigartig in Europa ist und für wechselseitige Abhängigkeiten sorgt. Im Jahr werden rund 300 Millionen Euro an Werbegeldern durch die Gebietskörperschaften in die Medien investiert. Das führt zu einer Verbrüderung der Machteliten in Wirtschaft, Medien und Politik. Mangelnde Wirtschaftsethik war auch schon ein Thema. Rund 300 Mails – gut 800 bis 1000 Seiten – sind da in den letzten Jahren zusammengekommen.

FREE21: *Das ist ja schon einiges – aber noch nicht alles?*

Meine Freunde haben mir vorgeworfen, dass ich mich an den falschen Kreis wende. Um mehr Öffentlichkeit zu erreichen, gründete ich 2013 den Blog www.aktivist4you.at und begann zeitgleich, in Innsbruck Demonstrationen zu organsieren. Dabei ging es um Mietrecht, das Agrarunrecht in Tirol und viele lokale Themen. Im Mai 2014 war ich dann einer der Organisatoren der Innsbrucker Friedensmahnwache. Am 26. 5. ging es los – mit damals 180 Besuchern. Leider haben dann Rechte versucht, sich in den Vordergrund zu drängen. Darauf gingen die Besucherzahlen zurück und im Internet begann die Hetze. Wir sind die Rechten zwar wieder los geworden, aber der Schwung ging verloren. Im Dezember 2015 haben wir aufgehört. Es gibt aber noch die jährliche Monsanto-Demo, Demos für Flüchtlinge oder Tierrechte, den Weltfriedenstag am 23.9. – es bleibt also viel zu tun.

FREE21: *Auch im TV kann man Dich inzwischen schon sehen, nicht wahr?*

Ja, ich war Mitorganisator der Bilderbergerproteste in und um Telfs und habe dafür gesorgt, dass direkt vor dem Hotel protestiert wurde, habe den Transfer organisiert und ATV bei der Berichterstattung unterstützt. Es gab mehrere Anfragen seitens der Medien, z.B. bei der Barbara-Karlich-Show oder beim ORF die Doku von Hanno Settele über die 10 Verbote. Aber mein Hauptaugenmerk liegt derzeit auf dem Blog und provokanten Medienaussendungen, um sie an ihre Verantwortung zu erinnern.

FREE21: *Was machst du da?*

Ich sorge dafür, dass Medienkritik an die Öffentlichkeit dringt. Es geht um Aufklärung, Aufklärung und nochmals Aufklärung. Dafür vernetze ich mich über Tirol hinaus, bin beispielsweise Mitadministrator bei den Facebook-Gruppen Occupy Wien und TTIP Aktionsbündnis Österreich.

FREE21: *Hast du bei all dem noch Zeit für einen normalen Beruf? Von was lebst du?*

Ich kann so agieren, weil ich unabhängig bin. Sobald man politisch sichtbar wird, kann es Probleme geben. Ich habe rund 100 treue Kunden, das bedeutet für

Free21

Das Abo 2016:

Erscheinung alle 2 Monate.

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

mich eine 3 (ssig) Stundenwoche. Meine Angestellte unterstützt uns mit 17 Stunden und trägt wesentlich dazu bei, dass ich aktive Widerstandsarbeit machen kann. Der Rest meiner Arbeitszeit gehört zu großen Teilen der politischen Arbeit. Viel Geld brauche ich nicht. Ich lebe fast an der Armutsgrenze, ein einfaches Leben, bewusst vegan und mit so wenig Konsum wie möglich. Seit über 20 Jahren habe ich kein Auto. Meine große Liebe ist und bleibt das Lesen, da gebe ich immer wieder Geld aus aber mein täglicher Wald- und Bergspaziergang und die Kontakte zu Freundin und Freunden sind völlig kostenlos.

FREE21: *Und warum machst du das alles?*

Weil es Sinn und Spaß macht. Weil es wichtig ist, nicht schweigend zu oder weg zu sehen. Weil es wichtig ist, gegen bestehendes Unrecht etwas zu unternehmen. Ganz einfach.

FREE21: *Dann kann man einfach nur sagen: Weiter so!*

Anja Heussmann

Geboren: 1968, seit 3,5 Jahren wohnhaft in der Nähe von Dubai
Beruf: Hutmacherin und Kauffrau, derzeitiger Beruf Web-Grafikdesignerin, Friedensaktivistin

FREE21: *Was hat Dich nach Dubai verschlagen ?*

Die Bevormundung durch den Staat, der unhöfliche, respektlose Umgang unter den Menschen nahmen im Laufe der letzten Jahre immer weiter zu und lag mir nicht. Der respektvollere Umgang der Menschen unterschiedlichster Kulturen untereinander dort entspricht eher meinen Lebensvorstellungen.

FREE21: *Und was machst du beruflich?*

Seit Oktober 2015 bin ich mit LOVEstorm-people.com „hauptberuflich" globale Friedensaktivistin und lebe von meinem Erspartem. Das kann natürlich nicht immer so weiter gehen. Darum ist mein Wunsch, mit dem, was mich persönlich erfüllt und mir sehr wichtig ist, auch meinen bescheidenen Lebensunterhalt zu verdienen. Und das ist die globale Friedensarbeit!

FREE21: *Wie kamst du dann von Dubai aus zur deutschen Friedensbewegung?*

Mich hat es einfach immer geärgert, dass die Politiker oft so kontraproduktiv und gegen den Willen der Menschen handeln. Dann erzählte mir 2014 ein Kanadier von Bilderberg-Treffen/Illuminaten. Dann habe ich mich wochenlang im Netz darüber informiert. Seit dem erklärt sich mir die Politik weltweit besser.

FREE21: *Was hast du dann gemacht?*

Ich meldete mich bei Facebook an und habe nach kurzer Zeit eine Demo in Berlin für Oktober 2014 organisiert. Leider konnte ich aus beruflichen Gründen – Urlaubssperre – nicht nach Deutschland reisen. Zwei Aktivisten haben die Veranstaltung dann für mich übernommen. Von mir gab es deshalb auf der Demo „nur" eine Audiobotschaft. Am 3.10.2014 fanden sich dann über 1.000 Menschen vor dem Kanzleramt ein. Xavier Naidoo kam auch ganz überraschend angeradelt und hielt eine kurze Rede. Nach 1,5 Jahren Facebook-Aktivismus bin ich im August 2015 nach Deutschland gereist und habe mich mit Plakaten jeden Tag auf den Alex in Berlin gestellt – in den folgenden 2,5 Wochen informierten wir dort Menschen.

FREE21: *Und wie ging es dann weiter?*

Wieder zurück in den VAE war ich dann im Netz zwar mit wesentlich mehr Reichweite aktiv, was dann aber auch leider vermehrt zu Facebook-Sperren und zum Posten außerhalb meines Profils führte. Aus einer dieser Sperren heraus kam mir in einem Video ein spontaner Einfall. Die meisten Menschen und Politiker, denen wir etwas zu sagen haben, haben ja auf Facebook ein Profil, in dem man kommentieren und posten kann. Damit war die Idee LOVEstorm-people geboren.

FREE21: *Lovestorm, also das Gegenteil von Shitstorm, richtig?*

Genau. Ich habe Herzen mit politischen Nachrichten designt, mit denen man friedlich, freundlich und frech agieren kann. Es gibt vorab angekündigte LOVEstorm Veranstaltungen mit einem angekündigtem Termin und Herzen zum entsprechenden Thema. Diese posten wir dann an dem Tag an eine Facebook-Seite von jemanden aus Politik, Wirtschaft usw. Der 1. Lovestorm wurde auf der Seite der Ramstein Airbase im November 2015 veranstaltet und richtete sich gegen Drohnenkriege. Knapp 600 Herzen waren nach unserem LOVEstorm in den Kommentaren zu finden. Das kam super an. Parallel dazu entstand die Webseite www.lovestorm-people.com.

FREE21: *Und dein Ziel ist … ?*

Die sogenannten „99%" weltweit zu erreichen und mit ihnen zusammen auf friedliche Art und Weise ein Zeichen setzen und sagen: „Hey Politiker, Wirtschaft & Eliten! Wir sind damit nicht einverstanden, was Ihr da weltweit treibt!" Die Webseite www.lovestorm-people.com ist deshalb auch in über 70 Sprachen lesbar. Demnächst kommt „LOVEstorm people" in Russland mit hinzu. So sollen immer mehr Länder hinzukommen, bis alle global vernetzt sind. Und wenn wir dann alle zusammen einen LOVEstorm machen, dann landen tausende von LOVEstorm Herzen als Botschaft bei jemanden auf der Facebook Seite, und das wird dann seine Wirkung gewiss nicht verfehlen.

FREE21: *Du bist aber auch weiter auf der Straße aktiv?*

Ja. Ich bin extra wegen des Bilderberger-Treffens im Juni 2016 nach Deutschland gereist und habe

Publiziert auf Free21 am 270.070.2016, 19:40 Uhr, von Andrea Drescher

mit dem LOVEstorm-Kunstprotest „Bilder gegen Bilderberg“ Menschen motiviert, positiv auf die Straßen zu gehen. Wir haben vor Ort viele Interviews geben können. Blogger, Presse, RT und andere Sender aus dem Ausland haben uns interviewt. Facebook-Aktivisten gibt es viele in diesem Land – aber wenn es um wirkliches Handeln geht wird die Luft schon dünn. Wir werden jetzt weiter nach Unterstützern Ausschau halten.

FREE21: *Welche Form der Unterstützung suchst du denn?*

Wir suchen noch nach Menschen, die die Webseite lovestorm-people.com mit betreuen können und auch helfen, sie weiter mit zu entwickeln. Menschen, die sich mit Wordpress, HTML und Webdesign auskennen. Des weiteren suchen wir Menschen, die mit Photoshop und After Effects o.ä. umgehen können. Und selbstverständlich gerne auch Sponsoren, die uns anderweitig unterstützen können, damit wir schneller wachsen können und globaler bekannt werden. E-Mail an info@lovestorm-people.com

FREE21: *Viel Erfolg dir weiterhin und ganz HERZlichen Dank für dein Engagement und deine Zeit.*

Ich habe Euch herzlich zu danken und wünsche free21 weiterhin viel Erfolg.

Chris

Geboren: 1980, Wohnhaft in Käthe (dem Wohnbus)
Beruf: Selbständiger Lokführer seit 2010
Friedensbewegter Lebenskünstler aus Leidenschaft

FREE21: *Seit wann bis du ein friedensbewegter Lebenskünstler?*

Bis 2011 war ich ein ganz normaler Durchschnittsbürger, der im Rattenrennen mitgelaufen ist. Dann ging es bei mir erst mal los mit der persönlichen Aufklärung. Mit Beginn der Mahnwache 2014 bin ich dann selbst aktiv geworden.

FREE21: *Ich kann mir dich als Durchschnittsbürger nicht vorstellen. Was heißt denn das?*

Ich hatte die typischen Vorstellungen der Gesellschaft: Mit einem guten Beruf Geld verdienen, ein Häuschen bauen … das, was eben jedem beigebracht wird zu wollen oder zu müssen. Das, was von dir erwartet wird: Nicht auffallen, einen guten Job machen und ein schönes Leben leben. Und dieses schöne Leben hängt eben davon ab, wieviel Geld man heimbringt. Wer viel Geld hat, ist glücklich – die typischen Botschaften der Werbeindustrie, die man eben so verinnerlicht hat.

FREE21: *Und wie kam es dann dazu, dass du ausgestiegen bist?*

Es begann damit, dass ich mich informierte, mir mehr und mehr Wissen aneignete. Dann fielen mir Gesetzeslücken auf. Hat man einmal angefangen, zieht es einen Rattenschwanz an Fragen nach sich, weil alles irgendwie verbunden ist. Überall werden Lücken, nicht plausible bzw. fehlende Zusammenhänge deutlich.

FREE21: *Könntest du ein Beispiel dafür geben.*

Es fehlen z.B. Geltungsbereiche, so dass die Gesetze nicht so wie auf dem Papier angewendet werden. Ich lese etwas anderes, als mir von Behörden mitgeteilt wird. Im Verwaltungsvollstreckungsgesetz ist geregelt, was gefordert werden darf und was verboten ist. Und trotzdem werden Dinge durchgesetzt, die laut diesem Gesetz gar nicht erlaubt sind. In diesen Themen kann man sich verlaufen, das ging auch mir so.

FREE21: *Was heißt das?*

Alles das hat mich – aber auch mein Privatleben und meine Freunde – ziemlich belastet. Man lebt ja in einem ständigen Widerspruch. Als Normalbürger will man regelkonform leben, nicht zuletzt weil man Angst vor Repressionen hat. Und dann merkt man, dass die ganzen Regeln, nach denen man lebt, nicht stimmen. Der Ausstieg ging bei mir dann schleichend, meine Ängste habe ich nach und nach abgelegt.

FREE21: *Und heute bist du ein Freeman?*

Ich bin ein freier Falke, der die Augen offen hält, die Möglichkeiten im Umfeld abschätzt und überall dort einen Beitrag für die Gesellschaft und die Menschen leistet, wo es möglich ist.

FREE21: *Du gehörst ja zum Orga der Berliner Mahnwache …*

Seit Ende April 2014 habe ich an den Mahnwachen teilgenommen und unterstützt, wurde aber erst 2015 offiziell Mitglied der Orga. In Berlin hat es angefangen. Dann hat es wunderbar gepasst, dass ich dank meines Jobs als selbständiger Lokführer, Mahnwachen in ganz Deutschland besuchen konnte.

FREE21: *Was tust du sonst noch?*

Ende 2011 habe ich mein Wohnmobil, meine Käthe, gekauft – um Hotel zu sparen und mobil zu sein. Das Kunstwerk Käthe hat sich seit dem Bilderberger Protest in Telfs 2015 entwickelt. Zu dieser Demo wurden sämtliche Autos bemalt. Käthe fällt heute überall auf, macht Werbefahrten für den Frieden an öffentlichen Plätzen, nahm an diversen Mahnwachen teil, ist fahrende Litfaßsäule, wurde bei der Linzer Mahnwache als Schallmauer genutzt, ist bei Regengüssen der Technikschutz unter der Markise und natürlich auch immer der Ausgabepunkt für Info-Material. Käthe beherbergt das Mahnwachenmuseum, eine Sammlung sämtlicher bisheriger Unterlagen, Fahnen und Schilder von den verschiedenen Demos seit 2014.

FREE21: *Was sind deine nächsten Pläne?*

Pläne? Ein Aktivist lebt gerne in den Tag. Planlos geht der Plan los – spontan läuft es glatter. Entscheidungen werden nach Fälligkeit getroffen. Wenn man wenig plant, kann man sich besser an Gelegenheiten anpassen, die sich präsentieren. Zukunftspläne in der heutigen Giergesellschaft zu machen, ist schwer. Und die absehbare Gefahr von Kriegen macht Zukunftspläne wenig sinnvoll. Aber ich werde auch zukünftig für den Frieden arbeiten.

FREE21: *Was darf ich mir darunter vorstellen?*

Friedenarbeit bedeutet für mich in erster Linie Kommunikation mit Menschen, Missverständnisse klären, Brücken aufbauen. Manchmal drücken sich Menschen nur falsch aus und schon prallen Egos aufeinander. Vom Mitspieler wird man zum Gegenspieler, nur weil man anderer Meinung ist oder Themen bedient werden, mit denen nicht alle klar kommen. Wir dürfen das Wesentliche nicht aus den Augen verlieren und uns nicht in Kleinigkeiten verheddern. Man stimmt mit niemanden zu 100% überein. Wir müssen akzeptieren, dass wir alle zwar das gleiche Ziel – nämlich Frieden – anstreben, aber auf verschiedenen Wegen dort hingelangen. Die Andersartigkeit ist auch eine große Chance. Durch verschiedene Themen können wir mehr Menschen erreichen. Und es ist doch unser aller Ziel, möglichst viele Menschen zu motivieren, sich für Frieden einzusetzen. Zu kämpfen macht keinen Sinn, Frieden ist der Weg.

FREE21: *Dann wünsche ich dir viel Erfolg auf deinem Weg! Danke für deine Zeit.*

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

<http://www.free21.org/?p=22963>

Brexit – ein Sargnagel für den Frieden in Europa?

Die europäische Union droht zu zerfallen. Mit dem Brexit scheidet einer der wichtigsten Spieler der EU aus. Doch die Folgen gehen weit über Märkte und Wirtschaft hinaus.

von Patrick Toch

Im Jahre 2010 Jahr hat Putin in einem Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung den Begriff eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok geprägt. [1] Seitdem arbeiten Russland, China und die EU daran, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum aufzubauen. Die Bausteine dafür sind die europäische Union und die eurasische Union. Verbunden werden sollen diese durch eine Hochgeschwindigkeitsgüterbahn, deren Trassen von China und Russland nach Duisburg, dem größten Binnenhafen Europas führen. Dieser gemeinsame Wirtschaftsraum würde direkten Handel zwischen diesen Großmächten erlauben – und darüber hinaus die Fähigkeit der USA die „Joke-Points" – also die Meerengen – zu kontrollieren, marginalisieren. [2]

Laut George Friedman (Stratfor) ist die Fähigkeit, alle Ozeane dieser Welt zu dominieren, das Fundament der Macht der USA. Und seit über 100 Jahren sei es das Ziel der USA, eine Zusammenarbeit auf dem europäisch-asiatischen Doppelkontinent zu verhindern. [3]

Gehen wir von dem Szenario aus, die EU würde zerfallen, in dem durch nationalistische Bestrebungen zunehmend Länder aus dieser austreten: Wären diese überhaupt in der Lage, den Großmächten Russland und China auf Augenhöhe gegenüber zu treten? Diese Vorstellung wirkt illusorisch. Es bedarf eines gemeinsamen politischen Raumes, um z.B. durch gemeinsame Konzepte die europäischen Märkte gegen eine Flut chinesischer Waren zu schützen.

Die wichtigsten Spieler auf europäischer Seite sind die Staaten Deutschland, Frankreich und England. Alle drei investierten massiv in die Asiatische Entwicklungsbank. Diese Bank wurde ins Leben gerufen, um den Dollar unter Druck zu setzen und Geschäfte in eigener Währung zu machen. Die akkumulierten Dollar-Vorräte dieser Bank nutzt China, um massiv in Afrika zu investieren – in Land, Ressourcen und Infrastruktur. [4]

> „Wer denkt – wes Volkes auch – ich will ihn Landsmann nennen! Die Wahrheit ist mein Vaterland."
>
> **Alphonse de Lamartine**

Auch in anderen außenpolitischen Fragen, haben die Europäer eine eigenständige Politik verfolgt. So haben Deutschland und Frankreich im Jahre 2008 ihr Veto eingelegt, als es darum ging Georgien in die NATO aufzunehmen. Nach dem Umsturz in der Ukraine sind englische Lords in den Donbass gereist, um guten Willen und Verständnis zu zeigen. Als der Konflikt zu eskalieren drohte, vereinbarten Staats- und Regierungschefs von Weißrussland, Russland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine Minsk II – ein Akt direkter Diplomatie, ohne die USA einzubinden.

Als die Entwicklung in der Ukraine drohte, uns vom russischen Erdgas abzuschneiden, reiste Außenminister Steinmeier nach Moskau, um sich für North-Stream 2 – eine zusätzliche Pipeline von Russland nach Deutschland über die Ostsee unter Umgehung der Nachbarländer – stark zu machen. Die „westlichen Sanktionen" gegen Russland schienen vergessen. Wenig später setzte sich Steinmeier ebenfalls dafür ein, Russland wieder in die G8 aufzunehmen und kritisierte das jüngste NATO-Manöver in Ost-Europa als „unnötige Provokation".

Selbst die Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen TTIP scheinen ihr Ende gefunden zu haben. Die SPD-Bundestagsfraktion nennt dieses mittlerweile „faktisch tot".

Die Zerstörung Europas

Wie lässt sich diese Entwicklung aus Sicht der USA stoppen? In George Friedmans Rede finden sich eindeutige Hinweise darauf, was man plant – und auf dem politischen Parkett kann man die Anfänge dessen beobachten. Friedman legt nahe, dass die USA keine eigenen Truppen gegen Russland in den Krieg schicken sollten. Statt dessen werde man mit Europa dasselbe tun, wie im ersten und zweiten Weltkrieg.

Aus der Geschichte wissen wir, wie schwer diese Worte wiegen. Nationalistische Bestrebungen, blutige Bürgerkriege und Krieg gegen das heutige Russland haben Europa in 100 Jahren zwei Mal zerstört und in den USA durch den Verkauf von Rüstungsgütern und anschließenden Krediten für den Wiederaufbau zu einem Wirtschaftswunder geführt.

Es liegt also nahe, dass der Zerfall der europäischen Union Teil dieser Agenda ist. Die Big Player Deutschland, Frankreich und England zu Fall zu bringen, ist der wichtigste Schritt. England wird aus der europäischen Union heraus gebrochen, und damit an seinen zweitwichtigsten Wirtschaftspartner, die USA gebunden.

> „Mir ist es aus strategischen Gründen lieber, die Briten dabei zu haben. Die Rolle Großbritanniens über 200 Jahre war immer, in Europa für den nächsten Krieg zu sorgen, solange sie alleine auf der Insel waren."
>
> **Willy Wimmer**

Ein wesentlicher Bestandteil der Zersetzung Europas war die Flüchtlingskrise. Der ausschlaggebende Grund für diese war der Vernichtungskrieg des IS, dessen Bestandteile, die zahlreichen „Rebellengruppen" über Jahre hinweg durch die USA, Katar und Saudi-Arabien finanziell und logistisch unterstützt wurden. [5]

Publiziert auf Free21 am 29.06.2016, 16:03 Uhr, von Patrick Toch

Ein weiterer Baustein sind die gewaltigen Medien-Kampagnen, die im arabischen Raum statt fanden. Arabische Medien und soziale Netzwerke verkauften Millionen Arabern den „european dream“, der sie von einem Europa träumen ließ, in dem man ein Haus, ein Auto und einen gut bezahlten Job bekommt, wenn man es nur bis dahin schafft. [6]

Twitter-Netbots in den USA, Australien und England sendeten tausende Tweets ins Netz, um Flüchtlinge in Deutschland willkommen zu heißen. [7] Später sollten diese Netbots Stimmung gegen die Regierung machen, um die Bundeskanzlerin persönlich für die Misere verantwortlich zu machen. [8]

Europas Rechte

Offenbar will man Probleme erschaffen, für die man kurze Zeit später vermeintlich einfache Lösungen liefert. Die einzigen politischen Parteien, die von dieser Entwicklung profitieren, sind die nationalistischer Natur. An Polen lässt sich diese Entwicklung deutlich messen. Ohne dass Polen selbst Flüchtlinge aufnehmen musste, hat sich die Abwehrhaltung gegen diese Politik in einer rechten Regierung zementiert. Nebenbei hat Polen eine 80.000 Mann starke Miliz auf die Beine gestellt, um sich gegen „die russische Aggression“ zu rüsten. [9]

Doch sind die Rechten zumindest so souverän, wie sie vorgeben? Nicht nur im Hinblick auf die Ukraine stellt sich Ernüchterung ein. In England waren es vor allem Boulevardmedien in der Hand des US-amerikanischen Medienunternehmers Rupert Murdoch, die für den Brexit Stimmung gemacht haben. Doch auch in Deutschland weiß man seit der Ära von Helmut Kohl aus Regierungsgesprächen in Washington, dass die USA über die logistischen Verbindungen des US-Militärs rechtsradikale Kräfte wie die NPD nachhaltig unterstützen. [10]

Untereinander sind diese Parteien gut vernetzt. So trafen sich Vertreter der ultranationalistischen Swoboda-Partei mit der NPD und dem Front National aus Frankreich; die Partei „Der III. Weg“ bekennt offenkundig Sympathie zu den ukrainischen Faschisten.

Kameradschaften beider Parteien waren dominierende Kräfte bei den „Merkel muss weg“-Demonstrationen, die von einer Splittergruppe der neuen Friedensbewegung ins Leben gerufen wurde. Besonders überzeugende Friedensaktivisten sind das nicht. Die Mahnwachen für den Frieden hatten den Kampf gegen den faschistischen Umsturz in der Ukraine und den anschließenden Krieg gegen die russischsprachige Bevölkerung zur Grundlage. Wir lassen uns nicht von Leuten vereinnahmen, die zum Umsturz aufrufen, um ihre eigene politische Agenda durchzusetzen.

Es ist wichtig, dass wir einen gewissen politischen Realismus an den Tag legen und in Dialog miteinander treten, denn es wird deutlich, wie die Flüchtlingskrise – und die damit verbundene Überforderung der Europäer – Kräfte wieder hoffähig macht, die das alte Gedankengut wieder aufleben lassen. Eine brandgefährliche Entwicklung, die wir nicht sich selbst überlassen sollten.

Quellen:

[1] <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908>

[2] <http://www.free21.org/antikriegtv-im-gespraech-mit-jochen-scholz/>

[3] <https://www.youtube.com/watch?v=vln_ApfoFgw>

[4] <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/entwicklungsbank-aiib-deutschland-ist-viertgroesster-partner-in-asien/11894266.html>

[5] <http://www.taz.de/Treffen-der-Freunde-Syriens/!5068982/>

[6] <https://www.deutschland.de/de/topic/politik/falsche-erwartungen-fluechtlinge-kehren-zurueck-in-ihre-heimat>

[7] <http://www.free21.org/wer-lockt-mit-twitter-fluechtlinge-nach-deutschland/>

[8] <http://www.free21.org/wer-jagt-angela-merkel/>

[9] <https://deutsch.rt.com/30964/international/falls-der-russe-kommt-80-000-polen-stehen-in-privat-milizen-unter-waffen/>

[10] <https://www.youtube.com/watch?v=8B1sctKCvxI> (117 min.)

Autor:

Patrick Toch

ist Programmierer und Friedensaktivist. Er filmt politische Veranstaltungen und befasst sich schwerpunktmäßig mit Geostrategie, internationaler Politik und nachhaltigen Zukunftsmodellen.

‹http://www.free21.org/?p=22522›

Anzeige

Die Waffen nieder!

Kooperation statt NATO-Konfrontation – Abrüstung statt Sozialabbau

Bundesweite Demonstration in Berlin am 8. Oktober 2016 ab 12 Uhr

Beginn: Berlin-Alexanderplatz/Otto-Braun-Straße,
Abschlusskundgebung ca. 15 Uhr am Brandenburger Tor

Kooperation für den Frieden *Bundesausschuss Friedensratschlag* *Berliner Friedenskoordination*

Das **Finanzsystem** ist eine **größere Gefahr** als **Terrorismus**

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts werden die Amerikaner mit einem immens teuren „Krieg gegen den Terror" in Atem gehalten. Billionen Dollar werden dem amerikanischen Steuerzahler aufgebürdet und Milliarden dem Militär- und Sicherheits-Komplex in den Rachen geworfen, um im Ausland unbedeutende „Gefahren" zu bekämpfen, etwa die Taliban, die auch nach 15 Jahren noch unbesiegt sind. Dabei hat zeitgleich das Finanzsystem in enger Zusammenarbeit mit der Politik den Amerikanern weit größeren Schaden zugefügt, als Terroristen es jemals könnten.

von Paul Craig Roberts

Ziel der Politik der Null-Prozent-Zinssätze der Federal Reserve und des US-Finanzministeriums ist die Stützung der Preise der überbewerteten und betrügerischen Finanzinstrumente, welche deregulierte Finanzsysteme immer aus sich heraus erzeugen. Wenn die Inflation korrekt gemessen würde, dann wären diese Nullquoten negative Zinssätze, was heißt, dass nicht nur Pensionäre kein Einkommen aus ihren Ruhestandsrücklagen bekommen, sondern dass auch Sparen eine schlechte Idee ist: Anstatt Zinsen für das Ersparte zu bekommen, zahlt man dann nämlich Zinsen, die den realen Wert der Ersparnisse mindern.

Zentralbanken, neoliberale Wirtschaftswissenschaftler und die sich prostituierenden Finanzmedien befürworten negative Zinssätze, um die Leute zu zwingen, ihr Geld auszugeben anstatt zu sparen. Sie gehen von der Vorstellung aus, dass die schwache Wirtschaftsleistung nicht durch die gescheiterte Wirtschaftspolitik bedingt sei, sondern dass sie auf den Umstand zurückgehe, dass die Menschen ihr Geld horten. Die Federal Reserve und ihr Klüngel von Wirtschaftswissenschaftlern und willfährigen Medien halten das Märchen von den zu hohen Sparguthaben aufrecht, ungeachtet eines ebenfalls von der Federal Reserve veröffentlichten Berichtes, nach dem 52 Prozent der Amerikaner keine 400 Dollar auftreiben können, ohne etwas aus ihrem persönlichen Besitz zu verkaufen oder sich Geld leihen zu müssen.

Das Finanzsystem (Illustration: Green Economy Coalition; www.greeneconomycoalition.org, CC 3.0)

Negative Zinssätze, die in Ländern wie der Schweiz eingeführt und in anderen Ländern angedroht wurden, haben die Menschen dazu gebracht, diese „Steuer auf Sparguthaben" dadurch zu vermeiden, dass sie ihr Erspartes in großen Scheinen von der Bank abheben. In der Schweiz ist zum Beispiel die Nachfrage nach 1.000-Franken-Noten aktuell stark angestiegen – bei etwa 60 Prozent der im Umlauf befindlichen Schweizer Währung handelt es sich um große Scheine. Diese Reaktion der Sparer auf negative Zinssätze hat dazu geführt, dass neoliberale Wirtschaftswissenschaftler wie Larry Summers die Abschaffung hoher Banknoten fordern, um es auf diese Weise für den Menschen zu erschweren, ihr Geld außerhalb von Banken aufzubewahren.

Andere neoliberale Wirtschaftswissenschaftler wie Kenneth Rogoff wollen das Bargeld überhaupt abschaffen und nur mehr elektronisches Geld haben. Elektronisches Geld kann von Bankkonten nicht mehr entfernt werden, außer man gibt es aus. Wenn es nur mehr elektronisches Geld gibt, können Finanzinstitutionen negative Zinssätze benützen, um die Guthaben ihrer Kontoinhaber zu stehlen.

Die Leute würden zwar versuchen, auf Gold, Silber und Formen von privatem Geld auszuweichen, aber andere Zahlungs- und Sparmethoden wären dann verboten, und die Regierung würde alle Umgehungen des elektronischen Geldes – auch mithilfe verdeckter Operationen – zu verhindern suchen und mit harten Strafen belegen.

Dieses Szenario zeigt, wie Regierung, Wirtschaftswissenschaftler und willfährige Medien vereint gegen das individuelle Sparen und die damit einhergehende finanzielle Unabhängigkeit der Bürger agieren. Die politischen Entscheidungsträger betreiben eine abstruse Wirtschaftspolitik und diejenigen, die unser Leben kontrollieren, stellen ihre Projekte über das Wohlergehen der Bürger.

Dies ist das Schicksal der Menschen in den sogenannten Demo-

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Publiziert auf Free21 am 21.03.2016 (12:30 Uhr), von Paul Craig Roberts auf antikrieg.com, Lizenz: P.C. Roberts

(Foto: Davidicke.com)

kratien. Jede verbliebene Kontrolle, die sie über ihr Leben noch haben, wird ihnen genommen. Die Regierungen dienen wenigen, aber mächtigen Interessengruppen, deren Agenda zur Zerstörung der Volkswirtschaften führt, in denen sie tätig sind. Die Auslagerung der Arbeitsplätze der Mittelklasse verschiebt Einkommen und Wohlstand von der Mittelklasse hin zu den Vorständen und zu den Eigentümern der Unternehmen, aber sie vernichtet dabei auch den heimischen Markt für die ausgelagerten Güter und Dienstleistungen. Wie ein Parasit tötet sie den Wirt, schreibt Michael Hudson. Die Transformation der Wirtschaft hin zu einem reinen Finanzinstrument [„financialization"] tötet aber ebenso auch die Eigentümer von Unternehmen: Wenn Unternehmensvorstände Geld von Banken leihen, um die Aktienpreise und ihre Leistungsboni in die Höhe zu treiben, indem sie den Aktienbestand der Unternehmen in öffentlichem Besitz zurückkaufen, dann werden zukünftige Gewinne umgewandelt in Zinszahlungen an Banken – das zukünftige Einkommen der Unternehmen ist „finanzialisiert". Wenn das zukünftige Einkommen ausbleibt, können die Unternehmen übernommen werden (wie einst bei den Hausbesitzern) und die Banken werden die neuen Eigentümer der Unternehmen.

Zwischen der Auslagerung von Arbeitsplätzen und der Umwandlung von immer mehr Einkommensströmen in Zahlungen an Banken bleibt immer weniger übrig, was für Güter und Dienstleistungen ausgegeben werden kann. Das Wirtschaftswachstum bleibt demzufolge aus, stattdessen setzt ein lang anhaltender Niedergang ein. Schon heute können viele Amerikaner nur noch das Minimum-Payment ihres Kreditkartenrahmens bezahlen. Das führt zu einem massiven Ansteigen eines Saldos, der niemals zurückbezahlt werden kann. Es sind genau diejenigen Menschen, die am wenigsten in der Lage sind, ihre Schulden zu bezahlen, die von den drakonischsten Forderungen betroffen sind. Derzeit verlangen die Kreditkartenfirmen im Falle eines Zahlungsverzuges oder einer Nichtbegleichung durch die Bank einen Strafzins von 29,49 Prozent.

In Europa werden ganze Länder übernommen. Griechenland und Portugal wurden gezwungen, ihre nationalen Güter und die Sozialversicherungssysteme zu liquidieren. Mittlerweile sind so viele Frauen aufgrund der Armut in die Prostitution gezwungen worden, dass der Stundenpreis einer Prostituierten auf 4,12 Dollar gedrückt wurde.

In der gesamten westlichen Welt ist das Finanzsystem zum Ausbeuter der Menschen und zu einem Effizienzkiller der Wirtschaften geworden. Es gibt nur zwei mögliche Lösungen: Die eine besteht darin, die großen Banken in kleinere und lokale Einheiten zu zerschlagen, wie sie vor der durch die Deregulierungen geförderten Konzentration existiert haben. Die andere Lösung besteht darin, dass man sie verstaatlicht und ausschließlich im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt der Bevölkerung betreibt.

Die Banken sind zu mächtig, als dass es zu einer der beiden Lösungen kommen wird. Gier, Betrug und die Selbstbedienungsstruktur der westlichen Finanzsysteme und der sie unterstützenden Regierungen könnten aber zu einem derartigen Zusammenbruch des wirtschaftlichen Lebens führen, dass die Vorstellung eines privaten Finanzsystems zukünftig genauso verabscheuungswürdig werden wird, wie es heute der Nazismus ist.

Quellen:

Fed-Bericht in englischer Sprache:
<http://www.federalreserve.gov/econresdata/2013-report-economic-well-being-us-households-201407.pdf>

Autor:

P. Craig Roberts

US-amerikanischer Ökonom und Publizist u. ehemaliger Vize-Finanzminister unter Reagan sowie früherer Mitherausgeber und Kolumnist des Wall Street Journal. Er wurde bei 30 Anlässen über Themen der Wirtschaftspolitik im Kongress um seine Expertise gebeten.

www.paulcraigroberts.org

Dieser Text wurde zuerst auf antikrieg.com unter der URL ‹http://antikrieg.com/aktuell/2016_03_08_dasfinanzsystem.htm› veröffentlicht.
(Lizenz: Paul Craig Roberts)

‹http://www.free21.org/?p=21720›

Free21

Das Abo 2016:

Erscheinung alle 2 Monate.

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

Die „Panama Papers“: Über das Warum

Die Kampagne der „Panama Papers“ wird die finanziellen Unterschlagungen nicht einschränken und die Gestaltungspielräume nicht erweitern, sondern ganz im Gegenteil. Das System wird sich etwas mehr rund um Großbritannien, die Niederlande, die USA und Israel zusammenziehen, in der Art, dass nur diese die Kontrolle haben. **von Thierry Meyssan**

Unter Verletzung der Gleichheit vor dem Gesetz und ihrer Berufsethik, haben die Mitglieder des internationalen Konsortiums investigativer Journalisten sich zum Handlanger der Feinde der Freiheit und der Verteidiger des Großkapitals gemacht, und die Tatsache, dass sie im Vorbeigehen den ein oder anderen Ganoven aufgepickt haben sollen, ändert daran rein gar nichts. Erläuterungen.

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hat Präsident Obama die Historikerin Christina Romer zur Vorsitzenden seines Komitees von Wirtschaftsberatern ernannt. Diese Professorin an der University of Berkley ist eine Spezialistin der Krise von 1929. Nach ihrer Ansicht hat weder der „New Deal“ von Roosevelt, noch der Zweite Weltkrieg es ermöglicht die Krise zu überwinden, sondern nur der Zufluss europäischen Kapitals ab 1936, auf der Flucht vor „dem Ansteigen der Gefahren“.

Genau auf dieser Grundlage hat Barack Obama seine Wirtschaftspolitik geführt. In erster Linie hat er dafür gesorgt, dass sämtliche Steuerparadiese die Washington oder London nicht kontrollieren, geschlossen wurden. Dann hat er die Destabilisierung Griechenlands und Zyperns organisiert, der Art, dass die europäischen Kapitalien sich in die angelsächsischen Steuerparadiese flüchteten.

Alles hat angefangen im Dezember 2008 in Griechenland, mit Demonstrationen in Folge der Ermordung eines Heranwachsenden durch einen Polizisten. Die CIA hat mit Autobussen aus dem Kosovo Schläger herangeschafft, um eine Demonstration durcheinander zu bringen und einen Anfang von Chaos zu installieren [1]. Das Finanzministerium konnte anschließend verifizieren, daß griechisches Kapital das Land verließ. Da das Experiment überzeugend verlaufen war, beschloss das Weiße Haus diesen fragilen Staat in eine Finanz- und Wirtschafskrise zu stürzen, die sogar die Existenz der Euro-Zone in Frage stellen sollte. Jedes mal, wenn man Fragen über eine eventuellen Ausschluss Griechenlands aus dem Euro oder über eine Auflösung der Eurozone stellte, stürzten sich, wie vorgesehen, die europäischen Kapitalien in die verfügbaren, vorwiegend britischen, US oder niederländischen Steuerparadiese. 2012 wurde gegen das zypriotische Steuerparadies eine andere Operation geführt. Alle Bankkonten über 100.000 Euro wurden konfisziert. Das war das erste und einzige Mal in einer kapitalistischen Wirtschaft, dass man eine derartige Enteignung beobachten konnte [2].

Doping im Fußball – Jetzt auch die Premier League unter Verdacht • Sport

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Das Streiflicht

Die heimlichen Millionengeschäfte des Putin-Zirkels

Die Romer Doktrin: Die nicht-angelsächsischen Steuerparadiese zur Aufgabe zwingen und die EU destabilisieren, bis die Kapitalien zurückfließen in die Steuerparadiese von GB, NL, USA und Israel.

Im Lauf der letzten acht Jahre konnten wir bei zahlreichen G8 und G20 Gipfel zusehen, die aller Art internationale Regeln aufgestellt haben, angeblich um der Steuerflucht zuvor zu kommen [3]. Hingegen, waren diese Regeln erst einmal von allen angenommen worden, haben sich die USA, - und in einem geringeren Maß Israel, die Niederlande und Großbritannien - davon wieder entbunden.

Die Steuerparadiese

Jedes Steuerparadies hat ein spezielles juristisches, aber generelles Statut.

Aktuell sind die Haupt-Steuerparadiese „Der unabhängige Staat der City von London“ (Mitglied von GB und Nordirland), der Staat Delaware (Mitglied der USA), und Israel, aber es gibt noch viele weitere Steuerparadiese, vor allem britische, angefangen von den Kanalinseln Jersey und Guernsey (Mitglied des Herzogtums der Normandie und unter diese Titel unter der Autorität der Königin von England, aber weder Mitglied von GB noch der EU), Gibraltar (ein spanisches Territorium, welches das Königreich illegal besetzt hält und dessen Steuerhoheit britisch ist), bis zu Anguilla, die Bermudas, die Caiman Inseln, die Türkischen Inseln, die Jungferninseln oder Montserrat. Es gibt auch einige die zu den Niederlanden gehören, wie Aruba, Curacao oder Sint Maarten.

Ein Steuerparadies ist eine „Zollfreigebiet/Freihandelszone“ [4] welches sich über ein ganzes Land erstreckt. Während, in der kollektiven Vorstellung, ein Zollfreigebiet für die Wirtschaft unverzichtbar ist, so ist ein „Steuerparadies“ eine Kalamität, indessen sind beide genau dasselbe. Sicher, manche Unternehmen missbrauchen Zollfreigebiete um keine Steuern zu zahlen und andere missbrauchen Steuerparadiese, aber das ist kein Grund, diese, für den internationalen Handel unverzichtbaren Werkzeuge, in Frage zu stellen.

In ihrem Krieg gegen NICHT! angelsächsische Steuerparadiese haben die USA ihre Schläge vor allem gegen die Schweiz gerichtet [5]. Dieses Land hatte ein striktes Bankgeheimnis entwickelt, welches kleinen Marktteilnehmern erlaubte Transaktionen ohne das Wissen Großen durchzuführen. Indem sie die Schweiz dazu zwangen ihr Bankgeheimnis aufzugeben, haben die USA ihre Massen-Überwachung wirtschaftlicher Transaktionen ausgeweitet. Auf diese Weise können sie bequem die Konkurrenz manipulieren und die Tätigkeit kleiner Marktteilnehmer sabotieren.

Während einer Dekade von Jahren, hat Forbes Fidel Castro als den reichsten Staatschef eingestuft. Auch wenn heute einge-

Publiziert auf Free21 am 19.04.2016, 11:30 Uhr, von Thierry Meyssan auf voltairenet.org, Lizenz: (CC BY-NC-ND)

Während einer Dekade von Jahren, hat Forbes Fidel Castro als den reichsten Staatschef eingestuft. Auch wenn heute eingestanden wird, dass es reine Propaganda war, so hat sich Forbes nie dafür entschuldigt

standen wird, dass es reine Propaganda war, so hat sich Forbes nie dafür entschuldigt

Die „Panama Papers“

Genau in diesem Kontext hat Washington der Süddeutschen Zeitung 11.500.000 digitalisierte Dokumente geliefert, geraubt beim viertgrößten Anwaltsbüro der Welt, welches damit beauftragt wird, Off-Shore Firmen zu gründen. [6] Da diese Ausspähung ein Verbrechen war, sind die vorgeblichen „Whistleblower“, welche sie durchgeführt haben, anonym geblieben. Mit Sicherheit hat Washington zunächst sorgfältig die Dokumente sortiert und in erster Linie alle die aussortiert die US-Bürger oder US-Unternehmen betreffen, wie dann wahrscheinlich auch alle diejenigen welche ihre guten Verbündeten betreffen. Die Tatsache, daß einige vorgebliche Verbündete, die ein gespanntes Verhältnis zu Obama's Verwaltung haben - wie Präsident Petro Porochenko - in diesen Dokumenten auftauchen, bestätigt uns, dass sie gerade von ihrem mächtigen Beschützer fallen gelassen wurden.

Da nun Panama ein spanischsprachiger Staat ist und die Süddeutsche Zeitung in Deutschland herausgegeben wird, wurden die gestohlenen Dokumente von ihren Spionen englisch umbenannt in: „Panama Papers“

Nebenbei versuchen die Urheber dieser Albernheit uns davon zu überzeugen, daß alle Menschen, die sich gegen Washington auflehnen Diebe seien. Erinnern wir uns zum Beispiel der Kampagnen, die gegen Fidel Castro geführt wurden, angeklagt ein Drogenhändler zu sein und von Forbes unter die größten Vermögen der Welt eingeordnet [7]. Um die schwierigen Lebensbedingungen der Familie Castro in Kuba festgestellt zu haben, frage ich mich, wie man einen solchen Schwindel aufziehen konnte. Die neuen geheimen Magnaten wären also Wladimir Putin, Bachar al-Assad und Mahmud Achmadinejad - dessen Einfachheit wirklich legendär ist - .

Diese Propaganda gegen politische Gegner ist nur die herausragende Spitze des Eisbergs, das Wichtige ist die Zukunft des internationalen Finanz-Systems.

Verletzung der journalistischen Ethik

Die Süddeutsche Zeitung ist Mitglied des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ), eine Vereinigung nicht nur, wie man anhand des Titels glauben könnte, spezialisiert auf den investigativen Journalismus, sondern auf die Aufdeckung von Finanzverbrechen.

In Gesellschaften republikanischer Ordnung, muss gleiches Recht für alle gelten. Aber die ICIJ, die seit ihrer Gründung bereits mehr als 15 Millionen Dateien veröffentlicht hat, hat sich noch nie gegen die Interessen der USA gerichtet. Sie kann somit mit Sicherheit nicht vorgeben aus Sorge um Gerechtigkeit zu handeln.

Außerdem ergeben sich aus den republikanischen Prinzipien unserer Gesellschaft für Journalisten Verpflichtungen. Diese wurden in der Charta von München formuliert und 1971 von allen Berufsverbänden des gemeinsamen Marktes angenommen, dann durch die Internationale Föderation der Journalisten auf den Rest der Welt ausgedehnt.

Ich verstehe vollkommen, dass dieser Text [Charta von München] manchmal schwer zu ertragende Beschränkungen fordert. Und ich habe vor einigen Jahren auch noch zu denjenigen gehört, die es für nützlich hielten von Zeit zu Zeit diese Grenzen verletzen zu können. Aber die Erfahrung zeigt, dass eine Verletzung stets den Weg frei macht zu weiteren Verletzungen, die sich gegen die Bürger wenden.

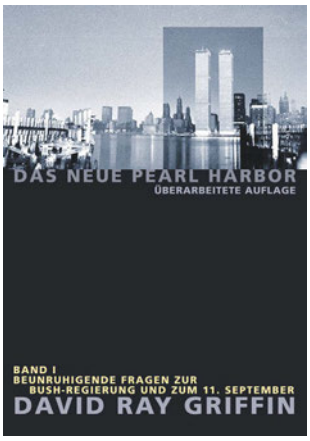
Die Journalisten des International Consortium of Investigative Journalists haben sich keinerlei ethische Fragen gestellt. Sie haben es akzeptiert an gestohlenen und vorsortierten Daten zu arbeiten ohne die geringste Möglichkeit ihre Authenzität zu verifizieren.

Die Charta von München gibt vor, dass Journalisten nur Informationen veröffentlichen, deren Ursprung bekannt ist, dass sie keine wichtigen Informationen unterschlagen und die Texte und Dokumente nicht manipulieren; schließlich, dass sie keine unlauteren Methoden einsetzen um Informationen, Fotografien und Dokumente zu erhalten.

Drei Forderungen, welche sie in vollkommener Kenntnis der Sachlage verletzt haben, was sie aus allen professionellen Instanzen ausschließen und die Amtsenthebung der Direktoren von BBC, France-Televisions, ARD, ZDF, NRK, usw. und warum nicht auch von Radio Free Europe/Radio Liberty (der Sender der CIA die selbst auch Mitglied des Journalisten-Konsortiums ist) nach sich ziehen müsste.

Denkstoff

Buch-Tipps des free21-Teams



Der bedeutende Theologe David Ray Griffin befolgt die Grundidee, dass gegen diejenigen ermittelt werden sollte, die von einem Verbrechen profitieren, und geht gewissenhaft die Beweise zu den Anschlägen des 11. September – aus Artikeln der Mainstream-Presse, Berichten aus dem Ausland, den Werken anderer Forscher und aus den sich widersprechenden Aussagen von Angehörigen der Bush-Regierung – durch und stellt fest, dass diese zusammengenommen die offizielle Version dieses tragischen Tages ernsthaft in Frage stellen.

Kommentar Tommy:
„Das Buch ist mir sehr wichtig, da mir dieses Thema ja bekanntlich persönlich sehr am Herzen liegt. Prof. Griffin war einer der ersten und gründlichsten Wissenschaftler, die sich so fundiert mit der Jahrhundertlüge von 9/11 befasst haben.“

Das neue Pearl Harbor - Band 1: Beunruhigende Fragen zur Bush-Regierung und zum 11. September

von David Ray Griffin

Taschenbuch: 330 Seiten
Verlag: Peacepress (**5. April** 2016)
Sprache: Deutsch
ISBN-10: 3862420051
ISBN-13: 978-3862420056
Größe: 14,8 **x 2** x 21 cm
Preis: 19,80 EUR

Und das ist nicht die erste Aufdeckung des International Consortium of Investigative Journalists. Es hat bereits 2013 2,5 Millionen Dateien, gestohlen bei 120.000 Off-Shore Firmen, veröffentlicht. Dann wieder hat es 2014 die Verträge, die zwischen Luxemburg und den Multis zur Nutzung von Steuerprivilegien geschlossen worden waren, aufgedeckt. Und es hat 2015 die Konten der britischen HSBC Bank in der Schweiz aufgedeckt.

Das International Consortium of Investigative Journalists, man zweifelt kaum, wird von zahlreichen Organisationen, die mit dem CIA verbunden sind, finanziert, wie die Ford Foundation und die Stiftungen von George Soros. Dieser Letztere ist der interessanteste: Für die Mitglieder der ICIJ kommt das Geld des Herrn Soros nicht von der CIA, sondern von seinen Finanzspekulationen zum Nachteil der Völker, was es akzeptabler machen sollte.

Fundamentaler Grundsatz republikanischer Gesellschaftsordnungen: Um rechtmäßig zu sein, muss das Recht für alle gleich angewandt werden (Artikel 6 der Deklaration der Rechte des Menschen und des Bürgers 1789). Aber, seit ihrer Gründung verzichtet die ICIJ darauf, die Verbrechen der USA zu enthüllen. Indem sie dieses macht, vergrößert sie die Ungerechtigkeit.

Kein Widerstand ohne nichtangelsächsische Steuerparadiese

Dass die Hisbollah Firmen und geheime Konten in Panama besitzt,

Fundamentaler Grundsatz republikanischer Gesellschaftsordnungen: Um rechtmäßig zu sein, muss das Recht für alle gleich angewandt werden (Artikel 6 der Deklaration der Rechte des Menschen und des Bürgers 1789). Aber, seit ihrer Gründung verzichtet die ICIJ darauf, die Verbrechen der USA zu enthüllen. Indem sie dieses macht vergrößert sie die Ungerechtigkeit.

ist im übrigen nicht überraschend. Ich habe in einem der letzten Artikel die Anstrengungen des libanesischen Widerstandes dargestellt, sich selbst zu finanzieren ohne von iranischen Subventionen abhängig sein zu müssen. Die komplexe finanzielle Konstruktion, der sie sich ausgesetzt hat wird vollkommen neu aufgesetzt werden müssen, sonst wird der Libanon wieder die Beute seiner israelischen Nachbarn.

Dass Präsident Ahmadinejad Off-Shore Firmen gegründet haben soll, um das Embargo zu umgehen, dessen Opfer sein Land war, um Öl zu verkaufen, ist nicht nur kein Verbrechen sondern, das dient ihm vollkommen zur Ehre.

Dass die Familie Makhluf, die Cousins von Präsident el-Assad, eine Finanz-Konstruktion benutzt hat um das illegale Embargo der Westmächte zum umgehen und den Syrern zu erlauben, sich während FÜNF Jahren Angriffs-Krieg zu ernähren, ist ebenfalls völlig legitim.

Was wird übrig bleiben von dieser breiten Entrümpelung? Zunächst ist die Reputation Panamas zerstört und wird lange Jahre brauchen um sich wieder zu erholen. Dann werden kleine Gauner, die das System missbraucht haben, vor Gericht verfolgt werden, während zahllose ehrenwerte Geschäftsleute sich werden lange vor den Gerichten verteidigen müssen. Aber, entgegen allem Anschein, diejenigen, welche diese Kampagne vom Zaun gebrochen haben, werden darüber wachen, dass sich nichts ändert. Das System wird also weiter bestehen, aber immer mehr allein zum Vorteil von GB, der Niederlande, der USA und Israel. Im Glauben ihre Freiheiten zu verteidigen, werden diejenigen, die an dieser Kampagne teilgenommen haben, sie realiter reduziert haben.

Quellen:

[1] Vielen Dank den Lesern, die das Interview, welches ich einem griechischen Medium zu diesem Thema 2009 gegeben habe, wiederfinden. Ich hatte keinen Artikel geschrieben, nur gerade einen Absatz zu diesem Vorfall in « La „révolution colorée“ échoue en Iran », von Thierry Meyssan, Réseau Voltaire, 24 Juni 2009.

[2] „Die zypriotische Schachfigur“, von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Al-Watan (Syrien) , Voltaire Netzwerk, 25. März 2013.

[3] « Le G 20 : une hiérarchisation des marchés financiers », par Jean-Claude Paye, Réseau Voltaire, 9 avril 2009.

[4] Anm.d.Übers.: Man denke hier u.a. an die sog. „Freihäfen“ die es in allen großen, internationalen Seehäfen gibt, wie z.B. auch in Hamburg und welche dazu dienen Waren und Güter unter legaler Vermeidung von Zollformalitäten und Aussetzung von Steuern, weiter zu handeln. Weiterhin dient es zu weiteren legalen Steuer-Transformationen, die schließlich für den Finanzbedarf eines Unternehmens von Bedeutung sind“

[5] « Lutte contre la fraude fiscale ou main mise sur le système financier international ? », « UBS et l'hégémonie du dollar », par Jean-Claude Paye, Réseau Voltaire, 3 mars et 21 octobre 2009.

[6] Anm.d.Übers.: Kundigen Lesern ist bekannt, dass Stefan Kornelius, der Chef des Außenressorts der SZ tief in die Strukturen der Atlantikbrücke, ein US-Netzwerk, involviert ist, was in diesem Zusammenhang sicherlich ein weiterer schlüssiger Zufall ist.

[7] « Forbes invente la fortune de Fidel Castro », par Salim Lamrani, Réseau Voltaire, 24 mai 2006.

Autor:

Thierry Meyssan

Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des Réseau Voltaire und der Konferenz Axis for Peace. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse.

www.voltairenet.org

Dieser Text wurde zuerst am 7. April 2016 auf voltairenet.org unter der URL ‹http://www.voltairenet.org/article191147.html› veröffentlicht. Lizenz: (CC BY-NC-ND)

‹http://www.free21.org/?p=21945›

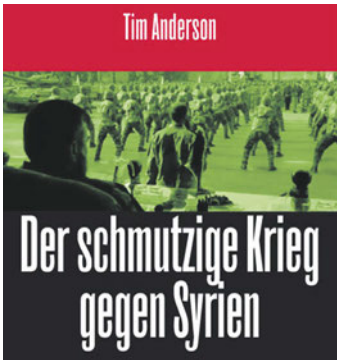
GEMEINSAM MEHR ERREICHEN!

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen, **Verwendungszweck:** FREE21 GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS, **IBAN:** DE54430609671168579701, oder auf das **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Der schmutzige Krieg gegen Syrien



Auszug aus dem Buch von Tim Anderson: Der schmutzige Krieg gegen Syrien – Washington, Regime Change und Widerstand. In der deutschen Übersetzung von Jochen Mitschka und Hermann Ploppa. Marburg 2016.

von Tim Anderson

Obwohl jeder Krieg ausgiebig von Lügen und Täuschung Gebrauch macht, basiert der schmutzige Krieg gegen Syrien auf einem Maß an Desinformation, das seit Menschengedenken noch nicht gesehen wurde. Der britisch-australische Journalist Philip Knightley hat deutlich gemacht, dass Kriegspropaganda normalerweise ein ‚deprimierend vorhersagbares Muster' der Dämonisierung des feindlichen Führers beinhaltet; dann folgt die Dämonisierung des feindlichen Volks durch Gräuelgeschichten, ob sie nun wahr oder erfunden sind. (Knightley 2001). Und so wurde aus einem freundlichen Augenarzt mit dem Namen Bashar al-Assad der neue Teufel dieser Welt, und, den übereinstimmenden Berichten westlicher Medien zufolge, tat die syrische Armee nichts anderes, als vier Jahre lang Zivilisten zu töten.(1) Bis heute stellen sich viele Menschen den Syrienkonflikt als ‚Bürgerkrieg' vor, als einen ‚Volksaufstand', oder als Variante eines internen Glaubenskrieges. Diese Mythen sind, in vielerlei Hinsicht, im Wesentlichen die Leistung der Großmächte, die in den vergangenen 15 Jahren eine Reihe von ‚Regime Change'-Operationen im Mittleren Osten durchgeführt haben, ausnahmslos unter falschen Vorwänden.

Dieses Buch ist eine sorgfältige wissenschaftliche Arbeit, aber auch ein Plädoyer für das Recht des syrischen Volkes, seine Gesellschaftsform und das politische System selbst zu bestimmen. Diese Position befindet sich in Einklang mit internationalen Gesetzen und den Prinzipien der Menschenrechte, könnte jedoch westliche Empfindlichkeiten stören, sind wir doch an ein vermeintliches Vorrecht gewöhnt, intervenieren zu dürfen. Manchmal muss ich unverblümt werden, um diese Doppelzüngigkeit bloßzustellen. In Syrien haben die Großmächte versucht, ihre Beteiligung zu verbergen, indem sie Stellvertreterarmeen schickten, während sie gleichzeitig die syrische Regierung und ihre Armee dämonisierten, indem sie ihnen fortwährende Gräueltaten vorwarfen. Um dann behaupten zu können, dass sie das syrische Volk vor ihrer eigenen Regierung retten würden. Es opponierten wesentlich weniger Menschen im Westen gegen den Krieg in Syrien als gegen die Invasion des Irak, denn sie waren über seine wahre Natur getäuscht worden.

(Foto: Pixabay, Gemeinfrei)

Im Jahr 2011 hatte ich nur ein bescheidenes Verständnis von Syrien und seiner Geschichte. Jedoch war ich zutiefst misstrauisch, als ich Nachrichten über die Gewalt las, die in der südlichen Grenzstadt Daraa explodierte.

> Viele Menschen bemerkten gar nicht, dass dieselben Kräfte, die die Waffen lieferten – nämlich Katar und Saudi-Arabien – gleichzeitig gefälschte Nachrichten-Stories in ihren jeweiligen eigenen Medienkanälen Al Jazeera und Al Arabiya lancierten.

Ich wusste, dass solche Gewalt (Heckenschützen, die auf Polizei und Zivilisten schossen, die Benutzung von halbautomatischen Waffen) nicht spontan aus Straßendemonstrationen heraus entsteht. Und ich war zutiefst misstrauisch gegenüber den Großmächten. Mein ganzes Leben lang wurden mir Lügen als Vorwände für Kriege erzählt. So entschloss ich mich, den syrischen Konflikt zu untersuchen. Ich las Hunderte von Büchern und Artikeln, schaute mir viele Videos an, und sprach mit so vielen Syrern wie es mir möglich war. Ich schrieb unzählige Artikel und besuchte zweimal Syrien während des Konfliktes. Dieses Buch ist das Ergebnis meiner Untersuchung.

Schmutzige Kriege sind nicht neu. Der kubanische Nationalheld José Martí sagte einem Freund voraus, dass Washington versuchen würde, in Kubas Kampf um Unabhängigkeit von den Spaniern einzugreifen. „Sie wollen einen Krieg provozieren", schrieb er 1889 „um einen Vorwand zur Intervention zu bekommen, und, mit der Autorität eines Vermittlers und Garanten, das Land in Besitz nehmen…. Es gibt nichts Erbärmlicheres in den Annalen der freien Völker, und auch kein kaltblütigeres Übel" (Marti 1975: 53). Neun Jahre später, während des dritten Unabhängigkeitskrieges, zerstörte eine Explosion im Hafen von Havanna das Schlachtschiff USS Maine, tötete dabei 258 Marinesoldaten, und diente als Vorwand für eine Invasion der USA. Der darauffolgende ‚Spanisch-Amerikanische' Krieg entriss den Kubanern den Sieg und erlaubte den USA, die Kontrolle über die verbliebenen spanischen Kolonialterritorien zu übernehmen. Kubanisches Land wurde annektiert, und eine zutiefst kompromittierte Verfassung aufgezwungen. Es gab niemals einen Beweis dafür, dass die Spanier für die Sprengung der USS Maine verantwortlich gewesen sein könnten, und viele Kubaner glauben, dass die Nordamerikaner ihr eigenes Schiff gesprengt hätten. Das Denkmal in Havanna, das an diese Marinesoldaten er-

innert, trägt immer noch die Inschrift: „Den Opfern der Maine, die imperialer Unersättlichkeit geopfert wurden im Bestreben, sich der Insel Kuba zu bemächtigen“ (Richter 1998).

Die USA hatten Dutzende von Interventionen im folgenden Jahrhundert in Lateinamerika gestartet. Ein besonders schmutziger Krieg wurde durch jene vom CIA unterstützten ‚Freiheitskämpfer‘, in Wirklichkeit Söldner, die in Honduras ihre Basis hatten, gegen die Regierung der Sandinisten und gegen das Volk von Nicaragua in den 1980er Jahren geführt. Dieser Konflikt unterschied sich in seiner Vorgehensweise wenig vom Krieg in Syrien.

In Nicaragua wurden mehr als 30.000 Menschen getötet. Der Internationale Gerichtshof (IGH) befand die USA schuldig, terroristische Angriffe gegen den kleinen zentralamerikanischen Staat geführt zu haben, und urteilten, dass die USA Nicaragua Entschädigung zu zahlen hätten (ICJ 1986). Washington ignorierte das Urteil.

Mit dem ‚Arabischen Frühling‘ von 2011 nutzten die Großmächte die aufgeheizte politische Situation, um die Initiative zu übernehmen, und einen ‚Islamistischen Winter‘ zu erzwingen, indem sie die wenigen verbliebenen unabhängigen Staaten der Region angriffen. Sehr bald sahen wir die Zerstörung Libyens, jenes kleinen Landes mit dem höchsten Lebensstandard in Afrika. NATO-Bomben sowie ein Feldzug von Spezialkräften halfen Al-Kaida-Gruppen im Bodengefecht. Grundlage für die Intervention der NATO waren Lügen über aktuelle und bevorstehende Massaker, die angeblich ausgeführt oder geplant wurden durch die Regierung von Präsident Muammar al-Gaddafi. Diese Behauptungen führten schnell zu einer UN-Sicherheitsrats-Resolution, mit der zum Schutz von Zivilisten eine ‚Flugverbotszone‘ verhängt wurde. Wir wissen jetzt, wie Vertrauen hintergangen wurde, und dass die NATO-Mächte das begrenzte UN-Mandat missbrauchten, um die libysche Regierung zu stürzen (Mc Kinney 2012).

Anschließend fand sich kein Beweis, dass Gaddafi jemals Massaker geplant, ausgeführt oder angedroht hätte, so wie es einer breiten Öffentlichkeit dargestellt wurde (Forte 2012). Geneviève Garrigos von Amnesty International Frankreich gab zu, dass es ‚keine Beweise‘ für die zuvor verbreiteten Behauptungen ihrer Organisation gab, Gaddafi habe ‚schwarze Söldner‘ eingesetzt, um Massaker auszuführen (Forte 2012; Edwards 2013). Alan Kuperman, der sich hauptsächlich auf nordamerikanische Quellen bezieht, führt die folgenden Punkte auf:

Erstens war die Zerschlagung der meist islamistischen Aufstände im östlichen Libyen durch Gaddafi ‚weit weniger tödlich‘ als behauptet. Tatsächlich gab es Beweise dafür, dass er ‚sich zurückgehalten hat, wahllos Gewalt‘ anzuwenden. Die Islamisten selber waren von Anfang an bewaffnet. Spätere US-amerikanische Schätzungen gehen davon aus, dass von den nahezu eintausend Opfern der ersten sieben Wochen drei Prozent Frauen und Kinder waren (Kuperman 2015).

Zweitens, als die Regierungskräfte kurz davorstanden, den Osten des Landes zurückzuerobern, intervenierte die NATO, wobei sie behauptete, dass sie ein bevorstehendes Massaker abwenden müsse. Zehntausende von Menschen starben nach der Intervention der NATO, verglichen mit jenen eintausend zuvor. Gaddafi hatte keine Vergeltung in Bengasi geschworen, und ‚kein Beweis oder Motiv‘ wurde gefunden für die Behauptung, er habe Massenmorde geplant (Kuperman 2015).

Der Schaden war perfekt. Die NATO übergab das Land zerstrittenen Gruppen von Islamisten und westlich orientierten ‚Liberalen‘. Eine relativ unabhängige Regierung wurde gestürzt, aber Libyen zerstört. Seit vier Jahren gibt es keine funktionierende Regierung, und die Gewalt hält an, während dieser Angriffskrieg gegen Libyen ungestraft blieb.(2)

Zwei Tage bevor die NATO Libyen bombardierte, brach ein weiterer bewaffneter islamistischer Aufstand aus in Daraa, Syriens

Muammar al-Gaddafi – „kein Beweis oder Motiv für die Behauptung, er habe Massenmorde geplant“ (Foto: United States Navy, Public Domain)

südlichster Stadt. Da jedoch dieser Aufstand mit Demonstrationen einer politischen Reformbewegung in Zusammenhang gebracht wurde, blieb seine wahre Natur verschleiert. Viele Menschen bemerkten gar nicht, dass dieselben Kräfte, die die Waffen lieferten – nämlich Katar und Saudi-Arabien – gleichzeitig gefälschte Nachrichten-Stories in ihren jeweiligen eigenen Medienkanälen Al Jazeera und Al Arabiya lancierten. Es gab auch noch weitere Gründe für die dauerhaften Mythen dieses Krieges. Viele westliche Beobachter, Liberale und Linke ebenso wie eher Konservative, schienen sich in ihrer eigenen Rolle als Retter eines fremden Volkes wohlzufühlen. Sie äußerten klare Meinungen über ein Land, von dem sie nur sehr wenig verstanden, stiegen dennoch ein in einen, wie es schien, ‚gerechten Kampf‘ gegen diesen neuen ‚Diktator‘. Ausgestattet mit einem Sendungsbewusstsein und einem stolzen Selbstbild vergaß das westliche Publikum nur allzu gerne die Lügen früherer Kriege und ihres eigenen kolonialen Erbes.

Ich würde sogar so weit gehen zu behaupten, dass sich die westliche Kultur im Allgemeinen im schmutzigen Krieg gegen Syrien ihrer besseren Traditionen entledigt hat: nämlich der Vernunft, der Aufrechterhaltung des ethischen Prinzips, und der Suche nach unabhängigen Beweisen in Zeiten von Konflikten. Stattdessen griffen sie auf ihre schlimmsten Traditionen zurück: nämlich auf das ‚imperiale Vorrecht‘ auf Intervention, unterstützt durch ein tief sitzendes rassistisches Vorurteil, sowie durch eine armselige Berücksichtigung der Geschichte ihrer eigenen Kulturen.

Diese Mängel wurden verstärkt durch eine erbitterte Kampagne der Kriegspropaganda. Nachdem die Dämonisierung des syrischen Führers Bashar al-Assad begonnen hatte, wurde eine wahre Informationsblockade aufgebaut gegen alles, was die offizielle Erzählung vom Kriegsverlauf hätte untergraben können, nur sehr wenige differenzierte Ansichten über Syrien erschienen nach 2011, denn kritische Stimmen waren de facto geächtet

Unter diesem Eindruck begann ich mein Buch zu schreiben. Es ist eine Verteidigung Syriens, nicht in erster Linie an jene Kreise gerichtet, die völlig eingetaucht sind in die westlichen Mythen, sondern an jene, die sich mit diesen Mythen auseinandersetzen. Deshalb ist dies ein Quellenbuch und ein Beitrag zur Geschichte des Syrienkonflikts. Die westlichen Geschichten haben sich ins Maßlose gesteigert, und ich glaube, dass es verschwendete Zeit ist, sie nachsichtig zu behandeln. Ich denke das Beste ist, wir sprechen von den aktuellen Ereignissen, wie sie wirklich sind, und kümmern uns um die Verschleierungsmanöver später. Ich ignoriere die westlichen Mythen keineswegs – tatsächlich enthält dieses Buch ja eine ganze Reihe von ihnen. Aber der Leitgedanke ist die Wirklichkeit des Krieges.

Westliche Mythologie gründet auf der Idee des imperialen Vorrechtes. Sie fragt: was müssen ‚wir‘ tun, wenn es um die Probleme eines anderen Volkes geht. Das ist ein Ansatz, der weder auf internationalem Gesetz noch auf den Grundsätzen der Menschenrechte basiert. Die nächsten Schritte beinhalten eine Reihe von Fälschungen über die scheinbaren Gründe, den Charakter sowie die Ereignisse des Krieges. Die erste Behauptung zu Syrien lautete, dass die NATO-Staaten und die Golf-Monarchien eine säkulare und demokratische Revolution unterstützen würden. Als dies unglaubwürdig erschien, wurde die zweite Geschichte erfunden, nämlich dass sie die unterdrückte

Publiziert auf Free21 am 27.07.2016, 08:49 Uhr, von Tim Anderson auf kenfm.de, Lizenz: KenFM

Mehrheit der ‚sunnitischen Muslime' vor dem sektiererischen ‚Alawitischen-Regime' retten müssten. Als dann die sektiererischen Verbrechen der regierungsgegnerischen Kräfte einer größeren Öffentlichkeit bekannt wurden, griff man als Vorwand zu der Behauptung, es handele sich hier um einen ‚Schattenkrieg': ‚Moderate Rebellen' würden angeblich gegen die extremistischen Gruppen kämpfen. Deshalb sei eine westliche Intervention erforderlich, um diese ‚moderaten Rebellen' aufzubauen gegen die ‚neue' extremistischen Gruppe, die auf so mysteriöse Weise entstanden war, und die eine Bedrohung für die Welt darstellten.

Das war die ‚B'-Geschichte. Zweifellos wird Hollywood noch viele Jahre Filme produzieren, die auf diesem Drehbuch aufbauen. Aber dieses Buch hält sich an die ‚A'-Geschichte. Stellvertreterarmeen von Islamisten, bewaffnet durch regionale Verbündete der USA (hauptsächlich Saudi-Arabien, Katar und die Türkei), infiltrieren eine politische Reformbewegung und schießen auf Polizisten und Zivilisten. Sie machen die Regierung dafür verantwortlich und fachen einen Aufstand an; sie versuchen, die syrische Regierung zu stürzen, und damit auch deren säkular-pluralistischen Staat. Dies folgt der offen erklärten Absicht der USA, einen ‚Neuen Mittleren Osten' zu erschaffen, in dem jedes Land der Region durch Reform, einseitige Entwaffnung oder direkten Staatsstreich unterworfen wird. Syrien war als nächstes Land an der Reihe, nach Afghanistan, dem Irak und Libyen. In Syrien würden die Stellvertreterarmeen von den vereinigten Kräften der Moslembruderschaft sowie von Saudi-Arabiens wahhabitischen Fanatikern gestellt. Trotz zeitweiliger Machtkämpfe zwischen diesen Gruppen und ihren Sponsoren teilen sie doch alle die gleiche salafistische Ideologie; sie stehen in Opposition zu säkularen oder nationalistischen Regimen und beabsichtigen die Errichtung eines religiösen Staates.

Die Islamisten Washingtons trafen aber auf eine disziplinierte syrische Armee, die sich trotz zahlreicher Provokationen nicht aufgrund von konfessionellen Unterschieden auflöste. Außerdem hatte der syrische Staat starke Verbündete in Russland und dem Iran. Syrien wurde nicht zu einem zweiten Libyen. Die Gewalt ging in diesem langen Krieg aus westlicher Sicht von der syrischen Armee aus, die Zivilisten angreifen und töten würde. Aus syrischer Perspektive sahen die Menschen aber täglich Terroristenangriffe auf Städte und Stadtzentren, Schulen und Krankenhäuser, und Massaker durch NATO- ‚Freiheitskämpfer' an einfachen Menschen und erst dann die Gegenangriffe der Armee. Ausländische Terroristen wurden in einer Reihe von Städten durch Saudis und Kataris rekrutiert, um die lokalen Söldner zu unterstützen.

Auch wenn die Terrorgruppen oft ‚Opposition', ‚Militante' und ‚Sunnitische Gruppen' außerhalb von Syrien genannt werden, so hatte die politische Opposition innerhalb des Landes sich bereits zu Beginn des Jahres 2011 von den Islamisten losgesagt. Die Proteste wurden durch die Gewalt von der Straße vertrieben, und der größte Teil der Opposition (ohne die Moslem-Bruderschaft und Exilkreise) schlug sich auf die Seite des Staates und der Armee, wenn nicht sogar auf die Seite der herrschenden Baath-Partei. Die syrische Armee ging brutal gegen Terroristen vor, aber im Gegensatz zur westlichen Propaganda beschützte sie die Zivilbevölkerung. Die Islamisten traten nach allen Seiten brutal auf, und zwar ganz offen. Millionen von Binnenflüchtlingen haben bei der Regierung und der Armee Zuflucht gesucht, während andere außer Landes flohen.

In einem erhofften ‚Endspiel' versuchten die Großmächte, den syrischen Staat zu entmachten oder, falls das fehlschlagen sollte, einen funktionsuntüchtigen Staat zu schaffen, oder aber auch seine Zerlegung in eine Anzahl von sektiererischen Ministaaten zu ermöglichen, um auf diese Weise die Achse der unabhängigen regionalen Staaten zu zerschlagen. Diese Achse besteht aus Hisbollah im Süd-Libanon und dem palästinensischen Widerstand, an der Seite von Syrien und dem Iran, den einzigen Staaten der Region ohne US-Militärbasis. Gerade kürzlich hat der Irak begonnen – noch traumatisiert von der westlichen Invasion, den Massakern und der Besetzung – sich der Achse anzuschließen. Und auch Russland hat begonnen, eine wichtige Rolle als Gegengewicht zu spielen. Die jüngste Geschichte und das Verhalten des Landes machen deutlich, dass weder Russland noch der Iran imperiale Ambitionen hegen, die auch nur im Entferntesten denen Washingtons und seiner Alliierten nahekommen. Alliierte, von denen verschiedene Mächte (Großbritannien, Frankreich und die Türkei) ehemalige koloniale Kriegsherren waren. Aus Sicht der ‚Achse des Widerstandes' bedeutet ein Sieg im schmutzigen Krieg gegen Syrien, dass die Region sich gegen die Großmächte zusammenschließen kann. Syriens erfolgreicher Widerstand würde den Beginn des Endes für Washingtons ‚Neuen Mittleren Osten' einläuten.

Das ist im Wesentlichen die große Perspektive. Dieses Buch versucht die A-Geschichte zu dokumentieren und die B-Geschichte zu entlarven. Es tut dies durch die Rettung der besseren westlichen Traditionen: durch den Einsatz von Vernunft, durch das Einhalten von ethischen Prinzipien, und durch die Suche nach unabhängigen Beweisen im Fall eines Konfliktes. Ich hoffe, es erweist sich als nützliche Quelle.

Quellen:

(1) **Ein bemerkenswerter Aspekt** der SOHR „Statistiken" ist die Tatsache, dass speziell in den Jahren 2014 und 2015 auf der Seite der Regierung weit mehr Opfer zu verzeichnen waren, als auf der Seite der „Rebellen". Das würde den Schluss zulassen, dass die „Rebellen" mehr Syrer getötet hatten, was aber von den Medien nie in dieser Art interpretiert wurde.

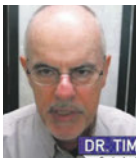
(2) **Anm. d. Übersetzers:** Für deutschsprachige Leser: In Deutschland kursierte das Gerücht, dass geflohene libysche Piloten, [die ihre Flugzeuge für eine Belohnung außer Landes gebracht hatten], von drohenden Luftangriffen auf Zivilisten berichtet hätten, an denen sie nicht teilnehmen wollten. (http://www.spiegel.de/politik/ausland/befehle-ignoriert-libysche-piloten-setzen-sich-nach-malta-ab-a-747006.html). Die einzige Partei im Bundestag, die sich vehement gegen die Bombardierung Libyens gestellt hatte, war die Partei „Die Linke". Diese hatte [Also hier stimmt was nicht. Erkenntnisse kann man nicht fordern] eine kleine Anfrage im Bundestag eingebracht, in der nach dem Krieg Erkenntnissen über Angriffe der Luftwaffe auf Zivilisten gefordert wurden. Der Bundesregierung lagen keine solchen Erkenntnisse vor. Siehe auch http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/kamil.html

Spiegel: Befehle ignoriert: Libysche Piloten setzen sich nach Malta ab *<http://www.spiegel.de/politik/ausland/befehle-ignoriert-libysche-piloten-setzen-sich-nach-malta-ab-a-747006.html>*

Ag Friedensforschung: Libyen: Kriegslügen und die Erosion des Völkerrechts *<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/kamil.html>*

Autor:

Dr. Tim Anderson



Lektor an der Sydney University, Australia, erforscht in seinem neuen Buch „The Dirty War auf Syrien. Washington, Regimewechsel und Widerstand" die tatsächlichen Anfänge des Krieges in Syrien, die Spieler im Hintergrund und ihre Agenda.

Dieser Text wurde zuerst auf kenfm.de unter der URL ‹https://kenfm.de/auszug-der-schmutzige-krieg-gegen-syrien/› veröffentlicht. Lizenz: KenFM

‹http://www.free21.org/?p=22905›

Warteschlange vor dem Geldautomat in Griechenland. Ein zukunftsweisendes Bild? (Foto: Giga, CC-BY-SA 4.0)

IWF an EU: Enteignet eure Bürger!

Das globale Finanzsystem gleicht seit 2008 einem Patienten, der auf der Intensivstation liegt und künstlich am Leben erhalten wird. Seine Ärzte sind die Zentralbanken, die ihm immer höhere Dosen immer billigeren Geldes verabreichen und dabei wissen: Ohne diese Behandlung wäre der Patient innerhalb kürzester Zeit tot. **von Ernst Wolff**

Ähnlich wie mit dem Finanzsystem verhält es sich derzeit mit den italienischen Banken. Sie sind aus eigener Kraft nicht überlebensfähig. Für genau diesen Fall hat die EU die Bail-in-Regelung eingeführt. Sie besagt: In Not geratene Banken sollen nicht mehr wie 2008 durch ein Bail-out, also mit dem Geld der Steuerzahler, sondern zunächst durch die teilweise Enteignung von Aktionären, Einlegern und Sparern gerettet werden.

Italien und EU in der Sackgasse

Dieses Prinzip ist allerdings bereits im vergangenen Dezember bei vier Banken in der Toskana angewendet worden und hat nicht nur dort, sondern in ganz Italien für Aufruhr gesorgt: Es wurde nämlich deutlich, dass es alles andere als sozial gerecht ist. Während ultrareiche Investoren ihre Vermögen durch ihren Informationsvorsprung rechtzeitig abziehen und in Sicherheit bringen konnten, wurden Arbeiter, Angestellte, Kleinunternehmer und Rentner kalt erwischt und über Nacht zwangsenteignet. Einige von ihnen verloren ihre gesamten Ersparnisse, ein Rentner nahm sich aus Verzweiflung das Leben.

Die italienische Regierung steht nun vor einem unlösbaren Dilemma: Wendet sie die Bail-in-Regelung erneut an, muss sie mit heftigem sozialem Widerstand, möglicherweise einem Volksaufstand und einem Run auf die Banken rechnen. Wendet sie die Regelung nicht an, ist sie auf die Unterstützung der EU angewiesen.

Die EU aber befindet sich ebenfalls in einer Zwangslage: Gibt sie den italienischen Forderungen nach, macht sie sich nicht nur unglaubwürdig, sondern verteilt das Problem einfach nur auf alle europäischen Steuerzahler. Diese aber sind gleichzeitig die Wähler der nationalen Regierungen und werden jede weitere Maßnahme dieser Art durch Abwendung von den etablierten Parteien und nach dem Brexit-Votum der Briten durch weitere Austrittsforderungen aus der EU quittieren.

Der IWF schaltet sich ein

In die Patt-Situation zwischen der italienischen Regierung und der EU-Führung hat sich nun der IWF eingeschaltet. Die erste Frage, die sich dem Beobachter aufdrängt, lautet: Wieso mischt sich der IWF überhaupt in innere Angelegenheiten der EU ein? Die Antwort: Die Angelegenheit ist alles andere als ein internes Problem der EU. Hier der Grund:

Wegen der seit Jahren instabilen Situation des Finanzsystems wird heute kaum noch ein Kredit ohne Kreditausfallversicherung (englisch: credit default swap oder CDS) vergeben. Dabei versichert sich der Kreditgeber gegen den möglichen Zahlungsausfall seines Schuldners. Was einmal vernünftig als Maßnahme zur Risikobegrenzung gedacht war, ist durch die Deregulierung der Finanzmärkte in eine der gefährlichsten Tellerminen im Finanzgeschäft verwandelt worden: Heute ist es nämlich auch solchen Marktteilnehmern, die an der Vergabe eines Kredites nicht beteiligt sind, gestattet, eine Kreditausfallversicherung abzuschließen.

Das hat jede Menge Spekulanten auf den Plan gerufen, die sich gezielt nach unsicheren Krediten umsehen und darauf Ausfallversicherungen abschließen, d.h.: auf ihren Ausfall wetten. Je mehr von ihnen auf den Zug aufspringen, umso größer die Summe, die bei einem tatsächlichen Ausfall des Schuldners fällig wird – im Falle der italienischen Banken dürfte es sich dabei inzwischen um weit mehr als eine Billion Euro handeln.

Insbesondere Hedgefonds (Vermögensverwaltungen für Milliardäre) lauern im Hintergrund und warten nur darauf, dass es zu Zahlungsausfällen kommt. Da die meisten Kreditausfallversicherungen bei Marktgiganten wie der Deutschen Bank, der Crédit Suisse und den US-Großbanken JPMorgan und Goldman Sachs abgeschlossen wurden, ist das Problem der italienischen Banken also kein nationales, sondern ein internationales. Und in der internationalen Arena hat vor allem einer das Sagen: der IWF.

Allerdings steckt der IWF in Bezug auf die EU ebenfalls in der Klemme. Auf der einen Seite ist die EU ein Konkurrent der USA, daher ist der IWF an ihrer Schwächung interessiert. Auf der anderen Seite ist die EU ein essentieller Teil des globalen Finanzgefüges und könnte es im Falle ihres Zusammenbruchs mit in den Abgrund reißen. Aus diesem Grund muss der IWF also versuchen, die EU trotz aller Störmanöver am Leben zu erhalten.

Das Rezept des IWF ist bereits ausgestellt

In der Tat bemüht sich der IWF zurzeit um eine solche Doppel-Strategie: Indem er die italienische Regierung in ihrer Forderung nach einem Bail-out durch die EU unterstützt, treibt er die seinem Vorschlag ablehnend gegenüberstehenden deutschen Politiker in die Enge: Geben sie nicht nach, droht der Banken-Kollaps in Italien, geben sie nach, wird die Empörung darüber ihren Rückhalt in der Bevölkerung weiter schwinden lassen.

Noch kann niemand sagen, wie das Drama um die italienischen Banken ausgehen wird. Nur eines ist gewiss: Selbst ihre vorübergehende Stabilisierung würde nur einen Bruchteil der Probleme in der Eurozone lösen. Derzeit nicht im Blick der Öffentlichkeit

Publiziert auf Free21 am 15.07.2016, 17:49 Uhr, von Ernst Wolff auf Antikrieg.com

sind nämlich noch die spanischen, portugiesischen und griechischen Banken, deren Bilanzen ebenfalls riesige Löcher aufweisen. Dazu kommen die Staatsschulden, die inzwischen nicht nur in Griechenland, sondern auch in Italien, Spanien, Portugal, Belgien und Irland mehr als 100% des Bruttoinlandsproduktes ausmachen und damit als untragbar gelten.

Das Problem, vor dem die EU zurzeit steht, ist also erheblich größer als das der italienischen Banken und erfordert langfristig wesentlich mehr Geld als eine „einfache" Bankenrettung. Doch woher soll es in einer Situation allgemein hoffnungsloser Verschuldung kommen?

Der IWF hat seine Antwort auf diese Frage bereits vor Jahren gegeben: In der Broschüre „Taxing Times" vom Oktober 2013 hat er zur Lösung der europäischen Schuldenkrise eine „einmalige Vermögensabgabe" in Form einer Steuer auf Privatvermögen ins Gespräch gebracht und diese Forderung sogar präzisiert: „Um die Schuldenquote auf das Niveau vom Jahresende 2007 zu senken, bedürfte es... eines Steuersatzes von etwa 10 % auf alle Haushalte, die über Kapitalvermögen verfügen." Da die Verschuldung seit 2013 um ca. 1,5 Billionen Euro gestiegen ist, müsste der Prozentsatz heute also noch etwas höher liegen.

In anderen Worten: Für den Ernstfall verlangt der IWF von der EU, der arbeitenden Bevölkerung durch einen Rundumschlag einen Teil ihrer hart erarbeiteten Rücklagen zu entziehen. Und das nicht etwa, um die Probleme der EU ein für allemal aus der Welt zu schaffen, sondern nur, um einen Reset auf den Stand von 2007 vorzunehmen!

Da der IWF keinerlei Konsequenzen für die Verursacher der Krise fordert, ist es nicht schwer, sich seine Zukunftsvision auszumalen: Nach der Enteignung darf das gegenwärtige Spiel zu den gleichen Regeln wieder von vorn beginnen: Nachdem die arbeitende Bevölkerung gezwungen wurde, für die von ultrareichen Investoren angerichteten Schäden aufzukommen, dürfen diese nach dem Willen des IWF auch weiterhin ungehemmt auf Kosten der Allgemeinheit spekulieren.

Autor:

Ernst Wolff

1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.

Dieser Text wurde zuerst auf Antikrieg.com unter der URL ‹http://antikrieg.com/aktuell/2016_07_15_iwf.htm› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=22584›

Anzeige

Der „War on Cash“

Jens Wernicke sprach mit dem Wirtschaftsjournalisten und Autor populärer Wirtschaftsbücher Norbert Häring, der offen anspricht, dass es den Eliten hinter der Fassade dieses Konfliktes um die totale Kontrolle über die Bevölkerung geht. In einem ersten Interview aus Anlass des Erscheinen seines Buches „Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen“, hatte er bereits skizziert, wer die Verschwörer gegen das Bargeld sind und wie sie arbeiten. Nun ordnet er die Pläne zur Abschaffung des 500-Euro-Scheins aus Frankfurt und zur Einführung einer Barzahlungsobergrenze aus Berlin in diese internationale Kampagne ein und zeigt Möglichkeiten zur Gegenwehr auf.

von Jens Wernicke

JENS WERNICKE: *Herr Häring, soeben hat die EZB beschlossen, den 500-Euro-Schein auslaufen zu lassen. Vorausgegangen war eine Kampagne, die die Bevölkerung auf das „Böse“ des Bargeldes im Allgemeinen und dieses wertvollen Scheines im Besonderen einschwor. Sie argumentieren in Ihrem aktuellen Buch hingegen, dass die Abschaffung des Bargeldes von den Reichen und Mächtigen betrieben werde, um die „totale Kontrolle“ zu etablieren. Wie bewerten Sie die aktuellen Entwicklungen?*

NORBERT HÄRING: Die EZB macht nun genau das, was die Gallionsfiguren der Anti-Bargeld-Kampagne vor knapp einem Jahr auf der Geheimkonferenz der Schweizerischen Nationalbank zur Beseitigung der Nullzinsgrenze in London gefordert hatten. Sie schafft den größten Schein ab.

Sukzessive die größten Scheine beseitigen, bis höchsten noch 20-Euro- oder 20-Dollar-Scheine da sind, ist eine der Strategien, die Wim Buiter und Ken Rogoff dort befürworteten, um Bargeld irrelevant und damit für die Finanzbranche nicht mehr lästig und gefährlich zu machen.

Eine andere ist es, die Nutzung von Bargeld teurer zu machen. Auch das passiert an ganz vielen Ecken bereits. Neuester Fall: Die Stadt Düsseldorf verlangt für Barzahlungen einen Euro Aufschlag, in flagrantem und dreistem Bruch des § 14 Bundesbankgesetz, der Bargeld zum unbeschränkten gesetzlichen Zahlungsmittel macht und damit einen Annahmezwang festschreibt. Wenn ich Düsseldorfer wäre, hätten die ihren Spaß mit mir.

Euro-Banknoten (Foto: Blackfish/European Central Bank, CC BY-SA 3.0)

JENS WERNICKE: *…inwiefern? Was würden Sie tun?*

NORBERT HÄRING: Das Bargeld und damit meine bürgerlichen Freiheiten gegen diese Gesetzesbrüche auch juristisch verteidigen, denn hier geht es um mehr als nur irgendwas: Die Bargeldabschaffung bahnt den Weg in eine Zukunft, in der die Finanzbranche und ihre Alliierten letztlich alles zu kontrollieren vermögen.

JENS WERNICKE: *Ihr Buch ist nun bereits seit März auf dem Markt. Gibt es inzwischen denn neue Erkenntnisse bezüglich der Kräfte, die hier hinter den Kulissen am Werke sind?*

NORBERT HÄRING: Oh ja, die gibt es! Es ist schon bemerkenswert, wie in einer offenkundig abgestimmten Aktion erst der Deutsche-Bank-Chef dem Bargeld das Ende wünscht und ein solches vorhersagt, dann kurz darauf die SPD-Bundestagsfraktion eine Barzahlungsobergrenze sowie das Ende des 500-Euro-Scheins fordert, kurz darauf dann der CDU-Finanzminister die Barzahlungsobergrenze fordert, dann die EZB durchblicken lässt, dass sie den 500er abschaffen will und schließlich Larry Summers unter Berufung auf eine Studie nachlegt und das Ende des 100-Dollar-Scheins fordert.

JENS WERNICKE: *Das klingt sehr nach einer konzertierten Aktion. Nur steht nach wie vor die Frage im Raum: Von wem geht diese aus, welche Kreise agieren hier konkret und mit welchem Ziel?*

NORBERT HÄRING: Tatsächlich, noch konzertierter könnte die Sache kaum verlaufen; nur übersehen das die Medien und bekommt die Bevölkerung hiervon kaum etwas mit. Da heißt es überall, es gäbe nur ganz wenige, die für die Abschaffung des Bargelds eintreten. Dass die Zurückdrängung des Bargelds nach dem Drehbuch dieser angeblich ganz wenigen voranschreitet, wird dabei ignoriert. Dabei ist es – warum, sagte ich ja bereits – immens wichtig, nachzuvollziehen und offenzulegen, wie planvoll hier von interessierten Kreisen gelogen und getäuscht und vorgegangen wird.

Im Interview:

Norbert Häring,

geboren 1963, ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt und betreibt den Blog Geld und mehr. Der Bestseller „Ökonomie 2.0“, den er gemeinsam mit Olaf Storbeck schrieb, gewann den Wirtschaftsbuchpreis 2007. 2014 wurde er mit dem Preis der Keynes-Gesellschaft für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet. Die von ihm 2011 mitbegründete internationale Ökonomenvereinigung World Economics Association hat über 12.000 Mitglieder

Solche „Studien“ auf die man sich beruft, fallen ja nicht vom Himmel. Die Harvard-„Studie“ zur üblen Rolle des Bargelds bei Geldwäsche, Drogenhandel etc., auf die Larry Summers sich berief, hat er offenkundig selbst in Auftrag gegeben. Peter Sands, ein Top-Banker ohne wissenschaftliche Meriten, der seinen Job verlor, bekam gerade zu der Zeit in Summers Harvard-Fakultät Asyl, als die Anti-Bargeld-Konferenz der Schweizer Nationalbank in London stattfand. Sein Job war es, diese Studie, auf die Summers sich später berufen sollte, hervorzubringen. Zur Erinnerung: Im Titel der Konferenz wurde deutlich signalisiert, worum es hinter aller Propaganda und Rhetorik wirklich geht, nämlich darum, Negativzinsen zu ermöglichen. Aber für die Öffentlichkeit werden als „Nebelkerzen“ Studien zu Bargeld und Kriminalität in Auftrag gegeben. Und dann kam auch noch raus, dass Summers in mehreren Fintech-Unternehmen, den Hauptprofiteuren einer möglichen Bargeldabschaffung, als Aufsichtsrat oder Berater tätig ist.

JENS WERNICKE: *Verständnisfrage: Was meint denn Negativzinsen? Ich bin Soziologe, kein Ökonom; das sagt mir leider wenig bis nichts…*

NORBERT HÄRING: Die EZB hat den Banken sehr viele Wertpapiere abgekauft und macht weiter damit.

Publiziert auf Free21 am 31.05.2016, 09:00 Uhr, von Jens Wernicke auf nachdenkseiten.de. Lizenz: CC 2.0

Auf ihre Guthaben bei der EZB, die sie dafür bekommen, müssen die Banken negative Zinsen zahlen, statt positive Zinsen zu bekommen wie üblich.

An ihre Kunden können sie die Negativzinsen nicht weitergeben, weil die auf Bargeld ausweichen können. Das drückt auf die Zinsmarge der Banken. Das ist ein wichtiger Grund, warum ihnen Bargeld so lästig ist.

JENS WERNICKE: *Und was hat dieser Summers, offenbar ja eine der Schlüsselfiguren des Komplotts, mit den Geschehnissen hier in Deutschland zu tun?*

NORBERT HÄRING: Nun, man darf die Vorkommnisse hier nicht isoliert betrachten. Außer Teilen der Politelite will eigentlich niemand hier Bargeldbeschränkungen. Selbst der Bund der Polizeibeamten hat nur eine Obergrenze von 10.000 Euro gefordert, nicht die 5000 Euro, die Schäuble will. Deutschland wird als einer der Nachzügler in diese internationale Kampagne eingebunden. Auch Schäuble hat gerade eine lange vorher in Auftrag gegebene Studie aus der Tasche gezogen, auf die er sich nun seit Februar beruft. Das Ergebnis auch dieser ist dabei offenkundig bestellt.. Sie ist nur noch schlechter als die Sands-Studie gemacht; so schlecht sogar, dass sie nicht einmal veröffentlicht werden konnte. Sie zeigt alles, nur nicht die 100-Milliarden Euro-Geldwäsche, die es angeblich in Deutschland geben soll.

JENS WERNICKE: *Wie haben die Medien denn auf Ihr Buch und Ihre Recherchen und Enthüllungen reagiert? Ich meine: Gibt es beispielsweise eine breite Debatte zur Gefahr der Bargeldabschaffung und nehmen Investigativjournalisten bereits die Fährte in Richtung dieser Machenschaften auf?*

NORBERT HÄRING: Die Interessen hinter dem Plan sind ehrlich gesagt so gut wie allen halbwegs kritischen Geistern inzwischen bekannt Als ich am 3. Mai als Sachverständiger im Landtag Nordrhein-Westfalen zum Bargeld aussagte, war es einhellige Meinung fast aller Sachverständiger, dass es nicht wirklich um Kriminalität geht, sondern um die Interessen der Geschäftsbanken. Gleichwohl, da haben Sie recht, halten sich die Medien bei dem Thema eher zurück – oder bedienen gar die „Argumente" der Anti-Bargeld-Allianz.

JENS WERNICKE: *Aktuell konstatiert ja sogar ein Bundesbankexperte einen „War on Cash"…*

NORBERT HÄRING: Ja, und das ist wirklich bemerkenswert. Man stelle sich vor: Der Leiter des Zentralbereichs Bargeld bei der Bundesbank konstatiert ganz ungeniert einen Krieg der internationalen Finanzbranche gegen das Bargeld. Solche Aussagen bringen Leuten wie mir leicht den Vorwurf ein, kruden Verschwörungstheorien anzuhängen.

Wenn es aber bereits eine „Better Than Cash Alliance" gibt, in der sich Citi, Mastercard, Visa, Bill Gates und andere für die weltweite Zurückdrängung des Bargelds stark machen, ist es ja keine Verschwörung mehr, sondern wird längst offen betrieben, wenn auch tief im Schatten der Aufmerksamkeit.

JENS WERNICKE: *Und trotz allem wird die Diskussion zum Thema medial nicht wirklich groß? Warum ist das so?*

NORBERT HÄRING: Von Seiten der Kulturprogramme und den allgemeinen Nachrichtensendungen im Radio wurde mir und meinem Buch sehr viel Interesse entgegengebracht. In den Wirtschaftsredaktionen von Radio, Fernsehen und Presse wird das Thema dagegen eher heruntergekocht. Dort hat man vielleicht mehr Verständnis für die Nöte der Banken in diesem Niedrigzinsumfeld. Sie haben es ja auch wirklich schwer zurzeit, genug Gewinne zu generieren, um gleichzeitig ihre Aktionäre und die Regulierer zufriedenzustellen.

JENS WERNICKE: *Hat der Kampf für den Erhalt des Bargelds überhaupt eine Chance, wenn die Medien allenfalls gebremst mitmachen?*

NORBERT HÄRING: Es gibt ja verschiedene Aktionsformen. Mein Buch „Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen" findet guten Absatz, dann gibt es noch die Streitschrift von Max Otte „Rettet unser Bargeld!", in der er kein Blatt vor den Mund nimmt. Meine Klage beim Verwaltungsgericht auf Barzahlung des Rundfunkbeitrags läuft und last but not least fand am Pfingstsamstag, den 14. Mai, in Frankfurt eine Demo zum Erhalt des Bargelds statt.

JENS WERNICKE: *Wer veranstaltete diese Demo denn? Es handelte sich hoffentlich nicht um eine AfD-Aktion?*

NORBERT HÄRING: Veranstalter war die Initiativen Pro Bargeld und Stop Bargeldverbot.

Die erste hat der unerschrockene Max Otte zusammen mit dem konservativen Ökonomen Joachim Starbatty von Alfa und dem „Silberjungen" ins Leben gerufen. Die zweite wird getragen von den Unternehmern Dagmar Metzger und Steffen Schäfer und ihrer „Stiftung für Freiheit und Vernunft".

Und, mit Verlaub, diese Art von „Bedenken", dass man selbst mit vernünftigen, humanistischen Kräften nicht gemeinsam agieren dürfe, so diese aus anderen Lagern kommen – das spielt doch einzig und allein der Teile-und-herrsche-Strategie der neoliberalen Apologeten in die Hände.

Ich höre doch nicht auf, unser Recht auf Privatsphäre zu verteidigen und für mehr demokratische Mitbestimmung der Bürger und gegen den undemokratischen Brüsseler Politikbetrieb einzutreten, nur weil auch AfD-nahe Leute oder Leute von der AfD ähnliche Positionen vertreten. Wer so denkt und agiert, der stellt sicher, dass er für seine Positionen nie eine Mehrheit bekommt. Und das hat mit Sympathie für die AfD nicht das Geringste zu tun.

JENS WERNICKE: *Gibt es etwas, mit dem man Ihr Anliegen, Ihre Sache zu unterstützen vermag?*

NORBERT HÄRING: Oh ja. Barzahlen, sich gesetzwidrige Dreistigkeiten wie die der Stadt Düsseldorf nicht bieten lassen, Bücher wie die genannten lesen, weiterempfehlen und rezensieren, und natürlich massenhaft demonstrieren.

JENS WERNICKE: *Noch ein letztes Wort?*

NORBERT HÄRING: Ja. Wer das Thema für nicht so wichtig, aber die Vorratsdatenspeicherung für schlimm hält, der sollte noch einmal nachdenken. Denn was mit unseren Finanzdaten geschieht, ist noch viel einschneidender als ein bisschen Vorratsdatenspeicherung von Telekom-Metadaten: Es wird viel mehr, sehr viel länger gespeichert. Und es wird nicht nur passiv gespeichert, sondern aktiv, automatisch und in Echtzeit auf verdächtige Muster hin durchforstet.

Wollen wir wirklich zulassen, dass praktisch unser gesamtes Leben in Echtzeit von Computeralgorithmen überwacht werden kann, die in den Händen und unter Kontrolle der Mächtigen dieser Welt sind? Nur wenn wir bar zahlen, funktioniert das nicht.

JENS WERNICKE: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

Quellen:

Nachdenkseiten: Die Demokratie im Visier <*http://www.nachdenkseiten.de/?p=25285*>

Norbert Häring: In Deutschland werden keine 100 Mrd. Euro Schwarzgeld gewaschen <*http://norberthaering.de/de/27-german/news/608-geldwaesche-bussmann#weiterlesen*>

Norbert Häring: Meine Stellungnahme für die Expertenanhörung im NRW-Landtag zum Bargeld <*http://norberthaering.de/de/27-german/news/605-nrw-anhoerung#weiterlesen*>

n-tv.de: Schafft das Bargeld ab! <*http://www.n-tv.de/wirtschaft/kommentare/Schafft-das-Bargeld-ab-article15118996.html*>

Norbert Häring: Bundesbank-Experte sieht internationalen „War on Cash" <*http://norberthaering.de/de/27-german/news/609-nrw-zusammenfassung#weiterlesen*>

Norbert Häring: Max Otte: „Rettet unser Bargeld" <*http://norberthaering.de/de/buchtipps/28-rezensionen/610-peukert-ueber-otte#weiterlesen*>

Dieser Text wurde zuerst am 12. Mai 2016 auf Nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=33337› veröffentlicht. Lizenz: (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://www.free21.org/?p=22365›

Kritik an der Nicht-Einleitung von Ermittlungen bei Strafanzeigen gegen Merkel und Co.

Der Generalbundesanwalt hat Ermittlungen aufgrund der Strafanzeigen vom November/Dezember 2015 gegen Merkel & Co wegen des Einsatzes der Bundeswehr in Syrien abgelehnt.

von Dr. Ansgar Klein

Mehr als ein halbes Jahr hat der Generalbundesanwalt (nachfolgend GBA) benötigt, um denjenigen, die Ende November/Anfang Dezember 2015 eine Strafanzeige gegen Merkel & Co wegen Verstoßes gegen § 80 StGB erstattet hatten, einen ablehnenden Bescheid zu schicken. Dass dieser Bescheid juristisch auf tönernen Füßen steht, wird im Folgenden dargelegt.

DER GENERALBU
BEIM BUNDESG

Der Generalbundesanwalt • Postfach 27 20 • 76014 Karlsruhe

Eheleute
Helene und Dr. Ansgar Klein

Teil der ersten Seite des Schreibens des Generalbundeswaltes.

Der GBA formuliert zunächst sehr richtig: „Nach § 80 StGB macht sich strafbar, wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt." versucht aber direkt im Anschluss daran, die Eindeutigkeit des Artikel 26 (1) GG und des § 80 StGB zu relativieren, indem er schreibt: „Aus Artikel 26 (1) GG lässt sich ableiten, dass die Vorbereitung eines Angriffskrieges als Unterfall solcher verfassungswidriger Handlungen angesehen wird." (Hervorhebungen vom Verfasser). Bei der Eindeutigkeit des Artikel 26 (1) GG: „ …insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig" muss nicht „abgeleitet" werden und auch kein „Unterfall" konstruiert werden!

Gleich darauf folgt der zweite untaugliche Versuch der Relativierung: „Es ist allgemein anerkannt, dass der Straftatbestand angesichts des verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebots (Artikel 103 Abs. 2 GG) und unter Berücksichtigung der historischen und systematischen Hintergründe einschränkend interpretiert werden muss." Hier den Art. 103 (2): „Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.", zur Abwiegelung heranzuziehen ist geradezu grotesk, denn dass die Strafbarkeit der Vorbereitung eines Angriffskrieges gesetzlich durch den § 80 StGB bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde, ist Tatsache. Und ein Angriffskrieg bleibt auch „unter Berücksichtigung historischer und systematischer Hintergründe" ein Angriffskrieg.

Da dem so ist, versucht der GBA im weiteren Verlauf der Begründung seiner Untätigkeit, den Marschbefehl für die Bundeswehr in das Staatsgebiet Syriens als nicht „strafbewerte kriegerische Aggression" darzustellen, z.B. in dem er sich zu der Formulierung versteigt: „dass ein strafrechtlich relevanter Angriffskrieg erst dann vorliegt, wenn eine offenkundige und schwerwiegende Verletzung des Völkerrechts zu konstatieren ist." Mit anderen Worten: ein Mord ist erst dann strafrechtlich relevant, wenn er offenkundig und schwerwiegend ist. Weiterhin bemüht der GBA – genau wie die Bundesregierung - die UN-Resolution 2249 (2015), um zu suggerieren, dass der Bundeswehreinsatz gerechtfertigt sei.

Dass das nicht der Fall ist, geht aus genau dieser Resolution hervor, in der es u.a. heißt: „ …erneut erklärend, dass die Mitgliedsstaaten sicherstellen müssen, dass sämtliche von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus mit allen ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, im Einklang stehen." Spätestens hier muss jedem klar sein, dass der Marschbefehl für die Bundeswehr in das Staatsgebiet Syriens vom Völkerrecht nicht gedeckt sein kann, da die Regierung Syriens keinen Staat außer Russland um Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus ersucht hat.

Der Vollständigkeit halber sei noch angemerkt, dass es für den Tatbestand des Völkerrechtsbruchs unerheblich ist, ob es sich bei dem Eindringen in das fremde Staatsgebiet um Bodentruppen oder um Luftwaffeneinheiten handelt. Der GBA versucht durch die Einlassung: dass der „Einsatz der Bundeswehr [...] ein nicht mehr durch den syrischen Staat kontrolliertes Gebiet betrifft, ..." den Begriff des ‚Staatsgebiets' zu relativieren, was völkerrechtlich zumindest fraglich ist, besonders im Hinblick darauf, dass die von deutscher Seite eingesetzten Luftwaffeneinheiten incl. der mit teils deutscher Besatzung agierenden AWACS-Aufklärungsflugzeuge, die auch Zielkoordinaten weitergeben, syrischen Luftraum nutzen.

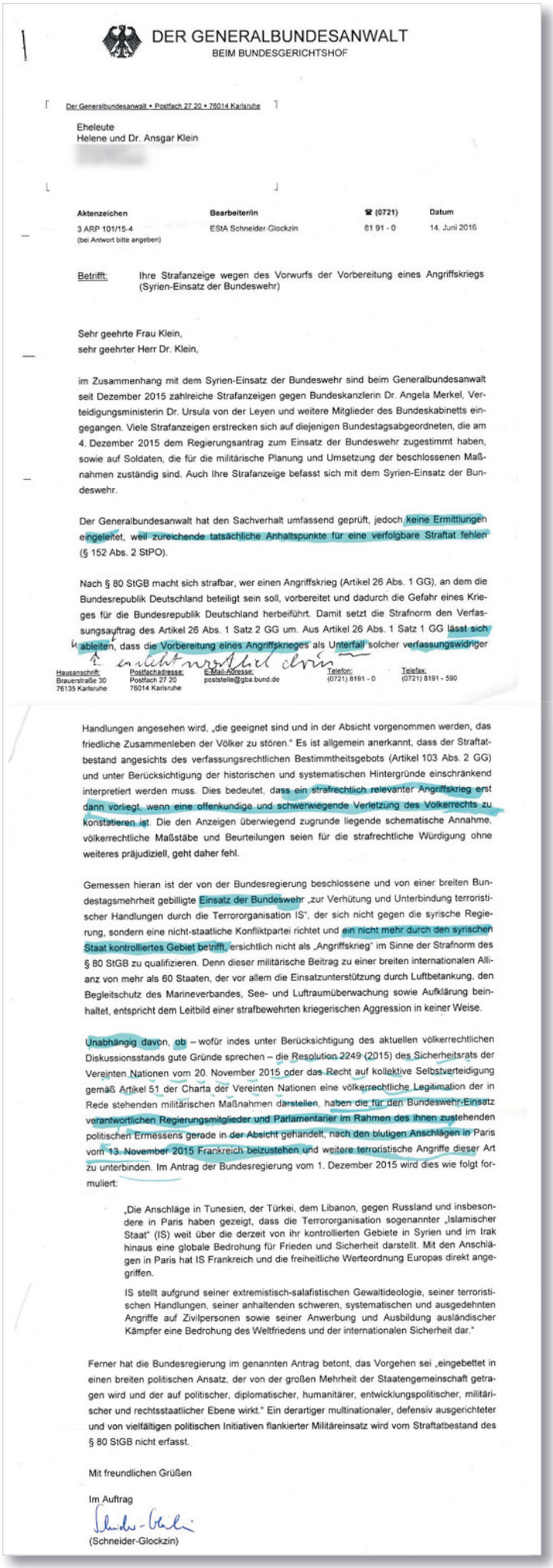
Juristisch gesehen ist folgender Satz völlig unhaltbar: „Unabhängig davon, ob – wofür unter Berücksichtigung des aktuellen völkerrechtlichen Diskussionsstandes gute Gründe sprechen – die Resolution 2249 (2015) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 20 November 2015 oder das Recht auf kollektive Selbst-

Publiziert auf Free21 am 20.07.2016, 19:22 Uhr, von Dr. Ansgar Klein, Lizenz: Free21.org

verteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen eine völkerrechtliche Legitimation der in Rede stehenden militärischen Maßnahmen darstellen, haben die für den Bundeswehr-Einsatz verantwortlichen Regierungsmitglieder und Parlamentarier im Rahmen des ihnen zustehenden politischen Ermessens gerade in der Absicht gehandelt, nach den blutigen Anschlägen in Paris vom 13. November 2015 Frankreich beizustehen und weitere terroristische Angriffe dieser Art zu unterbinden."

Hier wird nicht argumentiert, sondern schlicht der Bundesregierung nach dem Mund geredet. Ein Jurist sollte zwischen örtlichen kriminellen Handlungen und einem kriegerischen Angriff von außerhalb auf einen Staat unterscheiden können. Der Absicht, „nach den blutigen Anschlägen in Paris vom 13. November 2015 Frankreich beizustehen", ist selbstverständlich beizupflichten. Nur, die mutmaßlichen Attentäter vom 13. November 2015 in Paris stammten laut polizeilicher Aussage aus Belgien und Frankreich. Hier war polizeiliche und u.U. geheimdienstliche Hilfe angesagt. Die Verbindung der mutmaßlichen Attentäter zum ‚Islamischen Staat' ist nicht zweifelsfrei nachgewiesen worden.

Warum muss der mutmaßliche Hintergrund der mutmaßlichen Attentäter gerade in Syrien mit militärischen Mitteln und gegen den Willen der syrischen Regierung bekämpft werden? Dazu macht der GBA keinerlei Aussagen. Die Bundesregierung ihrerseits weiß sicherlich sehr genau, wie der sog. ‚Islamische Staat' (IS) wirksam bekämpft werden könnte, nämlich durch Austrocknung der finanziellen und materiellen (Waffen etc.) Quellen dieser Milizen. Doch dazu müsste die deutsche Regierung eingestehen, dass sie indirekt die Feinde Assads, also auch den IS, jahrelang unterstützt hat und sie müsste genau das Gegenteil von dem tun, was sie bisher getan hat, nämlich Assad unterstützen anstatt ihn zu bekämpfen.



DER GENERALBUNDESANWALT
BEIM BUNDESGERICHTSHOF

Der Generalbundesanwalt • Postfach 27 20 • 76014 Karlsruhe

Eheleute
Helene und Dr. Ansgar Klein

Aktenzeichen	Bearbeiter/in	☎ (0721)	Datum
3 ARP 101/15-4 (bei Antwort bitte angeben)	EStA Schneider-Glockzin	81 91 - 0	14. Juni 2016

Betrifft: Ihre Strafanzeige wegen des Vorwurfs der Vorbereitung eines Angriffskriegs (Syrien-Einsatz der Bundeswehr)

Sehr geehrte Frau Klein,
sehr geehrter Herr Dr. Klein,

im Zusammenhang mit dem Syrien-Einsatz der Bundeswehr sind beim Generalbundesanwalt seit Dezember 2015 zahlreiche Strafanzeigen gegen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen und weitere Mitglieder des Bundeskabinetts eingegangen. Viele Strafanzeigen erstrecken sich auf diejenigen Bundestagsabgeordneten, die am 4. Dezember 2015 dem Regierungsantrag zum Einsatz der Bundeswehr zugestimmt haben, sowie auf Soldaten, die für die militärische Planung und Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zuständig sind. Auch Ihre Strafanzeige befasst sich mit dem Syrien-Einsatz der Bundeswehr.

Der Generalbundesanwalt hat den Sachverhalt umfassend geprüft, jedoch keine Ermittlungen eingeleitet, weil zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat fehlen (§ 152 Abs. 2 StPO).

Nach § 80 StGB macht sich strafbar, wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 GG), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt. Damit setzt die Strafnorm den Verfassungsauftrag des Artikel 26 Abs. 1 Satz 2 GG um. Aus Artikel 26 Abs. 1 Satz 1 GG lässt sich ableiten, dass die Vorbereitung eines Angriffskrieges als Unterfall solcher verfassungswidriger

Hausanschrift: Brauerstraße 30, 76135 Karlsruhe
Postfachadresse: Postfach 27 20, 76014 Karlsruhe
E-Mail-Adresse: poststelle@gba.bund.de
Telefon: (0721) 8191 - 0
Telefax: (0721) 8191 - 590

Handlungen angesehen wird, „die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören." Es ist allgemein anerkannt, dass der Straftatbestand angesichts des verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebots (Artikel 103 Abs. 2 GG) und unter Berücksichtigung der historischen und systematischen Hintergründe einschränkend interpretiert werden muss. Dies bedeutet, dass ein strafrechtlich relevanter Angriffskrieg erst dann vorliegt, wenn eine offenkundige und schwerwiegende Verletzung des Völkerrechts zu konstatieren ist. Die den Anzeigen überwiegend zugrunde liegende schematische Annahme, völkerrechtliche Maßstäbe und Beurteilungen seien für die strafrechtliche Würdigung ohne weiteres präjudiziell, geht daher fehl.

Gemessen hieran ist der von der Bundesregierung beschlossene und von einer breiten Bundestagsmehrheit gebilligte Einsatz der Bundeswehr „zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS", der sich nicht gegen die syrische Regierung, sondern eine nicht-staatliche Konfliktpartei richtet und ein nicht mehr durch den syrischen Staat kontrolliertes Gebiet betrifft, ersichtlich nicht als „Angriffskrieg" im Sinne der Strafnorm des § 80 StGB zu qualifizieren. Denn dieser militärische Beitrag zu einer breiten internationalen Allianz von mehr als 60 Staaten, der vor allem die Einsatzunterstützung durch Luftbetankung, den Begleitschutz des Marineverbandes, See- und Luftraumüberwachung sowie Aufklärung beinhaltet, entspricht dem Leitbild einer strafbewehrten kriegerischen Aggression in keiner Weise.

Unabhängig davon, ob – wofür indes unter Berücksichtigung des aktuellen völkerrechtlichen Diskussionsstands gute Gründe sprechen – die Resolution 2249 (2015) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 20. November 2015 oder das Recht auf kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen eine völkerrechtliche Legitimation der in Rede stehenden militärischen Maßnahmen darstellen, haben die für den Bundeswehr-Einsatz verantwortlichen Regierungsmitglieder und Parlamentarier im Rahmen des ihnen zustehenden politischen Ermessens gerade in der Absicht gehandelt, nach den blutigen Anschlägen in Paris vom 13. November 2015 Frankreich beizustehen und weitere terroristische Angriffe dieser Art zu unterbinden. Im Antrag der Bundesregierung vom 1. Dezember 2015 wird dies wie folgt formuliert:

> „Die Anschläge in Tunesien, der Türkei, dem Libanon, gegen Russland und insbesondere in Paris haben gezeigt, dass die Terrororganisation sogenannter ‚Islamischer Staat' (IS) weit über die derzeit von ihr kontrollierten Gebiete in Syrien und im Irak hinaus eine globale Bedrohung für Frieden und Sicherheit darstellt. Mit den Anschlägen in Paris hat IS Frankreich und die freiheitliche Werteordnung Europas direkt angegriffen.
>
> IS stellt aufgrund seiner extremistisch-salafistischen Gewaltideologie, seiner terroristischen Handlungen, seiner anhaltenden schweren, systematischen und ausgedehnten Angriffe auf Zivilpersonen sowie seiner Anwerbung und Ausbildung ausländischer Kämpfer eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar."

Ferner hat die Bundesregierung im genannten Antrag betont, das Vorgehen sei „eingebettet in einen breiten politischen Ansatz, der von der großen Mehrheit der Staatengemeinschaft getragen wird und der auf politischer, diplomatischer, humanitärer, entwicklungspolitischer, militärischer und rechtsstaatlicher Ebene wirkt." Ein derartiger multinationaler, defensiv ausgerichteter und vielfältigen politischen Initiativen flankierter Militäreinsatz wird vom Straftatbestand des § 80 StGB nicht erfasst.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag
(Schneider-Glockzin)

Dass der GBA, als politischer Beamter, leider nur das Sprachrohr der Bundesregierung ist und kein unabhängiger Vertreter der ‚3. Gewalt', wird vollends im letzten Absatz des Ablehnungsschreibens des GBA deutlich: „Ferner hat die Bundesregierung im genannten Antrag betont, das Vorgehen sei „eingebettet in einen breiten politischen Ansatz, der von der großen Mehrheit der Staatengemeinschaft getragen wird und der auf politischer, diplomatischer, humanitärer, entwicklungspolitischer, militärischer und rechtsstaatlicher Ebene wirkt" und weiter: „Ein derartiger multinationaler, defensiv ausgerichteter und von vielfältigen politischen Initiativen flankierter Militäreinsatz wird vom Strafbestand des § 80 StGB nicht erfasst."

Dazu kann man nur noch Berthold Brecht zitieren: „Unsichtbar wird der Wahnsinn, wenn er genügend große Ausmaße angenommen hat." Oder Rolf Hochhuth in seinem Brief vom August 2015 an Merkel und Gauck: „Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae".

Autor:

Ansgar Klein

(JG 1937) promovierter Physiker, pensionierter Gymnasiallehrer (Physik, Mathematik, Informatik), 44 Jahre Lokalpolitiker (SPD, GRÜNE), derzeit parteilos, seit 35 Jahren aktiv in der Friedensbewegung, seit 2014 auch in der Mahnwachenbewegung, einer der Sprecher der Aachener Aktionsgemeinschaft „Frieden jetzt!" und der „Würselener Initiative für den Frieden".

‹www.friedensinitiative-wuerselen.de›

‹http://www.free21.org/?p=22807›

Das Schweigen zum **Putsch in Brasilien**

Die suspendierte Präsidentin Dilma Rousseff (Foto: José Cruz/Agência Brasil, CC BY 3.0 br)

Was in diesem Monat in Brasilien geschah, wurde dem deutschen Medienpublikum als eine der üblichen politischen Krisen in Südamerika präsentiert. Doch seit den jüngsten Enthüllungen vom Montag dieser Woche kann man die Vorgänge dort, im fünftgrößten Staat der Erde, kaum mehr anders, denn als einen Putsch bezeichnen, ausgeführt von konservativen, zum Teil korrupten Kräften. Doch davon erfuhr man hierzulande nur in kurzen Agenturmeldungen oder aber gar nicht – wie etwa bei Spiegel Online, ARD und ZDF.

von Paul Schreyer

Nach der Abstimmung über die Absetzung des Präsidenten trafen sich die Schlüsselfiguren der Opposition in Washington (The Intercept, Foto: Eraldo Peres/AP).

Dass der Machtwechsel, der sich Mitte des Monats in Brasilien ereignete, kein normaler politischer Prozess, sondern tatsächlich ein reaktionärer Putsch war, belegt ein in dieser Woche veröffentlichtes Protokoll eines im März heimlich aufgenommenen Gesprächs zwischen Romero Jucá, seit Mai Planungsminister der neuen konservativen Übergangsregierung, und einem Manager des Ölkonzerns Petrobras. Das vertrauliche Gespräch fand statt, bevor die gewählte Präsidentin des Landes, Dilma Rousseff, durch ein fragwürdiges juristisches Verfahren Mitte Mai vorläufig entmachtet wurde.

Das nun veröffentlichte Protokoll hat es in sich: Laut Jucá wurde der Machtwechsel vorbereitet, indem die Gegner der Präsidentin sich hinter den Kulissen der Unterstützung von Armeegenerälen und obersten Richtern versicherten. So wollten die Verschwörer garantieren, dass Militär und Gerichte den geplanten Sturz auch akzeptieren und unterstützen. Jucá wörtlich im März zu dem Ölmanager: „Ich habe mit den Generälen und kommandierenden Militärs gesprochen. Von ihrer Seite aus gibt es kein Problem, sie sagten, dass sie es absichern werden." Beim Obersten Gerichtshof gebe es „nur eine kleine Anzahl" von Richtern, die beim Sturz der Präsidentin nicht mit im Boot seien.

Ein Hauptmotiv für den Putsch enthüllte Jucá, einer der engsten Vertrauten des derzeitigen Machthabers und vorherigen Vizepräsidenten Michel Temer, ebenfalls im Gespräch: Präsidentin Rousseff müsse aus dem Amt verschwinden, sonst könne die von ihr veranlasste Strafverfolgung vieler korrupter Politiker nicht gestoppt werden. Dieses, so wörtlich, „Ausbluten" müsse schnellstens aufhören. Rousseffs Gegner werfen bekanntlich ihrerseits der Präsidentin Korruption vor, was aber nicht bewiesen wurde.

Das Gesprächsprotokoll erschien in Auszügen zuerst am Montag dieser Woche in einer der größten Tageszeitungen Brasiliens, Folha de São Paulo. Ebenfalls am Montag veröffentlichte der in Brasilien lebende Investigativjournalist und Snowden-Vertraute Glenn Greenwald eine ausführliche Einschätzung. In diesem Artikel regte Greenwald an, dass die Medien nun rasch überlegen müssten, ob man angesichts der vorliegenden Enthüllungen nicht klar von einem „Coup", einem „Putsch", sprechen müsse: „Diese Intrige sieht aus wie ein Coup, klingt wie ein Coup und riecht auch wie einer: die Kooperation des Militärs und der mächtigsten Institutionen zu sichern, um einen demokratisch gewählten Führer abzusetzen, aus Eigeninteresse, korrupten und gesetzlosen Motiven, um dann eine Oligarchen-Agenda durchzusetzen, welche die Bevölkerung verachtet." Auf diese ersten Artikel folgte am Dienstag die New York Times mit einem Bericht, in dem es hieß, dass das Protokoll einen „Plot", also übersetzt: eine Intrige oder Verschwörung „nahelege".

Interimspräsident Michel Temer. (Foto: Licurgo.miranda, CC BY-SA 4.0)

Was machten nun die deutschen Medien daraus? Bislang bemerkenswert wenig. Zurückhaltend sprach etwa das Handelsblatt von einem „Fehlstart für die neue Regierung", während die Süddeutsche Zeitung blass titelte: „Minister in Brasilien tritt elf Tage nach Ernennung ab". „Die politische Krise in Brasilien geht weiter", so das Blatt. Ähnlich farblos und unauffällig klang es am Dienstag auch

Publiziert auf Free21 am 10.06.2016, 10:56 Uhr, von Paul Schreyer auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC 2.0

in der FAZ. Die genannten Berichte basierten erkennbar auf knappen Agenturmeldungen – keine eigenständigen Analysen, Kommentare oder Einordnungen durch einen Redakteur, geschweige denn Leitartikel aus der Chefredaktion. Eine Ausnahme bildete Zeit Online, wo am Dienstag ein längerer Bericht eines Korrespondenten des Blattes aus Rio de Janeiro erschien. Der sprach zwar auch von einem „Komplott", lobte die Drahtzieher aber zugleich, „echte Politik" zu machen, vermeintlich auch „aus der Überzeugung heraus, dass die notleidende Wirtschaft des Landes gerettet werden muss."

President Johnson wollte mit allen Mitteln den damaligen Präsidenten Joao Goulart loswerden, belegen veröffentlichte CIA-Dokumente (Foto: LBJ Library Photo)

Spiegel Online hingegen blieb völlig sprachlos, ebenso ARD und ZDF. In keiner der Abendausgaben von Tagesschau, Tagesthemen, Heute oder Heute-Journal wurde Anfang der Woche über die Enthüllung berichtet, dass in der siebtgrößten Volkswirtschaft der Welt offenbar gerade ein Putsch stattgefunden hatte. Das ist noch keine „Lügenpresse", denn schweigen ist etwas anderes als lügen, aber es kommt schon dem nahe, was manche mittlerweile in ironischer Ableitung „Lückenpresse" nennen – ein Weglassen, das bei so gravierenden Ereignissen einer Erklärung bedarf.

Fakt ist: was die Wirtschaftspolitik angeht, verfolgen die Putschisten in Brasilien eine aggressive neoliberale Agenda, welche die Financial Times als „ultimative Investoren-Wunschliste" bezeichnete, wie man sie aus Europa und insbesondere Deutschland zur Genüge kennt: Ausgabenkürzungen, Privatisierungen, Renten-„Reform" etc. Mit demokratischen Wahlen sind solche Ziele immer schwerer umzusetzen. Selbst CNN kommentierte zum amtierenden Machthaber Michel Temer jüngst sarkastisch: „Die Wall Street mag ihn. Die meisten Brasilianer nicht." Ähnlich hier in Deutschland. Der Stern titelte (einen Tag, bevor die Putsch-Enthüllungen bekannt wurden): „Wende in Brasilien? Deutsche Unternehmen sehen Silberstreif". Im Text, einer Agenturmeldung der dpa, hieß es dazu: „Die geplanten Privatisierungs- und Reformmaßnahmen der neuen brasilianischen Regierung schüren bei deutschen Unternehmen Hoffnungen auf eine milliardenschwere Investitionsoffensive. (…) Auch der Kreditversicherer Euler Hermes sieht einen Silberstreif. ‚Die Übergangsregierung könnte auf eine Schocktherapie setzen und dringend benötigte Reformen schnell auf den Weg bringen', analysiert Euler Hermes."

Schocktherapie? Das klingt nach Schock-Strategie. Radikale Wirtschaftsreformen in Begleitung von undemokratischen Regierungen sind in Südamerika gut bekannt. Gerade die Bürger Brasiliens wissen um die Gefährdung der Demokratie. Von 1964 bis 1985 herrschte dort die Militärdiktatur, von Beginn an unterstützt durch die USA, deren Rolle beim derzeitigen Machtwechsel noch unklar ist. Bekannt wurde bislang, dass ein Vertrauter Temers im April dieses Jahres in die USA reiste und dort führende amerikanische Außenpolitiker traf. Temer selbst hat laut Wikileaks-Dokumenten über viele Jahren hinter den Kulissen die US-Botschaft mit Interna zur brasilianischen Politik versorgt.

In jedem Fall ist die geopolitische Dimension eines Regime-Wechsels in Brasilien kaum zu unterschätzen. Unter der Regierung von Lula da Silva seit 2003 und Dilma Rousseff seit 2011 (beide waren seinerzeit aktiv im Widerstand gegen die Militärdiktatur) stellt das Land einen wesentlichen Baustein der BRICS-Kooperation dar, welche die USA als Herausforderung, wenn nicht Bedrohung ihrer Vorherrschaft ansehen.

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für die Magazine „Telepolis" und „Global Research". Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11 und publizierte zu diesem Thema auch in englischer Sprache. 2013 referierte Schreyer an der Seite von Dr. Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, auf einer Juristen-Konferenz an der Universität Bremen zum Stand der Ermittlungen bei 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" wurde ein Spiegel-Bestseller.

https://paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 27. Mai 2016 auf Nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=33561› veröffentlicht. Lizenz: CC 2.0

‹http://www.free21.org/?p=22423›

Quellen:

Heise.de: Abhörskandal belegt Putsch in Brasilien *<http://www.heise.de/tp/artikel/48/48334/1.html>*

Folha de São Paulo: Em diálogos gravados, Jucá fala em pacto para deter avanço da Lava Jato *<http://www1.folha.uol.com.br/poder/2016/05/1774018-em-dialogos-gravados-juca-fala-em-pacto-para-deter-avanco-da-lava-jato.shtml>*

The Intercept: New Political Earthquake in Brazil: Is It Now Time for Media Outlets to Call This a "Coup"? *<https://theintercept.com/2016/05/23/new-political-earthquake-in-brazil-is-it-now-time-for-media-outlets-to-call-this-a-coup/>*

Handelsblatt: Brasilien - der nächste Skandal *<http://www.handelsblatt.com/politik/international/brasilien-der-naechste-skandal/13632966.html>*

Frankfurter Allgemeine: Brasilianischer Minister muss zurücktreten *<http://www.faz.net/aktuell/politik/brasilien-romero-juca-muss-wegen-petrobas-affaere-zuruecktreten-14249940.html#/elections>*

New York Times: Transcript Suggests a Plot Behind Effort to Oust Brazilian President *<http://www.nytimes.com/2016/05/24/world/americas/brazil-dilma-rousseff-impeachment-petrobras.html?ref=americas&_r=0>*

Zeit: Das Brasilia-Komplot *<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/brasilien-romero-juca-uebergangsregierung-korruption>*

Westend Verlag: Lückenpresse, 2016, Das Ende der Journalismus, wie wir ihn kannten *<https://www.buchhandel.de/buch/Lueckenpresse-9783864896477>*

CNN: Michel Temer: 5 things to know about Brazil's interim leader *<http://edition.cnn.com/2016/05/10/americas/brazil-michel-temer>*

Stern: Wende in Brasilien? Deutsche Unternehmen sehen Silberstreif *<http://www.stern.de/wirtschaft/news/wende-in-brasilien--deutsche-unternehmen-sehen-silberstreif-6860814.html>*

The National Security Archive: BRAZIL MARKS 40th ANNIVERSARY OF MILITARY COUP DECLASSIFIED DOCUMENTS SHED LIGHT ON U.S. ROLE *<http://nsarchive.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB118/index.htm>*

Heise.de: Brasiliens Umstürzler beraten sich schon in Washington *<http://www.heise.de/tp/news/Brasiliens-Umstuerzler-beraten-sich-schon-in-Washington-3178536.html>*

The Intercept: After Vote to Remove Brazil's President, Key Opposition Figure Holds Meetings in Washington *<https://theintercept.com/2016/04/18/after-vote-to-remove-brazils-president-key-opposition-figure-holds-meetings-in-washington/>*

Der Standard: Wikileaks outet brasilianischen Ex-Präsident als US-Informanten *<http://derstandard.at/2000036974012/Wikileaks-outet-brasilianischen-Uebergangspraesidenten-als-US-Informanten>*

Die „Festung Europa“ als Weg in die Barbarei

Grenzen zu und schneller abschieben, diese Forderung wird immer lauter. Seit den Anschlägen von Paris setzen Europas politische Eliten auf Abschottung. Die Verantwortung für die „Große Flucht“ wird ebenso verdrängt wie deren Ursachen. Wie real sind die Ängste, die in der Bevölkerung durch Schreckensszenarien geschürt werden? Mit welchen Fluchtbewegungen haben wir es zu tun? Wie ist ihre starke Zunahme zu erklären? Und wodurch sind sie ausgelöst?

von Jens Wernicke

In den Blick geraten die Kriege des Westens mit dem von ihnen produzierten Terrorismus; Armut, Hunger und Verelendung in weiten Teilen der sogenannten Dritten Welt, verursacht durch eine „Wirtschaft, die tötet“, so Papst Franziskus; verheerende Umweltschäden im Zuge des globalen Klimawandels, hervorgerufen vor allem durch die Industrieländer. Zu diesen Fragen sowie dazu, was zu tun ist, um diese realen Fluchtursachen zu überwinden und den darunter leidenden Menschen neue Lebensperspektiven zu eröffnen, sprach Jens Wernicke mit Conrad Schuhler, Autor der soeben erschienenen Analyse „Die Große Flucht“.

JENS WERNICKE: *Herr Schuhler, soeben erschien Ihr neues Buch „Die große Flucht: Ursachen, Hintergründe, Konsequenzen“ im PapyRossa-Verlag. Warum dieses Buch? Was ist Ihre Intention?*

CONRAD SCHUHLER: „Flucht“ wird eine der Haupt-Determinanten der Weltpolitik der nächsten Jahrzehnte sein, denn die Globalisierung ist an einem Punkt angekommen, wo die zentralen Widersprüche unserer Tage aufeinanderprallen.

Der erste dieser Widersprüche ist der zwischen dem Norden, der „reichen Welt“, und der armen Welt, dem Süden. Dort müssen heute 60 Millionen, bald hunderte Millionen ihre Regionen verlassen; wegen Krieg, wegen Hunger, wegen Umweltkatastrophen. Alles Faktoren, für die der Norden im Wesentlichen verantwortlich ist, inklusive des Terrors, der u.a. Syrien, Afghanistan und Irak zerreißt, diese Länder, aus denen die große Mehrzahl der Flüchtenden nach Deutschland kommt. Als Brzezinski, dem früheren Sicherheitsberater des US-Präsidenten vorgehalten wurde, die USA hätten die Taliban doch erst hochgebracht, erwiderte er: Was wollen Sie denn, dafür haben wir die Sowjetunion ins Grab gelegt.

Diese vielen Millionen wenden sich nun mit ihrer Flucht an die wesentlichen Verursacher des Elends und der Zerstörung ihrer Länder. Sie wenden sich hierher, weil sie glauben, sie fänden in der reichen Welt ein friedliches und sozial-ökonomisch gesichertes Auskommen. Tatsächlich ist das Reichtumsgefälle zwischen Norden und Süden enorm: Von den 49 Ländern mit „sehr hoher menschlicher Entwicklung“ – es werden Lebensdauer, Gesundheit, Wissen und Pro-Kopf-Einkommen gemessen – liegen 40 im Norden. Deutschland ist die Nummer 6, Norwegen die Nummer 1, die Schweiz Nummer 3 und Holland Nummer 4. Die 40 Länder mit dem niedrigsten Niveau menschlicher Entwicklung liegen hingegen allesamt im Süden. Und Syrien, Afghanistan und Irak, all die Länder, in denen der Norden in den letzten Jahren und Jahrzehnten militärisch „intervenierte“, sind alle sehr weit abgeschlagen.

Doch diese Flüchtenden treffen hier auf den zweiten weltpolitischen Widerspruch: den zwischen Reich und Arm, zwischen Oben und Unten innerhalb eines Staates. Einen Widerspruch, der sich auch und insbesondere durch die sogenannte Reiche Welt zieht: Jeder Vierte in Deutschland ist inzwischen armutsgefährdet, während 17 Prozent des Gesamtvermögens dem reichsten Promille der Gesellschaft, lediglich 40.000 Haushalten gehören.

Die Armen, die in unser Land kommen, treffen hier auf die deutschen Armen, wodurch die beiden großen Widersprüche und Zweiteilungen der Welt aktuell aufeinanderprallen. Die Wahlerfolge der AfD belegen, dass es der Rechtspropaganda gelingt, die deutschen Armen gegen die aus dem Ausland zu uns kommenden Armen in Stellung zu bringen. Diese Politik beschränkt sich keineswegs auf AfD, Pegida und Konsorten. Ganz im Gegenteil gehört sie zum festen Arsenal der Regierungsparteien. Eine Konkurrenz herzustellen zwischen Deutschen, die den Sozialstaat brauchen, und den Flüchtlingen, die dringend Hilfe brauchen, ist eine der Grundmaximen der deutschen Flüchtlingspolitik; was im Kern dazu dient, den Widerspruch innerhalb Deutschlands, jenen zwischen Arm und Reich, unangetastet zu lassen.

JENS WERNICKE: *Eine Maxime deutscher „Flüchtlingspolitik“ ist also der Kampf gegen die Armen und das Ausspielen der einen solchen gegen die anderen? Inwiefern denn das? Wodurch konkret?*

CONRAD SCHUHLER: Der zentrale Widerspruch unserer Zeit ist der zwischen Arm und Reich, zwischen Elite und Subalternen, zwischen dem global operierenden Kapital und denen, die ihm ausgesetzt sind: den abhängig Beschäftigten in aller Welt, den miserabel behandelten Arbeiterinnen und Arbeitern in der Dritten Welt, den bäuerlichen Produzenten in der Ersten wie in der

Im Interview:

Conrad Schuhler

studierte Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten München (LMU), Manchester, Yale sowie Berkeley. Ende der 1960er Jahre war er Assistent am Institut für Soziologie der LMU. Später wurde er Chefredakteur des DKP-Blattes Unsere Zeit. Seit 2004 leitet er das Münchner Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung. Neben mehreren Buchpublikationen schreibt er heute u.a. für die Süddeutsche Zeitung, Die Zeit, GEO und konkret. (Quelle: Wikipedia)

www.isw-muenchen.de

Publiziert auf Free21 am 04.06.2016, 10:28 Uhr, von Jens Wernicke auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC 2.0

Dritten Welt, den Menschen, die auf einen funktionierenden Sozialstaat angewiesen sind, den sie aber nicht antreffen, weil der Staat die Interessen der Konzerne und der Reichen bedient.

Die zu uns kommenden Flüchtenden erhalten, wenn sie es überhaupt bis hierher schaffen können, nicht die zur Integration nötige Unterstützung, sie werden diffamiert als „Integrations-Simulanten“, wie das Herr Gabriel tat, oder kulturell-religiös gebrandmarkt. „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“, diese Hetzparole der AfD entspricht ja dem Niveau der heute „staatstragenden“ Parteien.

Schon früh hat diese Verzerrung der politischen Konfrontation begonnen. Huntington schrieb Ende der 90-er Jahre, die globale Zukunft sei geprägt vom „Clash of Civilizations“, vom Aufeinanderprallen der Kulturen. Für diese hielt er die Religion für eine wesentliche Bestimmungsgröße. So wurde der Kampf um das Erdöl im Mittleren Osten nicht als brutale Profitpolitik des Westens und seiner Energiemultis dargestellt und wahrgenommen, sondern als religiös-kulturelle Auseinandersetzung. Die Werte des christlichen Abendlands gegen den despotischen, terroristischen Islam.

Das setzt sich heute in der Diskussion um die Flüchtlingsfrage fort. Die Menschen, die in ihrer Not hierher geflohen sind, werden nicht als Opfer einer Politik unserer herrschenden Eliten wahrgenommen, sondern als prinzipiell andersartige, im Grunde bösartige Wesen definiert, denen man ihre Andersartigkeit austreiben muss, die zu den Werten des „christlichen Abendlandes“ geführt werden müssen, wie es im Entwurf des Bayerischen Integrationsgesetzes heißt. Neben dieser kulturellen Ächtung läuft ihre Hernahme als sozialer Konkurrenzposten zu den deutschen Armen und prekär Lebenden.

JENS WERNICKE: *Führen Sie das doch bitte anhand eines oder zweier Beispiele einmal genauer aus.*

CONRAD SCHUHLER: Der Entwurf zum neuen Integrationsgesetz des Bundes liefert schlagende Beispiele für diese Sicht. Dort wird etwa davon gesprochen, dass 100.000 Ein-Euro-Jobs als „Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber“ geschaffen werden sollen. Das Ziel insgesamt sei dabei, wie es wörtlich heißt, „eine niedrigschwellige Heranführung an den deutschen Arbeitsmarkt“ zu realisieren.

Die Grenze zwischen der USA und Mexico an Rio Grande, Boquillas, Mexico 2014 (Foto: Lorne Matalon)

Die Flüchtlinge sollen also hergenommen werden, um den Mindestlohn zu unterlaufen und den Billiglohnsektor auszuweiten. Für die Millionen, die in diesem Bereich arbeiten, ebenso wie für die eine Million Langzeitarbeitslosen sind das existentielle Drohungen. Denn ob es sich nun um Sozialwohnungen oder Kitas, um das Gesundheits- oder Bildungssystem handelt, die Unterklasse in unserem reichen Land ist sehr arm dran, was die Zurverfügungstellung und Gewährung solcher Leistungen betrifft.

„Der Flüchtling“ wird von der Propaganda nun als zusätzlicher Konkurrent eingeführt und dabei zugleich als Sündenbock für all diese Missstände instrumentalisiert. Denn statt der einzig richtigen, weil humanen Antwort auf diese Situation, die auf eine Erneuerung des Sozialstaates für alle zielen muss, wird den Deutschen immer wieder das Bild vom „integrationsunwilligen Flüchtling“, der „rückständig religiös“ und anderes Schlimmes sei, präsentiert, und werden bereits die nächsten Pläne für weiteren Sozialabbau für alle thematisiert. So soll etwa der Hartz IV-Bezug für alleinerziehende Mütter gekürzt werden und spitzt sich die Debatte um eine „Rente mit 70“ aktuell immer mehr zu. Und das sind nur zwei Beispiele von vielen. Und ist der soziale Untergrund, auf welchem diese Hetze „Verarmter Deutscher gegen notleidenden Flüchtling“ gedeiht.

JENS WERNICKE: *Mit welchen Ideologemen, die die Menschen gegeneinander ausspielen, muss man sich hier denn konkret auseinandersetzen? Und welche Rolle spielen und welche Verantwortung tragen die Medien für den rassistischen Gesinnungswandel im Land?*

CONRAD SCHUHLER: In den Formeln „Flüchtlingsschwemme“, „Flüchtlingsstrom“, „Flüchtlingsflut“ werden Bilder einer Naturkatastrophe suggeriert, gegen die man sich zu wappnen habe. Das Hereinbrechende muss abgewehrt werden. Selbst der Begriff „Flüchtling“ hat eine abschätzige Konnotation, wie der Eindringling oder der Sträfling oder der Schützling. Er ist allerdings eine feste Größe in der Fachsprache der Politik und der Rechtsprechung, wo vom „Konventionsflüchtling“ die Rede ist. Besser als Flüchtling ist auf jeden Fall der Begriff „Geflüchtete“.

Zum festen Reservoir fremdenfeindlicher Propagandaformeln gehören die Sätze „Das Boot ist voll“ und „Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt“. Die zweite Formel verwendet der CSU-Chef Seehofer gerne. Von den 60 Millionen Menschen, die derzeit in der Welt auf der Flucht sind, kamen eine gute Million im letzten Jahr nach Deutschland. Das ist nicht die ganze „Flüchtlingswelt“, sondern ein Sechzigstel davon. Bezogen auf die Einwohnerzahl ist Deutschland in der EU erst auf Platz vier, hinter Schweden, Ungarn und Österreich. Die Hauptaufnahmeländer für Flüchtende sind die Randstaaten der Herkunftsländer, wie Türkei, Pakistan, Libanon, Iran.

Der Schrei, das Boot ist voll, will darauf hinaus, dass wir untergehen, wenn wir noch mehr Flüchtlinge aufnehmen. Max Uthoff hat Recht, wenn er sagt, bei Deutschland handelt es sich nicht um ein Boot, sondern um

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Free21

Das Abo 2016:

Erscheinung alle 2 Monate.

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

ein Schiff, einen Luxusliner. Nur: Auf dem Luxusliner macht sich die Erste Klasse breit, die Masse der Menschen wird ins Unterdeck gestopft. Die Klasse der Reichen schafft ihre Reichtümer von Bord und hat das Personal total im Griff. EU-Steuerkommissar Semetas sagt, dass der EU Jahr für Jahr eine Billion Euro, das sind 1.000 Milliarden, durch Steuerhinterziehung und Steuerumgehung verloren gehen. Diese Steuerflüchtlinge sind die kostspieligsten Flüchtlinge, sie kommen uns teurer zu stehen als alle Geflüchteten sonst.

JENS WERNICKE: *Was halten Sie diesbezüglich denn von einer aktuellen Analyse, die im Neuen Deutschland erschien, und in der es heißt, die Strategie der offenen Grenzen sei von Anfang an eines gewesen: ein „neoliberales Projekt“?*

CONRAD SCHUHLER: Das ist falsch. Offene Grenzen für Waren und Kapital waren und sind noch immer ein neoliberales Projekt. Aber offene Grenzen für Menschen? Die USA und die EU sind die Vorreiter des Neoliberalismus, und sie haben – die USA am Rio Grande gegen Mexiko, die EU mit Hilfe von Frontex und der Türkei gegen die aus Asien und Afrika kommenden Flüchtlinge – barbarische Grenzregimes errichtet, wo Tausende erschossen wurden und werden und im Wasser zu Tode kamen und kommen.

Die neoliberalen Staaten wappnen sich konsequent gegen offene Grenzen für Menschen. Richtig ist, dass Konzerne und ihre Regierungen Menschen, die sie vom Talent und der Qualifikation her zur Kapitalverwertung im Inland gebrauchen können, mit Green oder Blue Cards und ähnlichen Verfahren je nach Bedarf ins Land holen wollen. Mit offenen Grenzen hat das nichts zu tun.

Richtig ist Goldbergs Hinweis im Neuen Deutschland, dass internationale Migration eine demokratische Gestaltung der Wanderungsbedingungen braucht. Diesen Braindrain, dieses Wegziehen von Sachverstand aus den armen Ländern, hat der Kapitalismus auch schon vor seiner neoliberalen Phase praktiziert.

(Foto: Pixabay)

Aber was ist heute zu tun, bis wir die demokratische Gestaltung der Migration durchgesetzt haben? Sagen wir so lange, wir müssen erst diese Bedingungen schaffen, bis Ihr hereinkommen könnt? Bis dahin habt Ihr draußen zu bleiben? Das ist natürlich keine linke, keine humane Position. Wir müssen vielmehr die Öffnung der Grenzen für die Flüchtlinge gegen den neoliberalen Kapitalismus durchsetzen.

JENS WERNICKE: *Was erfahren wir im Buch denn, was in den endlosen Debatten der letzten Monate nicht schon in allen Medien wiedergekäut worden ist?*

CONRAD SCHUHLER: Neu dürfte vor allem sein, wie „der Flüchtling“ in den aktuellen Debatten und Diskursen als Brandbeschleuniger für offenen Rassismus hergenommen wird, der politisch zunehmend erfolgreich ist. Und zwar, wie gesagt, alles andere als nur von der AfD!

Die Zustimmung zu dieser Position – in den Umfragen „Wie wählen Sie morgen?“ sind es inzwischen bereits 15 Prozent, die AfD wählen würden – resultiert vor allem aus einer reaktionären Haltung in der „Flüchtlingsfrage“, die immer mehr an Land gewinnt. In Österreich sind die hierdurch verursachten Schäden bereits noch eindrucksvoller zu beobachten.

Das zweite Thema, zu dem ich einen Beitrag zu leisten versuche, ist die Frage danach, wie das denn eigentlich zu „schaffen“ sein kann: Hunderte Millionen von Flüchtlingen zu integrieren, viele Millionen davon in Deutschland.

Hier mache ich eine Rechnung auf, was es für die kapitalistische Weltwirtschaft kosten würde, wenn wir uns auf eine solidarische Gemeinschaft orientierten. Das würde viele Hunderte Milliarden, ja, es würde Billionen kosten. Niemals würde das globale Kapital das akzeptieren.

In Deutschland belaufen sich allein die Kosten für die laufende „Integration der Flüchtlinge“ weit oberhalb der Daten, die von Regierung und Parteien angegeben werden. Diese Kosten sind überhaupt nur aufzubringen, wenn die Reichen und Mächtigen im Lande zur Kasse gebeten werden. Das aber wird ohne einen entschlossenen politischen Kampf niemals geschehen.

Die Frage der Integration der Flüchtlinge ist daher eine Frage, die über die Klassenstruktur unserer Gesellschaft entscheidet. Mit einer neoliberalen kapitalistischen Gesellschaft ist die Flüchtlingsfrage schlicht nicht zu bewältigen.

JENS WERNICKE: *Das brachte auch Daniela Dahn im Interview auf den NachDenkSeiten mit mir auf den Punkt, als sie formulierte: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch von Fluchtursachen schweigen“. Darum geht es also im Kern… Nur, welche Handlungsmöglichkeiten sehen Sie denn, dass dieser gewollte Kampf der einen gegen die anderen Armen nicht immer weiter*

Publiziert auf Free21 am 04.06.2016, 10:28 Uhr, von Jens Wernicke auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC 2.0

eskaliert? Was können, was sollten wir Ihrer Einschätzung nach aktuell am besten und sinnvollsten tun?

CONRAD SCHUHLER: Die Flüchtlingsfrage ist eine Klassenfrage. Da hat Daniela Dahn vollkommen recht. Das heißt aber nicht, dass man an die Lösung der Frage erst herantreten kann, wenn der Kapitalismus überwunden ist. Sollen die Flüchtlinge in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eben im Mittelmeer ertrinken oder in den Stacheldrähten hängen bleiben, weil wir noch mit der Bewältigung der Klassenfrage beschäftigt sind? Wir müssen heute bereits alle Kräfte anspannen, um den Flüchtlingen effektiv zu helfen.

Die „Willkommenskultur" in Deutschland hat gezeigt, dass viele Zehntausende, die den Kapitalismus noch gar nicht entdeckt haben als Quell der inhumanen Zustände, sich bei deren Bewältigung schon einzubringen versuchen. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen. Der „bürgerliche Humanismus" bietet die Basis für ein konkretes Zusammengehen in der praktischen Solidaritätsarbeit, die dann die erste Stufe des Erkennens klassenmäßiger Zusammenhänge sein kann.

Zu dieser konkreten Solidarität gehört auch, dass Flüchtlinge nicht nur als Gegenstand von Mitmenschlichkeit gesehen werden, sondern als Kombattanten, als Mitkämpfer. Viele sahen zum Zeitpunkt ihrer Flucht Deutschland als das „Gelobte Land". Sie sind nicht hierhergekommen, um Revolution zu machen. Sie wollten ein Leben in ziviler und materieller Sicherheit. Nun merken sie, sie werden das hier nur bekommen im Kampf gegen die etablierten Eliten und deren Handlanger in Politik und Medien. In diesen Konflikten schärft sich bei den deutschen und den ausländischen Teilnehmern der Blick auf den Klassencharakter unserer Gesellschaft.

JENS WERNICKE: *Im Buch kommen Sie aber auch zu dem Schluss, dass nicht nur bezüglich des Rassismus, seines Entstehens und sozialer Fundierung bei vielen Linken weitgehend Unwissen herrscht, sondern viele, obwohl sie anderes glauben, auch große Wissensdefizite in Bezug auf die Ursachen von Flucht und die Spaltung der Welt in Nord und Süd, also Arm und Reich aufweisen. Inwiefern denn das? Welches Nicht- bzw. Halbwissen konstatieren Sie hier?*

CONRAD SCHUHLER: Dass man nicht genügend Fakten auch zu wichtigen Fragen parat hat, ist normal, auch gar nicht vermeidbar. Es gibt aber auch grundsätzliche Haltungen auf der Linken, die sehr problematisch sind.

In der Linkspartei wird zum Beispiel gerade die Frage thematisiert, ob man nicht die „soziale Frage" im nationalen Rahmen lösen müsse, bevor man die Grenzen öffnen oder überhaupt ausreichende Mittel zur Existenzverbesserung der Flüchtlinge ausgeben könne.

Wir kommen wieder an diese logische Konsequenz: Wir müssen die soziale und also Klassenfrage unter Einbezug der Flüchtlinge und ihrer Nöte lösen. Nicht zuerst das eine, und erst dann können wir uns den Flüchtlingen zuwenden. Wir brauchen eine gemeinsame Widerstandsfront gegen die Macht der neoliberalen Maschine.

JENS WERNICKE: *Und was wäre hiergegen zu tun? Ich meine: Was täte not zur Überwindung dieses zweiten, „globalen Widerspruchs"?*

Buch: Schuhler, Conrad: Die Große Flucht, Pappy Rosa Verlag Mai 2016.

CONRAD SCHUHLER: Wir brauchen dringend ein gesellschaftlich-politisches Lager, das sich für die Umverteilung des Reichtums von den Profiten zu den Löhnen, von den hohen Vermögen hin zum Ausbau eines leistungsfähigen Sozialstaates einsetzt. In diesen Zusammenhang gehört auch die Flüchtlingsfrage.

Die bedingungslose Aufnahme von Schutzsuchenden und die gleichen Rechte und sozialen Ansprüche für alle, die hier leben und zu uns kommen, kann nur auf der Grundlage eines erneuerten Sozialstaates stattfinden.

Das hat noch nichts mit der Überwindung des Kapitalismus zu tun. Aber viel mit seiner Beschneidung und viel mit dem notwendigen Wandel des Bewusstseins der „Subalternen", dass sie letzten Endes die wesentlichen Akteure in der Politik sein können.

JENS WERNICKE: *Noch ein letztes Wort?*

CONRAD SCHUHLER: Ich würde mir wünschen, dass die Humanisten aller Schattierungen schneller begreifen, dass sie entweder zusammen Erfolg haben oder gemeinsam untergehen werden. Die Katholiken, die mit Papst Franziskus sagen: „Diese Wirtschaft tötet", gehören dabei ebenso in ein solches Bündnis wie die Marxisten, die Kriege und Elend auf die Ursache eines bloß profitorientierten Kapitalismus zurückführen. Auch wenn man sich in den letzten Zielen noch nicht einig ist, so sollte man doch gemeinsam gegen die als Urheber des Verderbens erkannten Kräfte vorgehen.

JENS WERNICKE: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

Quellen:

Die Welt: „Deutschland will keine Integrations-Simulanten" *<http://www.welt.de/politik/deutschland/article154344903/Deutschland-will-keine-Integrations-Simulanten.html>*

RT Deutsch: Erneuter SPD-Angriff auf Geringverdiener – Nahles will alleinerziehenden Müttern Hartz IV kürzen *<https://deutsch.rt.com/inland/38061-spd-angriff-auf-geringverdiener-/>*

Frankfurter Allgemeine: Rente mit 70 *<http://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/vorsorgen-fuer-das-alter/wegen-niedriger-zinsen-die-rente-mit-70-13837141.html>*

Neues Deutschland: Ein neoliberales Projekt *<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1010245.ein-neoliberales-projekt.html>*

Der Standard: Warnung vor zunehmend gewalttätigem Rassismus in Österreich *<http://derstandard.at/2000013359820/Warnung-vor-zunehmend-gewalttaetigem-Rassismus-in-Oesterreich>*

Nachdenkseiten: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch von Fluchtursachen schweigen" *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=30582>*

Nachdenkseiten: Die globale Ordnung zerbricht *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=26641>*

Autor:

Jens Wernicke

Gewerkschaftssekretär und freier Journalist, war Mitglied im SprecherInnenrat der StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie im Vorstand des freien zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) e.V. Er arbeitete unter anderem als Referent für Bildungs- und Hochschulpolitik für die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag und ist aktuell Mitarbeiter bei den NachDenkSeiten.

https://jensewernicke.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 19. Mai 2016 auf Nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=33424› veröffentlicht. Lizenz: (CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://www.free21.org/?p=22386›

Der **Tiefe Staat** der USA

*Als Verfasser von politischen Sachbüchern setzte sich Scott mit zahlreichen Aspekten der US-amerikanischen Politik, insbesondere der US-Außenpolitik, in einer sehr kritischen Weise auseinander. Er schuf in diesem Zusammenhang die Begriffe **Tiefenpolitik** und Parapolitik, die er als hilfreich bzw. essentiell zum Verständnis bestimmter politischer Prozesse ansieht. Bei der Tiefenpolititk handelt es sich um miteinander verflochtene, der öffentlichen Kontrolle unzugängliche Strukturen innerhalb und außerhalb des Staatsapparates, die Prozesse von historischer Tragweite in Gang setzten. Dabei wird das Bestreben von Gesellschaften vorausgesetzt, bestimmte Facetten der Politik des eigenen Landes zu verdrängen. Dies gelte zum Beispiel für die Umstände, die zum Vietnamkrieg geführt haben, wie auch die Ermordung John F. Kennedys, zwei Ereignisse, die laut Scott eng miteinander verknüpft sind. Hinsichtlich der Ermordung des Präsidenten im Jahre 1963 untersuchte Scott vor allem die Kontakte zwischen der Mafia und bestimmter Personen aus CIA und FBI. (Quelle: Wikipedia)*

Von Peter Dale Scott

Seit einiger Zeit habe ich die Geschichte der Vereinigten Staaten analysiert im Lichte dessen, was ich „strukturelle Tiefenereignisse“ nenne, Ereignisse wie die Ermordung des Präsidenten Kennedy, wie der Einbruchsdiebstahl von Watergate, die Iran-Contra-Affäre (Irangate) und der 11. September. Es handelt sich um Angelegenheiten, die von Anfang an mit einem Mysterium behaftet sind. Außerdem beinhalten sie systematisch kriminelle oder gewalttätige Handlungen und sind eingebettet in geheim gehaltene Vorgänge der Nachrichtendienste. Schließlich haben sie zur Folge, dass sie den verborgenen Anteil des Staates erweitern und werden dadurch zum Gegenstand systematischer Verschleierung in den großen öffentlichen Medien und in den internen Regierungsarchiven [1].

In dem Maße, wie meine Studie tiefer in diese Angelegenheiten eingedrungen ist, habe ich eine wachsende Zahl von Gemeinsamkeiten zwischen ihnen entdecken können. Diese Feststellung macht es wahrscheinlicher, dass sie nicht externe, unvorhergesehene Intrusionen in die Geschichte der Vereinigten Staaten sind, sondern dass sie von einem endemischen Prozess herrühren und in unterschiedlichem Ausmaß an einer gemeinsamen Quelle teilhaben [2].

Mount Weather, Aerial of Mount Weather Emergency Operations Center, Virginia. OFFICIAL FEMA PHOTO/Karen Nutini (public domain)

> „Den Kreis von Planern der COG nehme ich wahr als einen der vielen Bausteine von dem, was ich als den US-amerikanischen Tiefen Staat bezeichne.“

Zum Beispiel gibt es einen Faktor, der die Ermordung von JFK, Watergate, Irangate und den 11. September miteinander verbindet. Es handelt sich um die Auswirkungen davon, dass in den Kulissen dieser Tiefenereignisse Einzelpersonen an der geheimsten und wichtigsten Krisenplanung der Vereinigten Staaten teilgenommen haben. Seit den 1950er Jahren wurde sie als Programm zur „Gewährleistung der Kontinuität der Regierung“ (COG für: Continuity of Government) bezeichnet – und allgemeiner im Pentagon „Doomsday-Projekt“ genannt. In ihrer Eigenschaft als Überwacher des vertraulichen Systems der COG hat eine beschränkte Zahl seiner Planer, zum Beispiel Donald Rumsfeld und Dick Cheney, Posten mit hoher Verantwortung besetzen können. Andere Elemente – über die ich in diesem Artikel sprechen werde – haben in den unteren Rängen im geheimen Kommunikationsnetz dieses Programms operiert.

Den Kreis von Planern der COG nehme ich wahr als einen der vielen Bausteine von dem, was ich als den US-amerikanischen Tiefen Staat bezeichne. Auch Agenturen wie die CIA und die NSA sind Teile davon sowie Privatunternehmen wie Booz Allen Hamilton, an die mehr als die Hälfte des Budgets des US-Nachrichtendienstes als Subunternehmer vergeben wird [3]. Dieser Tiefe Staat umfasst schließlich auch die mächtigsten Banken und andere multinationale Konzerne, deren Interessen und Meinungen innerhalb der CIA und der NSA voll vertreten werden. Aber obwohl sie ein Element zwischen so vielen anderen dieses Systems einer Schattenregierung sind, ist die Gruppe der Planer der COG doch eine sehr spezifische Gruppe aufgrund ihrer exklusiven Beherrschung eines Kommunikationskanals, der nicht unter der Kontrolle der Regierung steht. Dieses Netzwerk kann die soziale Struktur der Vereinigten Staaten bis in die Tiefen durchdringen und sie manipulieren oder dauerhaft stören. Ich analysiere diese Fragen im Detail in meinem neuesten Buch L’État profond américain, das im Mai 2015 veröffentlicht wird [A.d.Ü.: The American Deep State, Oktober 1914].

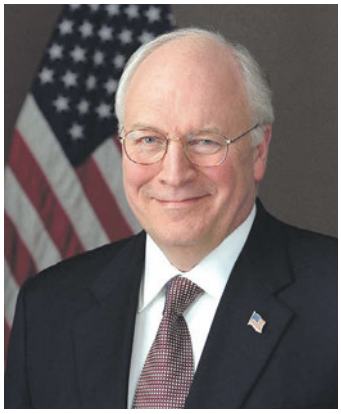
Die Planung der COG wurde ursprünglich autorisiert durch die Präsidenten Truman und Eisenhower als eine Art Vorbeugung auf einen verheerenden Atomangriff, der die US-Regierung führerlos machen würde. Infolgedessen zog die mit ihrer Entwicklung beauftragte Gruppe extreme Maßnahmen einschließlich der durch den Journalisten Alfonso Chardy 1987 als „Aufhebung der Verfassung“ bezeichneten in Betracht [4]. Doch tatsächlich hat ihr geheimes Kommunikationsnetzwerk – dessen Aktivierung für den Fall der Führerlosigkeit des Staates durch eine Katastrophe geplant worden war – in der Iran-Contra-Affäre davon Gebrauch gemacht, um ein offizielles Waffenembargo gegen den Iran, das von 1979 datierte, zu hintergehen. Das Ziel des vorliegenden Artikels ist es, die Möglichkeit zu untersuchen, dass dieses vertrauliche Netzwerk in gleicher böswilliger Weise im November 1963, zum Zeitpunkt der Ermordung des Präsidenten Kennedy, missbraucht worden sein könnte.

Publiziert: 8.06.2015 (20:30) - Aktualisiert: 08.06.2015 (22:00), übernommen von ‹http://www.politaia.org/allgemein/der-tiefe-staat-in-den-usa/›

Der rechtswidrige Gebrauch dieses alternativen Kommunikationssystems während der Iran-Contra-Affäre ist ausführlich dokumentiert worden. Lieutenant Colonel [Oberstleutnant] Oliver North überwachte die Waffenverkäufe an den Iran unter Nutzung seiner Hilfsmittel als Offizier des Nationalen Sicherheitsrates (NSC), der mit der Planung der COG unter dem Deckmantel eines ‚National Program Office', überwacht durch den Vizepräsidenten George Bush sen., beauftragt war [5]. North und seine Vorgesetzten konnten auf diese Weise das Krisennetzwerk der COG – damals ‚Flashboard' genannt – benutzen, um die Waffenverkäufe an den Iran zu organisieren. Sie mussten der Öffentlichkeit wie auch anderen Teilen der Washingtoner Bürokratie verheimlicht werden. Wenn North eilige Anweisungen für diese Waffenlieferungen an die US-Botschaft in Lissabon schickte – Aufträge, die unmittelbar gegen das Verbot solcher Verkäufe verstießen –, dann benutzte er folglich das System ‚Flashboard', um die Alarmierung des Botschafters und anderer feindlich gesinnter Beamter zu vermeiden.

Das dokumentierte Beispiel der Iran-Contra-Affäre erlaubt mir zu erläutern, was ich über die Nutzer des COG-Netzwerks denke und gleichermaßen auch, woran ich bei diesem Thema nicht denke. Zunächst einmal denke ich nicht, dass eine einzige „geheime Mannschaft" – um den Ausdruck des ehemaligen Pentagonoffiziers L. Fletcher Prouty aufzugreifen – über Jahrzehnte das COG-System benutzt hat, um von außen die Regierung der Vereinigten Staaten zu manipulieren. Es gibt keinen Beweis dafür, dass Norths Aktionen in der Iran-Contra-Affäre seinen Vorgesetzten bekannt gewesen wären, mit Ausnahme des Direktors der CIA William Casey und wahrscheinlich des Vizepräsidenten George Bush sen.

Tatsache ist, dass in dieser Affäre ein sehr beschränkter Kreis von hohen Funktionsträgern Zugang zu einem hochrangigen Netzwerk außerhalb der Regierungskontrolle hatte, um damit ein Vorhaben umzusetzen, das im Gegensatz zur offiziellen Politik des Staates stand. Seine Mitglieder gaben der Versuchung nach, dieses gesicherte Netzwerk, das für einen anderen Zweck erdacht worden war, zu benutzen. In meinem Buch „La route vers le nouveau desordre mondiale" habe ich erklärt, dass dieses System am 11. September wieder benutzt wurde, um entscheidende Befehle an Empfänger zu geben, für die die Kommission zur Untersuchung der Ereignisse keinerlei Archiv hat finden können [6]. Wir wissen nicht, ob diese Netzwerkanlage in diesem Fall benutzt wurde, um rechtswidrige Ziele wie im Fall der Iran-Contra-Affäre zu erreichen.



US-Vizepräsident Richard Bruce „Dick" Cheney, 2005 (gemeinfrei)

Es ist sicher, dass das Programm des Krisennetzwerks der COG die Entlassung von Oliver North durch Präsident Reagan im Kielwasser von Irangate 1986 überlebt hat. Seine geheime Entwicklung wurde in der Tat über Jahrzehnte fortgesetzt: Es wurde mit mehreren Milliarden Dollar finanziert und zwischen 1982 und 2000 durch eine Mannschaft mit Dick Cheney und Donald Rumsfeld überwacht. Es ist wichtig hervorzuheben, dass die Teilnahme dieser beiden Männer an diesem Gremium durch drei Präsidentschaften hindurch angedauert hat – die von Reagan, von Bush sen. und von Clinton. In der letzteren bekleidete keiner der beiden irgendeine Regierungsfunktion. Diese Kontinuität war wichtig für einen derart geheimen Kreis, dass über seine Aktivitäten sehr wenige Aufzeichnungen existieren. Am 11. September wurden die Planungen der COG erstmals offiziell angewendet durch den Vizepräsidenten Cheney und den Verteidigungsminister Rumsfield – durch die beiden Männer, die sie über zwei Jahrzehnte entwickelt hatten. [7]

Ob sie über Iran-Contra auf dem Laufenden waren oder nicht, Cheney und Rumsfeld waren Teil des Planungsgremiums der COG zu einer Zeit, als North das Netzwerk benutzte, um Waffen an den Iran zu verkaufen. Ein so offensichtliches Bindeglied gibt es nicht zwischen der Entwicklung dieses Programms und der Watergate-Affäre. Dennoch ist die Einbeziehung von Elementen der COG in diese Affäre frappierend. Tatsächlich war James McCord, einer der Einbrecher von Watergate, Mitglied einer kleinen Reserveeinhait der US-Luftwaffe in Washington, die wiederum angeschlossen war an das Amt für Notfallvorsorge (OEP für: Office of Emergency Preparedness). Diese Einheit war beauftragt, „die Liste der Extremisten aufzustellen und Krisenmaßnahmen (…) in Zeiten mit bewaffneten Konflikten zu entwickeln" [8]. Seine Einheit war Bestandteil des Programms für Kriegsinformationssicherheit (WISP für: Wartime Information Security Program). Es hatte die Verantwortung für die Aktivierung der „Notfallpläne für die Verhängung der Zensur über Presse, Post und jede Nachrichtenübermittlung (die der Regierung inbegriffen), [wie auch] der Vorbeugehaft für Zivilpersonen, die ein ‚Sicherheitsrisiko' darstellten, durch Unterbringung in militärischen ‚Lagern'" [9]. Darüber hinaus hatte John Dean – der wahrscheinlich die Schlüsselfigur von Watergate war – an geheimen COG-Aktivitäten teilgenommen, als er Assistent des Justizministers war [10].

Im Fall der Ermordung des Präsidenten Kennedy möchte ich mich auf zwei Personen konzentrieren, die für das Kommunikationsnetz des Amtes für Notfallplanung (OEP für: Office of Emergency Planning), 1968 umgetauft in „Amt für Notfallvorsorge" (mit James McCord in diese Agentur eingegliedert) arbeiteten. 1982 wurde die Behörde umbenannt in „Amt für Nationales Programm" (NPO für: National Program Office, wo Oliver North Sonderbeauftragter des Nationalen Sicherheitsrates NSC war) [11].

Donald Rumsfeld (Foto: Robert D. Ward, gemeinfrei)

Der erste dieser beiden Individuen ist Winston Lawson. Am Tag des Attentats auf JFK in Dallas war er der Aufklärer des Geheimdienstes, der – von dem Wagen an der Spitze des Geleitzugs des Präsidenten an – die Verantwortung hatte für die Funkkanäle seiner Agentur, die in diesem Konvoi aktiviert waren. Das andere Person ist Jack Crichton, ein Reserveoffizier des militärischen Geheimdienstes, der mit dem stellvertretenden Chef des Polizeidepartments von Dallas (DPD) George Lumpkin, den russischen Dolmetscher für die erste Vernehmung von Marina Oswald durch den DPD auswählte. Letztere war die Ehefrau von Lee Harvey Oswald, dem designierten Attentäter von JFK. Wie wir sehen werden, wurden ihre Erklärungen bei diesem Gesprächs mit der Polizei verfälscht [12].

Lawson zog sich die Kritik der Erforscher des Mordes an JFK zu, sowohl für seine befremdlichen Handlungen vor und während des Ereignisses wie auch für seine späteren falschen Zeugenaussagen – von denen bestimmte unter Eid

abgelegt wurden. Zum Beispiel berichtete Lawson nach dem Attentat, dass Motorräder der Polizei ursprünglich auf „die Seiten links und rechts vom Wagen des Präsidenten“ verteilt werden sollten [13]. Am Morgen des 22. November indessen wurden die Anordungen so verändert [14], dass die fraglichen Motorräder „genau hinter dem Wagen des Präsidenten“ fuhren – wie Lawson selbst es in der Warren-Kommission bestätigte [15]. Kapitän Lawrence, ein Polizeibeamter aus Dallas, bezeugte dass die Eskorten, ehe sie an den Seiten des Wagens von JFK positioniert wurden, auf Anordnung Lawsons hinter den Wagen umgruppiert wurden [16]. Es zeigt sich, dass dieses Manöver den Präsidenten verwundbarer machte für potentielles Kreuzfeuer.

Auf dem Flugplatz Love Field von Dallas installierte Winston Lawson in der Morgendämmerung des 22. November in dem Wagen, der an der Spitze fahren sollte, die Basis der Funkanlage, deren Frequenzen von allen Agenten des Geheimdienstes benutzt wurden, die im Begleitzug des Präsidenten operierten. Durch die Kommunikationsagentur des Weißen Hauses betrieben (WHCA für: White House Communications Agency), wurde dieser Funkkanal benutzt, um Schlüsselentscheidungen vor und nach dem Attentat auf JFK zu treffen. Im Gegensatz zu den Kanälen 1 und 2 des DPD wurden seine Aufzeichnungen jedoch nie an die Warren-Kommission oder an eine spätere Untersuchung übermittelt. Das WHCA hat diese Aufnahmen nicht geheim gehalten, weil sie unwichtig wären; im Gegenteil, sie enthalten sehr wertvolle Informationen.

Auf ihrer Internetseite rühmt sich diese Agentur, sie sei „ein zentraler Akteur in der Dokumentation des Mordes an Präsident Kennedy“ gewesen [17]. Allerdings fällt es schwer zu verstehen, für wen ihre Archive zusammengestellt wurden und warum die Warren-Kommission, die HSCA [18] und ARRB [19] keinen Zugang dazu bekamen – das ist nicht zu rechtfertigen [20].

Die JFK-Limousine in Dallas, wenige Minuten vor dem Attentat. (Foto: Walt Cisco, Dallas Morning, gemeinfrei)

Wie einige Autoren beschrieben, enthalten die Aufzeichnungen der WHCA den „Schlüssel“ zum ungelösten Rätsel des Unbekannten, der nach den Schüssen auf JFK den Konvoi des Präsidenten zum Parkland Hospital weiterleitete. Die Bedeutung dieser anscheinend simplen Anweisung – an das Subjekt, von dem es viele widersprüchliche Zeugenaussagen gibt – wird verstärkt, wenn wir in der Neu-Abschrift des Polizeifunks von Dallas die wiederkehrenden Anordnungen lesen, „die Gesamtheit des [Gewohnheits-] Verkehrs für den Krankenwagen auf dem Weg nach Parkland Code 3 zu unterbrechen“ [21]. Dieses Rettungsfahrzeug hatte nichts mit dem Attentat auf den Präsidenten zu tun, das noch nicht über den DPD-Funk bekanntgegeben worden war. In Wahrheit war dieser Rettungswagen etwa zehn Minuten vor den Schüssen auf JFK mobilisiert worden. Er sollte jemandem vor dem Schulbuchdepot des Staates Texas (TSBD für: Texas School Book Depository) zu Hilfe kommen, von dem man fälschlicherweise glaubte, er hätte einen epileptischen Anfall gehabt [22].

Lawson berichtete später dem Geheimdienst, er hätte über sein Funkgerät gehört, „dass [der Konvoi] zum nächsten Krankenhaus kommen solle.“ Ebenso schrieb er, er hätte „den Offizier Curry gebeten, sich zu versichern, dass das Krankenhaus kontaktiert sei“, weil der „Wagen an der Spitze [des Konvois] den Motorrädern helfe, den Präsidenten nach (…) Parkland zu eskortieren“ [23]. Mit anderen Worten, nachdem Lawson über Funk etwas von der WHCA gehört hatte, sorgte er dafür, dass die Limousine des Präsidenten dem Weg folgte, der schon für den vermeintlichen Epileptiker gesichert war. (In seiner sehr präzisen Zeugenaussage vor der Warren-Kommission gab Lawson keine Auskunft über die Tatsache, dass diese Route im voraus freigehalten worden war. Im Gegenteil, er erklärte, dass der Konvoi „die Fahrzeuge stoppen, [dass seine Mitglieder ihre] Hände aus dem Fenster halten und die Sirenen und die Hupen heulen lassen [musste], um sich einen Weg zu bahnen“) [24].

Der Funkkanal der WHCA, den Lawson und seine Kollegen nutzten, war in direktem Kontakt mit der Basis dieser Agentur in Mount Weather in Virginia. Dabei handelt es sich um die Militäranlage des Netzwerks der COG. Von diesem Platz wurden die Mitteilungen des Geheimdienstes an das Weiße Haus weitergeleitet „über die zahlreichen Kommunikationssysteme, die Mount Weather mit dem Weißen Haus und ‚Raven Rock‘ – dem ‚Pentagon-Souterrain‘ 100 Kilometer nördlich von Washington – verbinden ebenso wie mit praktisch allen Einheiten der US-Armee, die über den Globus positioniert sind“ [25].

Jack Crichton, der Chef der 488sten Reserveeinheit des militärischen Geheimdienstes von Dallas, gehörte gleichermaßen zum Netzwerk der COG, das von Mount Weather aus geleitet wurde. Tatsächlich war er damals der Geheimdienstler innerhalb des Zivilschutzes von Dallas, der in einer unterirdischen Kriseneinsatzzentrale (OEC für: Operating Emergency Center) untergebracht war. Wie Russ Baker berichtete, „musste er gegebenenfalls die ‚Kontinuität der Regierung‘ [COG] im Falle eines Angriffs sicherstellen, [die OEC] war vollständig mit Kommunikationsmitteln ausgerüstet“ [26]. Heute erinnert man sich mit Spott an dieses Programm, das den Schülern geraten hatte, im Falle eines atomaren Angriffs die Köpfe unter die Schulbänke zu stecken [27]. Aber 1963 war der Zivilschutz eine der Krisenaufgaben, die dem Amt für Notfallplanung (OEP) zugeordnet waren. Und aus diesem Grund konnten Jack Crichton und der Geheimdienstagent Lawson in direkten Kontakt mit dem Notfall-Kommunikationsnetz der OEP treten, das in Mount Weather seine Basis hatte.

Jack Crichton ist von großem Interesse, denn zusammen mit dem Vizechef des DPD George Lumpkin hatte er die Aufgabe, für das Verhör von Marina Oswald einen russischstämmigen Dolmetscher auszuwählen (auch Lumpkin war Offizier der 488sten Reserveeinheit des militärischen Geheimdienstes). Es war Ilya Mamantov, der die Worte von Marina Oswald während ihrer ersten Vernehmung durch das DPD am 22. November übersetzte. Die Erklärungen, die man ihm in diesem Gespräch zugeschrieben hat, wurden später benutzt, um aufrechtzuerhalten, was ich die „Primärgeschichte“ genannt habe; sie behauptete, dass Russland und/oder Kuba hinter der Ermordung Kennedys steckten. Diese Anschuldigungen werden noch immer von gewissen Quellen der CIA verteidigt.

Publiziert: 8.06.2015 (20:30) - Aktualisiert: 08.06.2015 (22:00), übernommen von ‹http://www.politaia.org/allgemein/der-tiefe-staat-in-den-usa/›

Wie das FBI zusammenfasst, hat die Erklärung Mamantovs über die Zeugenaussage von Marina eine Beziehung zwischen Oswald und einer Waffe hergestellt, die er in der UdSSR erworben hatte:

„Marina Oswald gab an, dass Lee Harvey Oswald ein Gewehr besaß, dass er etwa zwei Jahre zuvor in Russland benutzt hatte. In der Garage [des Wohnsitzes von Ruth Paine] sah sie das, was sie für dieselbe Waffe hielt, in einem Tuch (…) Marina Oswald erklärte, dass man ihr am 22. November im Polizei-Department von Dallas ein Gewehr gezeigt habe. Sie bestätigte, dass es von dunkler Farbe sei wie dasjenige, welches sie gesehen hatte, dass sie sich aber nicht an seinen Zuschnitt erinnere“ [28].

Diese sehr spezifischen Einzelheiten – denen zufolge Marina erklärt hätte, ein dunkles Gewehr ohne Zielfernrohr gesehen zu haben – wurden bestätigt in einer nicht eidlichen Erklärung, die von der Betreffenden und von Mamantov unterschrieben wurde [29] und vom Beamten des DPD B.L. Senkel in Empfang genommen wurde [30]. Sie wurden erneut bekräftigt durch Ruth Paine, die an dem Gespräch mit Mamantov teilgenommen hatte [31]. Sie wurden gleichermaßen in der folgenden Nacht am Ende einer erneuten Vernehmung Marinas bestätigt, die vom Geheimdienst durchgeführt und von Peter Gregory – einem engen Freund Mamantovs – übersetzt wurde. Jedoch enthüllt eine Abschrift dieses Gesprächs, dass die Quelle dieser Details nicht Marina Oswald war, sondern Gregory selbst:

„**(F)** ‚War diese Waffe ein Gewehr oder eine Pistole; ganz einfach, welche Art Waffe war das? Kann sie diese Frage beantworten?‘

(A) ‚Das war eine Waffe.‘

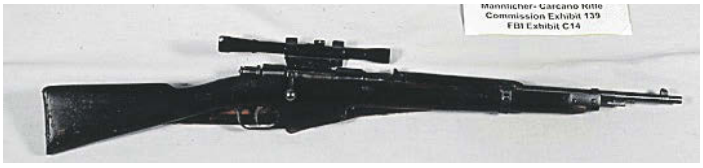
M. GREGORY FRAGT SIE: ‚Können Sie sie beschreiben?‘

ANMERKUNG: **[MARINA OSWALD:]** ‚Ich kann sie nicht beschreiben, denn für mich sieht ein Gewehr wie alle anderen aus.‘

ÜBERSETZUNG VON GREGORY: ‚Sie hat gesagt, dass sie es nicht beschreiben kann. Es war eine Art dunkles Gewehr wie jedes andere normale Gewehr …‘

[MARINA,] auf Russisch: ‚Da war eine Ausbeulung (oder eine Erhöhung), aber ich habe nie das Fernrohr hindurch [durch das Tuch] sehen können.‘

ÜBERSETZUNG DURCH GREGORY: ‚Sie sagt, dass dort eine Erhöhung war, aber dass da kein Fernrohr war – kein Zielfernrohr –“ [32].



Das mutmaßliche Gewehr von Oswald (US-Gouvernment, gemeinfrei)

Wenige Minuten vor den Schüssen. (Foto: Victor Hugo King, PublicDomain)

Daraus müssen wir nicht nur schließen, dass Gregory die Zeugenaussage von Marina fälschte („ein Gewehr sieht wie alle anderen aus“), sondern dass sein Freund Mamantov dasselbe tat. Vor der Warren-Kommission bestätigte der letztere bei nicht weniger als sieben Wiederaufnahmen, dass Marina zur Beschriebung des Gewehrs das Wort „dunkel“ benutzt hätte.

Andere Zeugen in Dallas erklärten, dass Oswalds Waffe ohne Zielfernrohr gewesen sei, bis eines eingesetzt wurde durch Dial Ryder, einen Waffenhändler in dieser Stadt. Der Warren-Bericht widerlegte diese immerhin bekräftigte Versicherung in ausgearbeiteter Weise und seine Autoren kamen zu dem Schluss, dass „die Authentizität der Reparaturrechnung“, die als Beweis benutzt wurde, „ernsthafte Zweifel wecke“ [33].

Genau von diesem Punkt können wir ableiten, was die Warren-Kommission nicht sehen wollte: die Indizien für ein Komplott, das darauf zielte, die Zeugenaussagen von Marina zu entstellen und möglicherweise die Waffe von Lee Harvey Oswald an ein dunkles Gewehr ohne Fernrohr anzugleichen, das er in der UdSSR besaß. Die Tatsache, dass Mamantov ihre Worte so entstellte, führt uns zu der Frage, warum Jack Crichton und der DPD-Vizechef George Lumkin – beide Offiziere der 488sten Reserveeinheit des militärischen Geheimdienstes – diesen Mann zum Dolmetscher von Marina ernannt hatten. Unser Anliegen wird verstärkt durch die Tatsache, dass B.L. Senkel, der DPD-Beamte, der die eidliche Zeugenaussage von Marina empfing, der Partner des Polizisten F. P. Turner war. Dieser beschaffte die umstrittene Reparaturrechnung für das Gewehr [34], Senkel und er hatten den größten Teil des 22. November mit dem Vize-Direktor Lumpkin verbracht. Tatsächlich begleiteten sie ihn vor allem im Lotsenwagen des Präsidentengeleits, während er sich mit Winston Lawson verständigte, der im Fahrzeug an der Spitze des Konvois hinter ihnen fuhr.

Ich komme zu dem Schluss, dass wir in den Taten und Gesten von Crichton und Lawson – von denen wir wissen, dass sie in das Krisen-Kommunikationsnetz der COG in Dallas eingebunden waren – einen verdächtigen Komplex von Verhaltensweisen – Lumpkin und andere Akteure einbegriffen – entdecken können (oder das, was wir konspirative Umtriebe nennen). Diese wiederholten Versuche, Oswald in eine „Primärgeschichte“ zu verstricken, die die UdSSR beschuldigt, hinter dem Mord an JFK zu stehen, scheint mir eine Hypothese nahe zu legen, für die ich weder einen Beweis noch eine alternative Erklärung habe: Es kann sein, dass jemand quer durch das WHCA-Netz die Quelle der Beschreibung eines Verdächtigen mit genau denselben irrtümlichen Maßen von Lee Harvey Oswald ist, die in den Akten des FBI und der CIA über ihn genannt sind (1,78m, 75kg). Diese Personenbeschreibung ist wichtig, aber sie bleibt unerklärlich.

Es muss betont werden, dass keine andere Quelle bekannt ist, die Oswald diese recht präzisen Maße nach der Ermordung von JFK zuschreibt. Als er zum Beispiel an jenem Tag in Dallas verhaftet und angeklagt wurde, registrierte die Polizei 1,75m und 59kg auf seiner Fingerabdruckkarte [35]. Die erste Bezugnahme auf 1,78m / 75kg für Oswald stammte von seiner Mutter Marguerite, die ihren Sohn mit seinen Maßen im Mai 1960 – als er seinen Wohnsitz in Russland hatte – dem FBI-Agenten John Fain beschrieb [36].

Nach den Schüssen auf JFK war es Polizeiinspektor Herbert Sawyer, der diese irrtümliche Beschreibung über den Polizeifunkkanal abgab. Er hatte diese Personenbeschreibung vor dem TSBD gehört – ohne jedoch den Zeugen am Ursprung dieser Angaben identifizieren oder beschreiben zu können [37]. Die Autoren des Warren-Berichts versicherten kategorisch, diese Quelle wäre Howard Brennan [38]. Sie gaben an, dass er am Abend des 22. No-

vember Oswald während der polizeilichen Gegenüberstellung als die Person identifiziert habe, die dem Schützen am Fenster am meisten ähnelte. Er habe aber erklärt, dass er nicht förmlich identifizieren könne [39]. Allerdings gibt es zahlreiche Gründe, diese Beschuldigung zu hinterfragen, angefangen von den Widersprüchen in der Zeugenaussage von Brennan selbst – wie sie Anthony Summers in seinem Buch Conspiracy, S. 109–110 aufgeführt hat. Übrigens hat der Fachmann Ian Griggs mit soliden Argumenten bestätigt, dass Brennan an jenem Abend nie Oswald hinter dem DPD-Spiegel ohne Spiegelbelag gesehen habe (Die Polizeiarchive ordnen Oswald am 22. November drei polizeiliche Gegenüberstellungen zu, was durch mehrere Zeugenaussagen gestützt wird. Trotzdem können wir keinen Beweis dafür finden, dass Brennan an einer von ihnen teilgenommen hat) [40].

Es gibt einen anderen greifbaren Grund, daran zu zweifeln, dass Brennan der Ursprung dieser Identifizierung war. Tatsächlich erklärte dieser später vor der Warren-Kommission, er habe den Verdächtigen im TSBD gesehen, „sich aufrecht haltend und gegen den Sims des linken Fensters lehnend [auf der fünften Etage dieses Bauwerks]". Aufgefordert zu beschreiben, was er von dieser Person habe wahrnehmen können, antwortete Brennan: „Wahrscheinlich habe ich seinen ganzen Körper beobachten können, von den Hüften an. Aber in dem Augenblick, als er schoss, [meine ich, ihn] oberhalb der Taille [gesehen zu haben]" [41].

Die Ungeschicktheit von Brennans Worten zieht die Aufmerksamkeit auf das grundlegende Problem, das aus dieser Beschreibung zu folgern ist. In der Tat ist es schwierig sich vorzustellen, dass jemand die Größe und das Gewicht eines Mannes schätzen kann, der nur teilweise sichtbar ist an einem Fenster im fünften Stock. Folglich haben wir objektive Gründe anzunehmen, dass diese Personenbeschreibung aus anderer Quelle stammen kann als von Brennan.

Der berühmte Watergate-Komplex. (Foto: Indutiomarus, PublicDomain)

Da wir wissen, dass diese genauen Maßangaben nur in den FBI- und CIA-Akten über Oswald gefunden werden können, erscheint der Verdacht legitim, dass die unbekannte Quelle sich auf geheime Datensammlungen der Regierung stützt.

Für den 22. November haben wir eine Interaktion zwischen den Kanälen der WHCA und des DPD dank der tragbaren WHCA-Funkanlage, die Lawson im Wagen an der Spitze des Konvois installiert hatte, feststellen können [42]. Durch den Polizeifunk war dieses Fahrzeug in Kontakt mit dem Lotsenwagen, der vor ihm fuhr und den Vizechef des DPD Lumpkin – einen Offizier der 488sten Reserveinheit des militärischen Geheimdienstes – transportierte [43]. Wir haben gesehen, dass parallel dazu dieser WHCA-Funk mit dem neuralgischen Zentrum der COG in Mount Weather, Virginia, in Kontakt war. Und diese Basis verfügte über vertrauliche Kommunikationssysteme, die Daten aus klassifizierten Akten übertragen konnten, ohne dass irgendein anderer Teil der Regierung darauf aufmerksam wurde.

Schieben wir also einen aufschlussreichen Exkurs über den Kontext der Ermordung des Präsidenten Kennedy ein. Heute ist eindeutig erwiesen, dass er 1963 so unruhig war über „die Bedrohung durch einen Landesverrat der extremen Rechten", dass er den Hollywood-Filmregisseur John Frankenheimer mit hoher Dringlichkeit dazu überredete, den Roman „Sieben Tage im Mai zu verfilmen" [44]. In diesem Buch „hat ein charismatischer höherer Beamter – der US-Luftwaffen-General James Mattoon Scott – die Absicht, einen Staatsstreich zu organisieren. (…) Nach seinem Plan übernimmt [übernähme] eine geheime Kampfeinheit der US-Armee mit Namen ECOMCON (Emergency COMmunications CONtrol) die Kontrolle über das Telefon-, Funk- und Fernsehnetz, während die aufständischen Elemente die Armee, die Medien und ihre Zwischenstation im Kongress von ‚Mount Thunder' aus (eine CGO-Basis in Anlehnung an die von Mount Weather) dirigier[t]en".

Es ist auch öffentlich bekannt, dass Präsident Kennedy 1963 große Unzufriedenheit auf der rechten Seite des politischen Schachbretts geweckt hatte – großenteils wegen seiner immer offensichtlicher zutage tretenden Absicht, sich an die Sowjetunion anzunähern. Die in dem Buch und in seiner filmischen Umsetzung beschriebene Verschwörung spiegelt die Sorgen der Liberalen in Bezug auf Generäle wie Edwin Walker wider, der 1961, nachdem Kennedy seinen politischen Aktionismus in der US-Armee kritisiert hatte, entlassen worden war (Walker hatte Unterlagen der extrem konservativen John Birch Society sowie die Namen von Kandidaten der Rechten, die gewählt werden sollten, an seine Soldaten verteilt) [45]. Trotzdem können wir annehmen, dass Kennedy über keine konkreten Beweise für einen von Mount Weather angestifteten Putsch verfügte. Im gegenteiligen Fall ist es wenig wahrscheinlich, dass er sich damit begnügt hätte, einen fiktionalen Spielfilm zu unterstützen.

Hervorzuheben ist nun, dass obwohl Elemente der COG, wie die Basis in Mount Weather, dem Pentagon angegliedert waren, die entsprechende „Schattenregierung" in keinem Fall unter der Kontrolle der Armee stand. Im Gegenteil, Präsident Eisenhower hatte dafür gesorgt, dass seine Verwaltungsspitze vielfältig und elitär war, so dass zu seinen Planern einige der wichtigsten Unternehmenschefs der Vereinigten Staaten gehörten, wie der Präsident von CBS Frank Stanton [46]. Nach dem, was man über die Führungsspitze der COG in den Jahrzehnten nach dem Erscheinen Reagans im Jahr 1981 weiß, schloss diese „Schattenregierung" auch Geschäftsführer von multinationalen Konzernen ein, darunter Donald Rumsfeld und Dick Cheney, sowie drei ehemalige CIA-Direktoren: Richard Helms, James Schlesinger und George Bush sen. [47].

1987 schrieb Alfonso Chardey, dass diese „parallele Quasiregierung", die es Oliver North erlaubte, die heimlichen Operationen von Iran-Contra durchzuführen, auch „eine geheime Notfallplanung [entwickelt hatte,] die die Aufhebung der Konstitution rühmte bei Übertragung der Kontrolle der Vereinigten Staaten an die FEMA" [48]. Im selben Jahr wurde North während der parlamentarischen Anhörungen von Irangate zu dieser Anschuldigung befragt, aber Senator Daniel Inouye, der dem Ausschuss im Kongress vorstand, hinderte North daran, diese Frage in einer öffentlichen Sitzung zu beantworten.

Nachdem später CNN diese mächtige Planungsgruppe COG untersucht hatte, bezeichnete der Fernsehsender sie als „Schattenregierung [stationiert in den Vereinigten Staaten], über die Sie nichts wissen" [49] Der Journalist und

Publiziert: 8.06.2015 (20:30) - Aktualisiert: 08.06.2015 (22:00), übernommen von ‹http://www.politaia.org/allgemein/der-tiefe-staat-in-den-usa/›

Autor James Mann hob ihre militaristische Kontinuität hervor, die in keiner Weise durch die Präsidentenwechsel im Weißen Haus gestört wurde:

„Cheney und Rumsfeld waren in gewissem Ausmaß die Grundelemente der dauerhaften, aber unsichtbaren nationalen Sicherheitseinrichtung der Vereinigten Staaten, wobei sie in einer Welt lebten, wo die Präsidenten aufeinander folgen, aber ihr Land im ewigen Krieg steht“ [50].

Der Reporter Andrew Cockburn ging weiter und zitierte eine Quelle aus dem Pentagon, um zu beweisen, dass eine Planergruppe der COG unter Präsident Clinton damals zum ersten Mal „fast ausschließlich aus republikanischen Falken bestand“. Nach seiner Quelle an hoher Stelle „‚[k]önnte man von einer geheimen Regierung sprechen, die darauf wartet, dass sie an der Reihe ist. Die Clinton-Verwaltung war demgegenüber außergewöhnlich gleichgültig, [sie hatten] keine Vorstellung davon, was sich dort abspielte‘“ [51].

Die Beschreibung der COG-Planer durch diesen hohen Funktionsträger des Pentagon als „eine geheime Regierung, die darauf wartet, dass sie an der Reihe ist“ – während der Präsidentschaft Clintons, dessen Mannschaft auch Cheney und Rumsfeld einschloss –, kommt der Definition einer „Clique“ oder eines „Klüngels“ sehr nah (das heißt, einer Gruppe von Personen, die sich heimlich zusammengetan haben, um eine Umwälzung oder den Umsturz einer Regierung zu bewirken). Eine vergleichbare Situation konnte unter der Präsidentschaft von Jimmy Carter beobachtet werden. Zu der Zeit verbündeten sich bestimmte künftige Protagonisten von Irangate – darunter George Bush sen. und der frühere CIA-Offizier Theodore Shackley – mit den Geheimdienstchefs fremder Staaten, die in dem sogenannten Safari Club zusammenkamen. Ihr gemeinsames Ziel war es, „außerhalb der Kontrolle durch den Kongress und die Agentur [CIA] mit [dem US-Botschafter im Iran

James Earl „Jimmy“ Carter (gemeinfrei)

und ehemaligen Direktor der CIA Richard] Helms ebenso wie mit seinen loyalsten Männern zusammenzuarbeiten“ [52]. Dieses Netzwerk fing an, Guerilla-Kräfte in Afrika – darunter die UNITA von Jonas Savimbi in Angola – zu unterhalten, wohl wissend, dass ihre Operationen durch die CIA von William Colby oder Stansfield Turner unter Präsident Carter nicht unterstützt wurden [53].

Gewisse Schlüsselfiguren des Safari Clubs – unter anderem der Chef des französischen Auslandsgeheimdienstes (SDECE) Alexandre de Marenches – arbeiteten mit dem CIA-Direktor William Casey, mit George Bush sen. oder Theodore Shackley in der sogenannten „republikanischen Gegenüberraschung“ vom Oktober 1980 zusammen, die die Wiederwahl von Jimmy Carter verhindern sollte. Der Plan bestand darin, die Bemühungen des Weißen Hauses um Repatriierung der Geiseln der US-Botschaft in Teheran vor den Präsidentschaftswahlen zu vereiteln, indem ein Abkommen zwischen den Republikanern und den Iranern verhandelt wurde, das für beide Seiten günstig war. Die Geiseln wurden schließlich nur einige Stunden nach der Amtsübernahme von Präsident Reagan am 20. Januar 1981 befreit [54].

Dieser krumme Coup der Republikaner war nach der Ermordung von JFK und Watergate das dritte strukturelle Tiefenereignis in der jüngeren Geschichte der Vereinigten Staaten, vor Irangate und dem 11. September. Die illegalen Kontakte mit dem Iran wurden 1980 eröffnet durch die, wie man sagen könnte, „Gruppe der Oktober-Gegenüberraschung“, die wir beschrieben haben. Um einen Begriff von Alfonso Chardy aufzunehmen, war dies die „Genese“ der Waffenverkäufe von Iran-Contra, die durch die Planer der COG/Mount Weather zwischen 1984 und 1986 überwacht wurden [<55>].

In einem wichtigen Interview mit dem Investigativjournalisten Robert Parry bestätigte der pensionierte CIA-Agent Miles Copeland, dass eine „CIA in der CIA“ diesen Coup von 1980 bewirkt habe, denn sie habe „beschlossen, dass Carter zum Wohle des Landes von der Präsidentschaft ausgeschlossen werden müsse“ – nach seinen eigenen Worten [56]. Copeland erklärte Robert Parry offen, dass er die Meinung teile, nach der Jimmy Carter „eine große Gefahr für die Nation repräsentiere“, und der frühere Mossad-Agent Ari Ben-Menashe gab Parry gegenüber an, dass Copeland selbst in Wahrheit der „Drahtzieher“ des „Waffen-gegen-Geiseln“-Abkommens von 1980 sei und dass er „die Kooperation der Republikaner mit Israel vermittelt“ habe [57]. Schließlich trugen Copeland und sein Klient Adria Khashoggi, dessen Berater er war, dazu bei, 1984–1985 die Waffenverkäufe an Iran in Gang zu bringen – mit der Hilfe von Theodore Shackley.

Ganz wie Fletcher Knebel – in seinem Buch „Sieben Tage im Mai“ – indessen den militärischen Vorteil der COG-Regierung in Mount Weather überschätzte, so könnte Copeland sich getäuscht haben in Bezug auf die Exklusivität der Rolle der CIA in der Oktober-Gegenüberraschungs-Gruppe. In meinem Buch „La Route vers le nouveau désordre mondial“ habe ich nahe gelegt, dass das CIA-Netzwerk mit dem „Alpha Project“ verschachtelt war, das damals mit David Rockefeller und der Chase Manhattan Bank an den mit dem Iran verknüpften Fragen arbeitete. Zu jener Zeit wurde dieser verkannte Zirkel durch John J. McCloy überwacht, eine Schlüsselperson des Establishments in Washington [58].

Ich beschließe diesen Artikel, indem ich erneut James Mann zitiere, dem zufolge der COG in Mount Weather für die Vereinigten Staaten zu charakterisieren ist als „dauerhafte, aber unsichtbare nationale Sicherheitseinrichtung (…), in einer Welt, wo die Präsidenten aufeinander folgen, aber ihr Land im ewigen Krieg steht“ [59]. Wie wir gesehen haben, wurde diese verborgene Führung durch ein Netz ehemaliger Kader der CIA und durch zivile Führungspersonen gesichert. Ich ermutige meine Leser, sich die Möglichkeit vorzustellen, dass bestimmte Elemente aus diesem Kreis „eine Schattenregierung, die darauf wartet, dass sie an der Reihe ist“ gebildet haben können – nicht nur unter der Präsidentschaft von Clinton in den 1990er Jahren oder von Carter 1980, sondern auch von Kennedy im November 1963.

Quellen:

[1] Peter Dale Scott, L’État profond américain : la finance, le pétrole et la guerre perpétuelle (Éditions Demi-Lune, Plogastel-Saint-Germain, 2015), p.1.

[2] Zu einer Auflistung von Anomalien, die die Ermordung von JFK und der 11. September gemeinsam haben, siehe Peter Dale Scott, The War Conspiracy: JFK, 9/11, and the Deep Politics of War (Skyhorse, New York, 2013), S. 341-96.

[3] Tim Shorrock, Spies for Hire (Simon & Schuster, New York, 2008), S. 6.

[4] Alfonso Chardy, “Reagan Aides and the Secret Government”, Miami Herald, 5 July 1987: „Einige der Hauptberater des Präsidenten Reagan haben eine parallele Quasiregierung außerhalb der Behörden und der traditionellen Ministerien des Kabinetts ausgeübt und zwar den Schlussfolgerungen der untersuchenden Kongressmitglieder und der Verwaltung zufolge seit den Anfängen der Präsidentschaft Reagans.“

[5] Bei der Befragung von Oliver North hatte Arthur Liman, der Jurist der Untersuchungskommission des Kongresses zur Iran-Contra-Affäre, ihn „wiederholen lassen (…) dass diese Ablenkung eine Idee [des Direktors der CIA William] Casey war“ (Arthur Liman, Lawyer: A Life of Counsel and Controversy, Public Affairs, New York (1998), S. 341).

[6] James Bamford, A Pretext for War: 9/11, Iraq, and the Abuse of America’s Intelligence Agencies (Doubleday, New York, 2004), S. 72.

[7] Peter Dale Scott, La Route vers le nouveau désordre mondial : 50 ans d’ambitions secrètes des États-Unis (Éditions Demi-Lune, Paris, 2010), S. 294-6, S. 301-14.

[8] Bob Woodward und Carl Bernstein, All the President's Men (Simon and Schuster, New York, 1974), S. 23.

[9] Idem

[10] John Dean, Worse Than Watergate: The Secret Presidency of George W. Bush (Little Brown, New York, 2004), S. 120. Überdies schloss sich Howard Baker – der wichtigste Republikaner der Senatskommisssion zur Untersuchung von Watergate 1973 – später der geheimen Führung der COG an (CNN Special Assignment, 17 November 1991)

[11] James Mann, Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet (Viking, New York, 2004), S. 142.

[12] Warren-Kommission Hearings, Band 9, S. 106 (oder 9 WH S. 106); Peter Dale Scott, Deep Politics and the Death of JFK(University of California Press, Berkeley et Los Angeles, 1966), S. .275-6; Russ Baker, Family of Secrets: The Bush Dynasty, the Powerful Forces That Put It in the White House, and What Their Influence Means for America (Bloomsbury Press, New York, 2009), S. 119-22.

[13] 17 WH S. 605.

[14] 3 WH S. 244.

[15] 4 WH S. 338; s.u. 21 WH S. 768-70.

[16] 7 WH S. 580-1; s.u. 18 WH S. 809, 21 WH S. 571.

[17] „White House Communications Agency", Signal Corps Regimental History.

[18] HSCA für: House Select Committee on Assassinations.

[19] ARRB für: Assassinations Records Review Board.

[20] In den 1990er Jahren lieferte die WHCA an das ARRB die Zeugenaussagen zum Thema Kommunikation zwischen Dallas und Washington am 22. November 1963 (Akten der WHCA, NARA #172-10001-10002 à NARA #172-10000-10008). Das ARRB versuchte auch, von der WHCA die unveränderten Originalbänder der Gespräche von Air Force One während der Rückreise von Dallas, ebenfalls am 22. November 1963, zu erhalten. (Die bearbeiteten und gekürzten Versionen dieser Bänder sind seit den 1970er Jahren zugänglich in der Bibliothek Lyndon Baines Johnson in Austin, Texas.) Dieser Versuch war unfruchtbar: „Die zahlreichen schriftlichen und mündlichen Anfragen des Studienkomitees an die Kommunikationsagentur des Weißen Hauses haben keine Früchte getragen. Die WHCA war nicht imstande, eine einzige Urkunde zur Erhellung der Herkunft der bearbeiteten Bänder zu produzieren." Siehe Assassinations Records Review Board: Final Report, Kapitel 6, Teil 1, S. 116.

[21] 17 WH S. 395.

[22] 17 WH S. 394-95, S. 23; WH S. 841; 17 WH S. 368, S. 395; Scott, Deep Politics and the Death of JFK, S. 273-4, S. 278. Der vermeintliche Epileptiker ist nach dem Eintreffen im Parkland-Krankenhaus aus dem Krankenwagen verschwunden (Commission Warren, Document n°1245, pp.6-10).

[23] 17 WH S. 632; s.u. 21 WH S. 580. Zeugnis des Sonderagenten [des Geheimdienstes] Winston E. Lawson, 17 WH S. 632; Scott,Deep Politics and the Death of JFK, S. 278.

[24] 4 WH S. 354

[25] Richard Pollock, „The Mysterious Mountain", The Progressive, March 1976; s.u. „Mount Weather's 'Government-in-Waiting'".

[26] Russ Baker, Family of Secrets, S. 121.

[27] Dee Garrison, Bracing for Armageddon: Why Civil Defense Never Worked (Oxford University Press, New York, 2006), S. 46.

[28] 24 WH S. 219.

[29] 24 WH S. 249.

[30] 3 WH S. 82.

[31] Warren Commission Exhibit Nr. 1778, 23 WH S. 383-4.

[32] Warren Commission Exhibit Nr. 1778, 23 WH S. 383-4.

[33] Warren-Report, S. 317 (oder WR S. 317).

[34] 24 WH S. 328.

[35] Fingerabdruckkarte von Lee Harvey Oswald, 17 WH S. 308. Das Maximalgewicht von Oswald waren 68 kg, als er 1959 die Marine verließ (19 WH S. 584, S. 595).

[36] Bericht des FBI durch den Sonderagenten Fain, 12. Mai 1960, 17 WH S. 706. In demselben Bericht nennt Marguerite den namen von Oswald Vater „Edward Lee Oswald"; sein Wahrer Name war Robert Edward Lee Oswald (WR S. 669-70).

[37] Zeugenaussage des Inspektors Herbert Sawyer, 6 WH S. 321-2: „Ich erinnere mich, dass es sich um einen weißen mann handelte, und dass er weder jung noch alt war." S.u. Band von Kanal 2 der Polizei von Dallas um 12.25 Uhr (23 WH S. 916).

[38] WR S. 5.

[39] WR S. 145.

[40] Ian Griggs, „Did Howard Leslie Brennan Really Attend an Identification Lineup ?".

[41] 3 WH S. 144.

[42] Zeugenaussage von Winston Lawson (Geheimdienst), 17 WH S. 630 : „Ich habe den Offizier Curry nach dem Standort des Wagens an der Spitze gefragt [– der sich auf dem Flugplatz Love Field von Dallas befand –] und habe [dort] einen tragbaren Funk der WHCA installiert, den ich [anschließend] getestet habe."

[43] „Das Fahrzeug an der Spitze war in Kontakt (…) mit dem Lotsen-Wagen über den Polizeifunk und mit der Limousine des Präsidenten dank des tragbaren Funks vom Geheimdienst. „Pamela McElwain-Brown, „The Presidential Lincoln Continental SS-100-X", Dealey Plaza Echo, Bd. 3, Nr. 2, S. 23 (Polizeifunk), – Scott, Deep Politics and the Death of JFK, S. .272-5 (Lumpkin).

[44] David Talbot, Brothers: The Hidden History of the Kennedy Years (Free Press, New York, 2007), S. 148.

[45] Jonathan M. Schoenwald, A Time for Choosing: The Rise of Modern American Conservatism (Oxford University Press, New York, 2001), S. 100-2.

[46] Hope Yen, „Eisenhower Letters Reveal Doomsday Plan : Citizens Tapped to Take Over in Case of Attack", AP, 21 March 2004.

[47] Siehe z.B. Mann, Rise of the Vulcans, S. 138-40 (Cheney und Rumsfeld); CNN Special Assignment, 17 November 1991 (Helms).

[48] Bei der Befragung von Oliver North hatte Arthur Liman, der Jurist der Untersuchungskommission des Kongresses zur Iran-Contra-Affäre, ihn „wiederholen lassen (…) dass diese Ablenkung eine Idee [des Direktors der CIA William] Casey war" (Arthur Liman, Lawyer: A Life of Counsel and Controversy, Public Affairs, New York (1998), S. 341). S.u. The "October Surprise" Allegations and the Circumstances Surrounding the Release of the American Hostages Held in Iran: Report of the Special Counsel to Senator Terry Sanford and Senator James M. Jeffords of the Committee on Foreign Relations, Senat der Vereinigten Staaten, Band 4, S. 33 („Gruppe der Oktober-Gegenüberraschung").

[49] CNN Special Assignment, 17 November 1991.

[50] Mann, Rise of the Vulcans, S. 145.

[51] Andrew Cockburn, Rumsfeld: His Rise, Fall, and Catastrophic Legacy (Scribner, New York, 2007), S. 88.

[52] Joseph J. Trento, Prelude to Terror: The Rogue CIA and the Legacy of America's Private Intelligence Network (Carroll & Graf, New York, 2005), S. 61.

[53] Piero Gleijeses, Visions of Freedom : Havana, Washington, Pretoria and the Struggle for Southern Africa, 1976-1991 (The University of North Carolina Press, Chapel Hill, 2013), S. 66-8; Elaine Windrich, „The Laboratory of Hate: The Role of Clandestine Radio in the Angolan War", International Journal of Cultural Studies 3(2), 2000.

[54] Alfonso Chardy, „Reagan Aides and the Secret Government", Miami Herald, 5 July 1987: „Gelenkt durch Richard Allen – den außenpolitischen Berater der Wahlkampfmannschaft [von Reagan] – wurde diese Gruppe begründet, weil [die Republikaner fürchteten] dass Carter aus seinem Hut eine ‚Oktober-Überraschung' holen könnte, etwa einen Vertrag auf die letzte Minute, damit die Geiseln vor der Wahl am 4. November [1980] befreit wären. Einer der ersten Schritte dieser Gruppe war es, ein Treffen mit einem Mann zu organisieren, der unter der Versicherung, den Iran zu vertreten, vorschlug, [nach der Wahl von] Reagan die Geiseln zu befreien. Allen – [sein] Hauptberater (…) in Angelegenheiten der nationalen Sicherheit – und ein anderer Wahlkampfhelfer namens Laurence Silberman enthüllten im April [danach] dieses Treffen im Miami Herald. [S]ie bestätigten, dass McFarlane, der damals Beigeordneter in der Senatskommission für die Streitkräfte war, es organisierte und daran teilnahm. Dieser letztere wurde anschließend der nationale Sicherheitsberater von Reagan und er spielte eine zentrale Rolle in der Iran-Contra-Affäre. Allen und Silberman versicherten, sie hätten das Angebot abgelehnt, die Geiseln [nach der Wahl von] Reagan zu befreien." (Der fragliche Iraner war Houshang Lavi. Nach seinem Tod konnte Robert Parry dank der Agenda des Verstorbenen bestätigen, dass dieses Treffen in der Tat stattgefunden hatte.)

[55] Alfonso Chardy, „Reagan Aides and the Secret Government", Miami Herald, 5 July 1987.

[56] „America's False History Allows the Powerful to Commit Crimes Without Consequence", Interview von Robert Parry durch Mark Karlin, Truth Out, 15 January 2013.

[57] Robert Parry, Trick or Treason: The October Surprise Mystery (Sheridan Square Press, New York, 1993), S. 175.

[58] Scott, La Route vers le nouveau désordre mondial, S. 124-7, S. 132-3. Eine Schlüsselperson des „Alpha Project" war Archibald Roosevelt – ein Pensionär der CIA und Freund von Copeland Copeland –, der 1980 ein Feind von Carter und ein Angestellter der Chase Manhattan Bank war.

[59] Mann, Rise of the Vulcans, S. 145

Autor:

Peter Dale Scott

geb. 1929 ist ein kanadischer Politologe, Anglist, Sachbuchautor, Dichter und ehemaliger Diplomat. Er war Anglistik-Professor an der University of California, Berkeley, bis zu seiner Emeritierung 1994. Als Verfasser von politischen Sachbüchern setzte sich Scott mit zahlreichen Aspekten der US-amerikanischen Politik, insbesondere der US-Außenpolitik, in einer sehr kritischen Weise auseinander.
Quelle: Wikipedia

‹http://www.free21.org/?p=12778›

Publiziert: 8.06.2015 (20:30) - Aktualisiert: 08.06.2015 (22:00), übernommen von ‹http://www.politaia.org/allgemein/der-tiefe-staat-in-den-usa/›

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Print-Abonnent erhält in 2016 je Magazin-Ausgabe zehn gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Print-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Print-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2016: 15.2.16/15.4.16/15.6.16/15.8.16/15.10.16/15.12.16

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2016 gedruckt. Die Bezugs- und Druckgebühren werden 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Print-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Print-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein Free21-Abo

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Free21 publiziert in verschiedenen Sprachen. Für alle Sprachversionen werden druckfähige PDF-Artikel layoutet. Dabei brauchen wir Eure Unterstützung.

Wir freuen uns über engagierte

Layouter/innen

mit Adobe Indesign ab Vers. CS4

Unsere Vision ist ein weltweites ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen.

Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestaltet, können wir einiges bewegen!

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: team@free21.org